

Chronik

50 Jahre

**Verband alleinerziehender
Mütter und Väter**



Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Bundesverband e.V.

1967–2017

50 Jahre

Verband alleinerziehender Mütter und Väter

50 Jahre

Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)

1967–2017

Chronik

Herausgeber

Verband alleinerziehender Mütter und Väter,
Bundesverband e.V. (VAMV)
Hasenheide 70
10967 Berlin
Telefon: (030) 69 59 78-6
Fax: (030) 69 59 78 77
E-Mail: kontakt@vamv.de
Internet: www.vamv.de
www.facebook.com/VAMV.Bundesverband

Dokumentarische Arbeit/Chronik

Dr. Cornelia-Andrea Harrer

Biographien

Dr. Gisela Notz

Lektorat

Peggi Liebisch, Agentur für Sprache und Inhalt

Redaktion

Erika Biehn, Miriam Hoheisel (VAMV-Bundesverband)

Gestaltung

Büro für Grafische Gestaltung | Frank Rothe, Berlin

Fotos

Titel: Shutterstock/Dubova; S. 42,46, 58, 62 privat;
S. 66 l. Bundesbildstelle Berlin; S. 72 Foto Lenze;
S. 79, 83 Bundesregierung; S. 81 o. BMFSFJ;
sonstige: VAMV-Archiv.

Druck

Spreadruck, Berlin

© 2017. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck
und Vervielfältigung auch auszugsweise, nur
mit Genehmigung und Quellennachweis.

Die Chronik wurde mit Mitteln des BMFSFJ gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Inhalt

Grußwort der Vorsitzenden Erika Biehn	8
<hr/>	
Einleitung	10
Der VAMV als etablierte Institution	10
Alleinerziehend – ein Thema so alt wie die Menschheit	11
<hr/>	
Die 1960er Jahre – Aufbruch zu einem neuen Denken und Gründung des Verbands lediger Mütter	12
Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen	13
Luise Schöffel und die Gründung des Verbands lediger Mütter 1967	14
Umgang mit ledigen Müttern und ihren Kindern: Der Verband deckt Missstände auf	16
Reform des Unehelichenrechts	17
<hr/>	
Porträt	
Luise Schöffel	18
<hr/>	
Die 1970er Jahre – Entwicklung des Verbands im ersten Jahrzehnt	22
Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen	23
Familienrechtliche Reformen	24
Vom Verband lediger Mütter und VAM zum VAMV	25
<hr/>	
Porträts	
Ursula Beutel	28
Hanna Lambrette	30
Sophie von Behr	34
<hr/>	
Die 1980er Jahre – Vorzeichen der Wende und Mauerfall	38
Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen	39
Der VAMV in den 80er Jahren	39
<hr/>	
Porträts	
Helga Lewandowsky	42
Ebba Zimmermann	46
Christina Kremer	48

Die 1990er Jahre – Wiedervereinigung	50
Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen	51
Familienpolitik und die Rechte der Alleinerziehenden in Ost und West	51
Der VAMV in den 90er Jahren: Einzelternpolitik und die neuen Bundesländer	51
1992: 25 Jahre VAMV	54
1998: Große Reform des Kindschaftsrechts	56
<hr/>	
Porträts	
Helgard Ulshoefer	58
Carola Schewe	62
<hr/>	
2000–2010	64
Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen	65
Der VAMV im neuen Jahrtausend	65
ENoS: Europäische Zusammenarbeit	70
<hr/>	
Porträts	
Edith Schwab	72
Peggi Liebisch	75
<hr/>	
2010–2017	78
Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen	79
2017: 50 Jahre VAMV	79
<hr/>	
Porträts	
Solveig Schuster	84
Miriam Hoheisel	86
<hr/>	
Der VAMV im Jahr 2017 – eine Erfolgsgeschichte?	88
<hr/>	
Anhang	90
Bundesvorsitzende 1967–2017	91
Hauptamtliche Bundesgeschäftsführerinnen	91
Ehrenmitglieder	91
VAMV Publikationen	92
Zeittabellen im Überblick	93
Verbandsnamen und Sitz des Verbands 1967–2017	93
Gründung der Landesverbände	93
Literatur und weitere Quellen	93

50 Jahre VAMV

Grußwort

Liebe Alleinziehende, liebe Leserinnen und Leser,

1967 gründete die Lehrerin Luise Schöffel im schwäbischen Herrenberg den „Verband lediger Mütter“. Anlass war die Reform des damaligen „Unehelichenrechts“. Schöffel wollte durch eine Interessensvertretung tatsächliche rechtliche und soziale Verbesserungen im Sinne der ledigen Mütter und ihrer Kinder erreichen. Heute vertritt der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) die Interessen von 2,7 Millionen Alleinerziehenden und ist bundesweit aktiv.

In den vergangenen 50 Jahren hat der VAMV viel für Alleinziehende bewegt. Er blickt auf eine ereignisreiche Geschichte zurück, die von vielen Erfolgen aber auch von Rückschlägen oder Stagnation geprägt ist. Denn die Forderungen des VAMV sind selten zum Nulltarif zu haben und rütteln regelmäßig an den Privilegien von Ehepaaren. Das Anliegen von Luise Schöffel, den VAMV überflüssig zu machen, ist noch lange nicht erreicht. Alleinerziehende sind zwar im Vergleich zu 50 Jahren gesellschaftlich anerkannt und die rechtliche Situation hat sich verbessert, aber die Familien-, Steuer- und Sozialpolitik hinkt immer noch der Vielfalt von Familienformen hinterher und Alleinerziehende haben ein skandalös hohes Armutsrisiko.

Anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums veröffentlicht der VAMV eine Chronik zur Verbandsgeschichte. Die dokumentarische Arbeit für die Chronik hat die Archivarin und Kulturwissenschaftlerin Dr. Cornelia-Andrea Harrer übernommen. Entlang der Jahrzehnte hat sie Archivmaterial gesichtet, zusammengetragen und dieses in den Kontext der deutschen Geschichte gestellt. Die Biographien der Vorsitzenden und Geschäftsführerinnen der vergangenen 50 Jahre hat die Historikerin und Sozialwissenschaftlerin Dr. Gisela Notz erstellt und konnte dafür mit Vielen noch persönliche Interviews führen. Bei manchen hat sich die Spur verlaufen und blieb trotz intensiver Recherchen vage. Die unterschiedliche Quellenlage spiegelt sich auch in Länge und Komplexität der Biographien wider.

Mein herzlicher Dank gilt beiden Autorinnen für deren unermüdliche und wertvolle ehrenamtliche Arbeit, ohne welche diese Chronik nicht zustande gekommen wäre.

Ich wünsche allen eine anregende Lektüre mit Impulsen für die nächsten 50 Jahre VAMV.

Erika Biehn

Bundesvorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter e.V.



Einleitung

Der VAMV als etablierte Institution

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV) wird ein halbes Jahrhundert alt und ist somit ein Verband mit einer gewissen Tradition. Zum 50. Geburtstag des Bundesverbandes legen wir eine Chronik vor, die sich mit der Geschichte des Verbandes, der ehrenamtlichen, politischen und sozialen Arbeit und der parallel laufenden Politik im Land, sowie mit der Entwicklung des Alleinerziehens beschäftigt. Wir wenden uns mit dieser Chronik an die Öffentlichkeit, an alle langjährigen und neu hinzugewonnenen Mitglieder und an alle Interessierten, die den Verband und sein Engagement näher kennen lernen wollen.

50 Jahre VAMV sind ein guter Grund, erneut und vehement auf die Situation von Einelternfamilien aufmerksam zu machen sowie die Gesellschaft auf die Herausforderungen und die Qualitäten dieser Familienform hinzuweisen.

Der VAMV Bundesverband mit Sitz in Berlin vertritt die Interessen von 1,6 Millionen Müttern und Vätern mit 2,3 Millionen Kindern unter 18 Jahren. Als Selbsthilfeorganisation unterstützt der VAMV bundesweit ledige, getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Alleinerziehende und ihre Kinder mit Informationen, Beratung, professioneller Hilfe und engagierter Lobbyarbeit. Das Wesen unseres Verbandes ist Hilfe zur Selbsthilfe. Die Ziele des Verbandes sind,

die Öffentlichkeit auf Alleinerziehende aufmerksam zu machen und Verbesserungen der rechtlichen und sozialen Lebenslagen nachhaltig durchzusetzen. Dazu wirkt der VAMV engagiert auf die Familienpolitik ein, die sich über die Jahrzehnte bis zum heutigen Tag im überwiegenden Maße an Ehepaaren und Ehepaarfamilien orientiert. Er fordert die gesellschaftliche Anerkennung von Einelternfamilien als gleichberechtigte Familienform und dementsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Die im gesamten Bundesgebiet bestehenden VAMV Landesverbände, Ortsverbände und Kontaktstellen setzen sich vor Ort für die Belange der Alleinerziehenden ein. Sie sind Ansprechpartner für landespolitische Entwicklungen und Begegnungsstätten für den persönlichen Erfahrungsaustausch. Mit Hilfe der haupt- und ehrenamtlichen VAMV Mitarbeiterinnen können sie entsprechend ihrer individuellen Ressourcen selbst aktiv werden. Vielfältige Gelegenheiten dazu gibt es in zahlreichen Angeboten wie Gruppentreffen, Freizeiten, Frühstück, Stammtischen, Seminaren und gemeinsamen Ferien. Daneben existieren professionelle psychosoziale Beratungen zu den Themen Trennung, Scheidung, Erziehung, Kinderbetreuung, Alltagskompetenzen, beruflicher Wiedereinstieg, finanzielle und rechtliche Möglichkeiten. Die Tätigkeiten der Landes- und Ortsverbände umfassen ebenso politische Aktionen, um öffentlichkeitswirksam auf die Landesgesetzgebung einzuwirken.

Alleinerziehend – ein Thema so alt wie die Menschheit

Das Thema „Alleinerziehend“ ist ein Thema, das so alt ist wie die Menschheit. Verbreitung und Gründe des Alleinerziehens sind unterschiedlich, ebenso die Sichtweisen darauf. Bald war es Mühsal, bald ein Makel – vielleicht wird es bald zum Privileg? Viele Generationen von Kindern wuchsen mit dem Makel „unehelich“ bzw. in einer „familia non grata“ auf und wurden diskriminiert. Leider ist dies in unserer Gesellschaft auch heute noch häufig der Fall.

Damals und heute

Ein Blick auf die letzten drei Jahrhunderte zeigt, dass ab dem 18. Jahrhundert der Anteil an nichtehelichen Geburten erheblich anstieg und im 19. Jahrhundert Werte erreichte, die mit den heutigen Zahlen vergleichbar sind. Der Umgang mit ledigen Müttern war sehr unterschiedlich und wurde je nach Moral- und Gesellschaftsvorstellungen und der herrschenden Politik unterschiedlich bewertet. Die Bewertung einer Einelternfamilie hing immer von ihrem Entstehungsgrund ab. Die primäre Entstehungsursache der Einelternfamilie war in den vergangenen Jahrhunderten die Verwitwung in jungen Jahren. Dieser Anteil lag noch im 19. Jahrhundert vier Mal höher als Ende des 20. Jahrhunderts. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts verlief allein jede 100. Geburt tödlich für die Mutter, so dass öfter die Väter allein mit den Kindern zurückblieben als die Mütter. Erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts begann die Müttersterblichkeit

zu sinken. In Kriegszeiten stieg die Anzahl der verwitweten Mütter dagegen rapide an. Verwitwung galt und gilt immer noch als schicksalhaft und war bzw. ist dementsprechend akzeptiert. Trennung und Scheidung waren völlig inakzeptabel und daher zahlenmäßig ohne Bedeutung. Erst nach dem Ersten Weltkrieg gab es eine statistisch spürbare Erhöhung der Scheidungsrate, die sich auf die Entstehung von Einelternfamilie auswirkte.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts galt nichteheliches Zusammenleben als verwerflich, denn das Ziel war die Familiengründung in gesichertem Rahmen. Das Modell der bürgerlichen Familie im 19. Jahrhundert setzte eine klar definierte männliche und weibliche Geschlechterrolle voraus. Die „ledige Mutter“ wurde lange Zeit sanktioniert; Schandstrafen, Geldbußen oder Gefängnisstrafen waren keine Seltenheit. Die Mecklenburgische Polizeiordnung von 1856 regelte, dass das Zusammenleben in einer Lebensgemeinschaft ohne Eheschließung mit der Zwangstrennung des Paares, mit 10–100 Talern oder Gefängnis von acht Tagen bis zu vier Wochen polizeilich bestraft wurden. Das gesetzliche Verbot der „Konkubinate“ galt bis ins 20. Jahrhundert hinein. Es konnte zur Ausweisung aus dem Land führen. Im Jahr 1900 wurden die „Kuppelei-Paragraphen“ §§ 180 und 181 im Bürgerlichen Gesetzbuch eingeführt. Vermieter, die eine Wohnung an ein unverheiratetes Paar vermieteten, machten sich strafbar. Erst im Jahr 1970 wurde diese Regelung abgeschafft.

Die 1960er Jahre

Aufbruch zu einem neuen Denken

und Gründung des Verbands lediger Mütter

Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen

In der Weltgeschichte trug sich folgendes zu: Schah Reza Pahlevi von Persien besuchte West-Berlin, Ernesto Che Guevara wurde erschossen, in China herrschte Kulturrevolution, die Sezession Biafras (Westafrika) bewirkte Hungerkatastrophen und in Israel tobte der „Sechs-Tage-Krieg“ gegen Ägypten, Syrien und Jordanien. Nicht zu vergessen: der kleine Schritt für einen Menschen, der ein großer Schritt für die Menschheit war: Am 20. Juli 1969 betrat Neil Armstrong als erster Mensch den Mond.

Nachkriegsjahre und Wirtschaftswunder

Die Geschichte der beginnenden 1960er Jahre in Deutschland war geprägt von Vollbeschäftigung, wobei überwiegend das „Ernährermodell“ selbstverständlich war: Männer waren voll erwerbstätig, ihre Ehefrauen arbeiteten voll als Hausfrau. Die Nachkriegsjahre waren weitgehend überstanden, die Trümmer des Krieges zum größten Teil beseitigt und geführt von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) zusammen mit der kleineren liberalen FDP in einer sogenannten „Kleinen Koalition“ war die Bundesrepublik Deutschland politisch und wirtschaftlich zu einem stabilen Staat herangewachsen, der durch die Mitgliedschaft in der NATO fest in die Gemeinschaft des Westens eingefügt war. Die SPD war die zweite große Partei neben der CDU. Nach dem Rücktritt Adenauers 1963 (im Alter von 87 Jahren) trat der bisherige Wirtschaftsminister Erhard die Nachfolge an. Der wirtschaftliche Abschwung Mitte der 1960er Jahre und die begleitende Rezession führten zum Anstieg der Erwerbslosigkeit und der Preise. Staatliche Aufträge unter der Großen Koalition von Bundeskanzler Kiesinger im Wert von mehreren Milliarden Mark führten einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung herbei. Im Jahr 1967, im Gründungsjahr des Verbandes lediger Mütter, gab es rund 460.000 Erwerbslose in Deutschland.

Neue Denkweise der Nachkriegsgeneration

Nach wie vor galten bei der Kriegsgeneration Fleiß und Pflichterfüllung sowie Achtung vor den öffentlichen Institutionen als Tugenden. Der Wiederaufbau Deutschlands war das Wichtigste für diese Generation. Gleichzeitig wuchs die Nachkriegsgeneration mit einem neuen Denken auf. Das Recht mitzubestimmen, mitzureden und so viel Freiheit wie möglich für sich zu haben, erhöhten das Verlangen nach Reformen im Staat. In diese Zeit fällt auch der Vietnamkrieg der Amerikaner, gegen den die Jugend demonstrierte. Während dieser Protestbewegung der jungen Deutschen bildete sich die sogenannte „Außerparlamentarische Opposition“, die APO, 1968/69. Dies war der Höhepunkt der Studentenbewegung, die u. a. für mehr Mitbestimmung an den Universitäten kämpfte. Obwohl sich die APO 1969 wieder auflöste, prägte sie viele junge Menschen und rief ein neues Denken in Deutschland und in anderen Ländern hervor.

Den politischen Abschluss des turbulenten Jahrzehnts der 1960er Jahre bildete die Bundestagswahl am 21.10.1969. Die sozialliberale „kleine“ Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt und Walter Scheel als Vizekanzler und Außenminister führte in der Bundesrepublik zu einem Machtwechsel und löste die seit

Luise Schöffel (l.) bei Aufnahmen für einen Fernsehfilm über ledige Mütter



Kriegsende regierende CDU ab. Nach 20 Jahren CDU-Herrschaft wünschten sich die Wähler eine andere Partei mit neuen Ideen. Die konservative Grundhaltung der Nachkriegsjahre wich einer stärkeren Linksorientierung, was sich unter anderem in den Studentenbewegung und bei der Wahl von Gustav Heinemann zum ersten SPD-Bundespräsidenten gezeigt hatte.

Luise Schöffel und die Gründung des Verbands lediger Mütter 1967

In dieser historisch turbulenten Zeit gründete Luise Schöffel, Lehrerin im schwäbischen Herrenberg (Baden-Württemberg) und selbst ledige Mutter, am

8. Juli 1967 den Verband lediger Mütter. Mit sechs weiteren nicht verheirateten Müttern bildete sie den ersten Vorstand des Verbands, der von Anfang an bundesweit tätig sein sollte. Luise Schöffel führte die Geschäfte als ehrenamtliche Vorsitzende für zehn Jahre.

Ihre Idee war die Neugestaltung des Nichteheleichen-Rechtes und die rechtliche Gleichstellung des nichtehelichen Kindes zum ehelichen Kind. Sehr schnell konnte Luise Schöffel deutlichen Einfluss auf die bundesdeutsche Politik nehmen. Sie schob die Verbesserung der Sozialgesetzgebung für Alleinerziehende an, indem sie an den Europarat appellierte. Bereits 1968 kam die Mahnung des Europarates an die Bundesregierung, auch ledigen Müttern Sozialhilfe zu gewähren.

Verleihung der
Urkunde „Bedeutendstes demoskopisches Ereignis des Jahres 1968 in der BRD“ in Lugano an den Verband lediger Mütter / Luise Schöffel



Ende der 1960er Jahre gab es in der Bundesrepublik 564.000 sogenannte „Halbfamilien mit Kindern unter 18 Jahren“ (7 Prozent aller Familien).

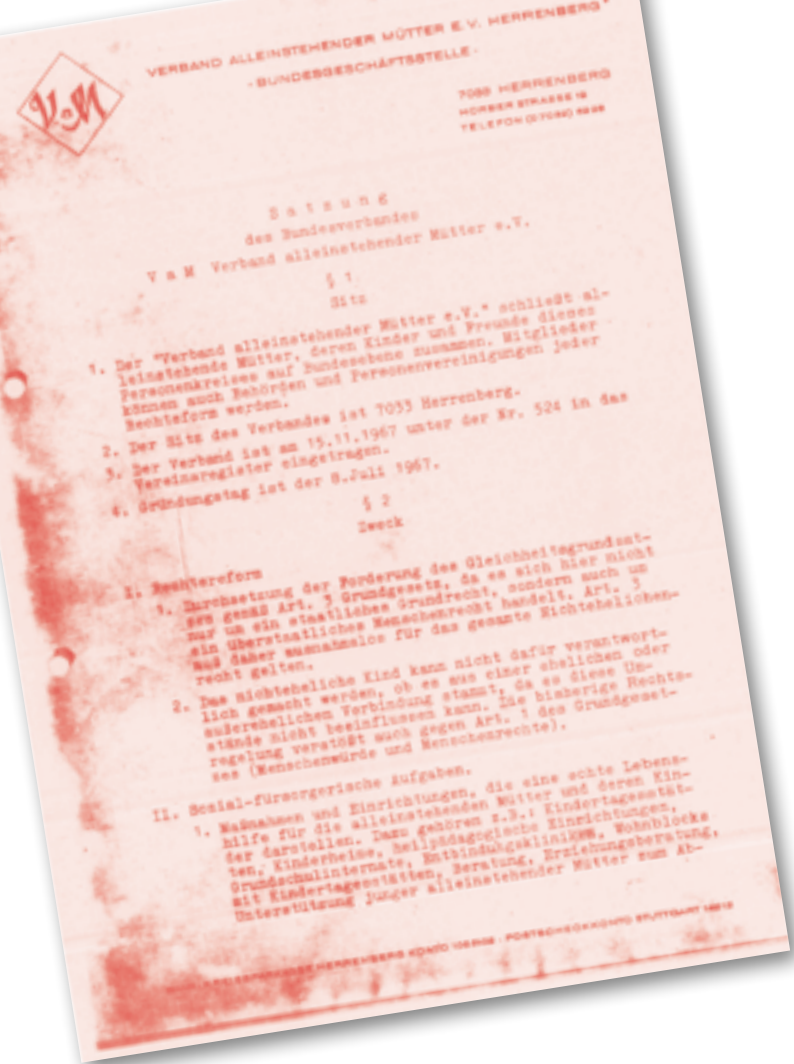
„Vereint ist auch der Schwache mächtig!“

Luise Schöffel empörte sich über die Ungerechtigkeiten und Vorurteile, die für diese Familien herrschten. Während ein nicht eheliches Kind bei Männern als Kavaliersdelikt bewertet wurde, galt es bei ledigen Frauen als unanständig, ein Kind zur Welt zu bringen. Der Alltag für eine unverheiratete junge Mutter war 1967 für sie und ihr Kind oft unerträglich. Sie wurde häufig des elterlichen Hauses verwiesen und das Kind wurde ins Heim gegeben. Die gesellschaftliche Ächtung von Mutter und Kind war vorprogrammiert. Ob ein Verband, bestehend aus entmündigten Müttern, „wirksam auf eine Reform einwirken könnte“, darüber war sich Luise Schöffel nicht sicher. Aber sie dachte: „Vereint ist auch der Schwache mächtig!“ Sie behielt Recht. Viele dieser Mütter versteckten sich aus Scham vor der Gesellschaft, bis Luise Schöffel sie wachrüttelte und über Zeitungsannoncen einen Aufruf zum Zusammenschluss startete. Sie erfuhr viel vom persönlichen Leid und Elend der Frauen, und es erschütterte sie: materielle Not, Vereinsamung, Schwierigkeiten mit dem Jugendamt, den Pflegestellen, den Mutter-Kind-Heimen, den Unterhaltszahlungen. Jugendämter behielten zum Teil die Hälfte der Unterhaltszahlungen mit dem Vorwand ein, den Kindern Vermögen zu bilden. Die Höhe des gesamten Unterhalts belief sich auf ca. 25 DM oder nur wenig höher.



Die Unterhaltszahlungen richteten sich nach Erfahrung und Ministerialerlassen. Die Düsseldorfer Tabelle wurde 1962 eingeführt. Die erste Fassung der Düsseldorfer Tabelle entstand mit Hilfe von statistischen Daten und Erkenntnissen aus der Rechtsprechung. Seit die Tabelle in der Deutschen Richterzeitung veröffentlicht worden war, setzte sie sich bundesweit durch. Nach und nach wurden Mehrbedarf und Sonderbedarf hinzugefügt, an welchen sich beide Eltern anteilig nach ihren Erwerbs- und Vermögensverhältnissen beteiligen müssen.

Die Mutter musste die Vormundschaft für das eigene Kind beantragen und alle zwei Jahre (später alle fünf Jahre) beim Jugendamt Rechenschaft ablegen, welche Ausgaben sie mit dem Unterhaltsgeld getätigt hat.



Von Anfang an bundesweite Öffentlichkeitsarbeit

Luise Schöffel gab Interviews für Zeitungen und Zeitschriften wie ‚Hör Zu‘, ‚Stern‘, ‚Constanze‘, ‚Brigitte‘ und ‚Bild‘, für den Südwestfunk im Fernsehen und im Rundfunk. Sie forschte nach statistischen Zahlen zur Unehelichkeit in der BRD. Da ihr das Statistische Bundesamt Wiesbaden keine Daten liefern konnte, wandte sie sich an das Statistische Bundesamt in Bern

und hatte Erfolg. Sie erhielt umfangreiches Informationsmaterial. Zur Verbandsgründung lud Luise Schöffel einen Reporter des „Münchner Merkur“ ein, der in acht großen deutschen Tageszeitungen einen Bericht darüber veröffentlichte. Die Gründung des Verbands lediger Mütter fand zu einem günstigen Zeitpunkt statt, nämlich innerhalb der zweiten Phase der Frauenbewegung und zum Anfang großer gesellschaftlicher Veränderungen.

Umgang mit ledigen Müttern und ihren Kindern: Der Verband deckt Misstände auf

Der Verband lediger Mütter setzte sich zum Ziel, die rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung lediger Mütter und ihrer Kinder abzuschaffen. Luise Schöffel führte eine Befragung mit 270 Müttern durch, deren Auswertung sie an den Bundespräsidenten, den Bundesjustizminister, die Bundesfamilienministerin und die Fraktionsvorsitzenden des Bundesparlaments sandte.

Die Aussagen der ledigen Mütter in den Interviews offenbarten große Probleme – insbesondere mit den Jugendämtern. Vielen Müttern waren ihre Kinder weggenommen worden und sie wussten nicht, wo sie hingekommen waren. Die Jugendämter ordneten an, die Kinder, insbesondere Säuglinge, in Heimen unterzubringen und ließen die Mütter für die Heimunterbringung anteilig bezahlen, sofern sie Geld verdienten. Außerdem klagten die Mütter über Besuchsverbote bei Pflegeeltern und darüber, dass ihre Einwilligung in die Adoption ihres Kindes durch das Jugendamt ersetzt worden war.

Der Verband wandte sich für Informationen über Entwicklungs- und Verhaltensstörungen an Professoren der Jugendpsychiatrie und -psychologie; dies zu einer Zeit, als die Bindungsforschung noch in den Kinderschuhen steckte.

In einer Veranstaltung unter der juristischen Leitung von Dr. Göppinger, welche die CDU im Dezember 1967 für Luise Schöffel einberufen hatte (die SPD hatte dies abgelehnt), stellte sie sich rund

100 Jugendamtsleitern, Amtsvormündern und Fürsorgerinnen und sagte ihnen zum Schluss, dass die Verfahrensweisen der Jugendämter das Selbstbewusstsein der Mütter zerstöre und sie „erziehungsunfähig“ (ein Begriff, der heute nach wie vor nicht definiert ist) mache. Sie forderte sie auf, den Müttern Mut zu machen und Hilfen zu vermitteln, damit Mutter und Kind zusammenbleiben und eine feste Bindung entwickeln könnten.

Europarat und UNO unterstützen Luise Schöffels Forderungen

Auf den Antrag Luise Schöffels an den Europarat, die soziale Lage der ledigen Mütter zu verbessern und ihnen auch Sozialhilfe zuzuerkennen und einem Schreiben an die UNO mit dem Hinweis auf die Charta des Kindes, die nach Ansicht des Verbandes von der Bundesrepublik verletzt wurde, forderte der Europarat die Bundesregierung auf, diese Missstände zu beseitigen.

Luise Schöffel erstellte eine Dokumentation über die „Lebenswirklichkeit des unehelichen Kindes“ und erhob zahlreiche Forderungen. Sie forderte die Änderung der Bezeichnung „Unehelichenrecht“ in „Nichtehelichenrecht“, die Begleitung durch Amtsvormundschaft nur für minderjährige Mütter, eine Amtspflegschaft für alle Mütter zur Feststellung der Vaterschaft und Eintreibung des Unterhalts, eine Unterhaltsvorschusskasse für alle nichtehelichen Kinder, deren Väter nicht, unregelmäßig oder nicht den ganzen Unterhalt bezahlen, das Verkehrsrecht des nichtehelichen Vaters mit seinem Kind, das Erbrecht des nichtehelichen Kindes an der Hinterlassenschaft des nichtehelichen Vaters, die Erhöhung und Neufestsetzung des Unterhaltssatzes alle zwei Jahre, ein Muttergeld für die Dauer von drei Jahren, die Anerkennung der nichtehelichen Mutter mit ihrem Kind als „Familie“, die Zuerkennung aller Vergünstigungen an Vollfamilien auch für die nichteheliche Halbfamilie; und die Streichung des § 218 StGB oder an seiner Stelle die Fristenlösung gesetzlich zuzulassen.

Mit den Medien als mächtiger Multiplikator wurde der Verband lediger Mütter bundesweit schnell bekannt, Landes- und Ortsverbände wurden über die nächsten Jahre hinweg aufgebaut.

Reform des Unehelichenrechts

Seit den 1960er Jahren des 20. Jahrhunderts nahm die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Einelternfamilien zu, die Eheschließungen verzeichneten einen starken Rückgang. Nichteheliche Lebensformen wurden im Gegenzug nicht mehr so sehr stigmatisiert und deren rechtliche Benachteiligungen nach und nach aufgehoben. Dies galt auch für nichteheliche Kinder. Die Reform des Unehelichenrechts stand seit 1919 an. Seitdem bestand ein Verfassungsauftrag, dieses Recht zu reformieren, doch es war politisch nichts mehr geschehen. Wirtschaftskrisen, Geldentwertungen, der Nazi-Faschismus, der Zweite Weltkrieg und der Wiederaufbau hatten diese Reform in den Hintergrund gedrängt.

Der Gesetzgeber plante nun 1968, das Kindschaftsrecht zu reformieren und legte einen Referentenentwurf zum geltenden Unehelichenrecht vor. Aenne Brauksiepe (CDU) war nach dem Rücktritt von Bruno Heck Bundesfamilienministerin. Prof. Thomas Ellwein, ein deutscher Politikwissenschaftler, kritisierte an diesem Entwurf, dass er keine wirklichen Änderungen enthielt. Zum Beispiel sollte bestehen bleiben, dass der Vater mit dem unehelichen Kind nicht verwandt war. Die Gründerinnen und die Mitglieder des Verbandes lediger Mütter mischten sich nachdrücklich und öffentlich in das Reformvorhaben ein. Luise Schöffel nahm Stellung mit den ihr vorliegenden Daten zur sozialen Lage nicht verheirateter Mütter. Als geladene Expertin nahm die Verbandsvertreterin an den Anhörungen zum Familien-, Scheidungs- und Unterhaltsrechts teil.

Sie reichte außerdem Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, das Mitte 1968 die Bundesregierung aufforderte, das Unehelichenrecht bis zum 30.6.1970 zu reformieren, andernfalls gelte ab diesem Zeitpunkt das Familienrecht für Vollfamilien.

Luise Schöffel

„Das nichteheliche Kind war ein ‚Niemandskind‘, ein ‚filius nullius‘, das keinen Namen hat. Auch nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch hieß es: ‚Ein uneheliches Kind und dessen Vater gelten als nicht verwandt‘“.¹



Luise Schöffel (1914–1997)
Bundvorsitzende Verband lediger Mütter
(1967–1976)

Die Lehrerin, SPD-Stadt- und Kreisrätin und ledige Mutter Luise Schöffel gründete am 8. Juli 1967 im schwäbischen Herrenberg den Verband lediger Mütter. Zusammen mit sechs weiteren ledigen Müttern bildet sie den ersten Vorstand und führt die Geschäfte als ehrenamtliche Vorsitzende des Interessenverbands beinahe zehn Jahre lang. Er

stand zunächst nur Unverheirateten offen, bevor er ab 1970 auch geschiedene, getrennt lebende und verwitwete Frauen aufnahm und sich 1976 für Väter öffnete. Bereits auf der Gründungsversammlung wurden unterstützende Bündnisse mit anderen Verbänden geschlossen.²

Kindheit, Jugend und Geburt des Sohnes

Luise Schöffel wurde am 8. Juli 1914 in eine Mannheimer Sozialistenfamilie hineingeboren. Da ihr Vater, ein Schlosser, früh verstorben war, erzog die Mutter ihre fünf Kinder alleine. Nach dem Besuch von Volksschule und Höherer Handelsschule arbeitete Luise Schöffel als Stenotypistin und Sekretärin in verschiedenen Mannheimer Unternehmen. Während des Zweiten Weltkrieges, zwischen 1939 und 1944 lebte sie in Berlin und war Stenotypistin für den Beauftragten für den Vierjahresplan in der Reichskanzlei und Sekretärin im Reichskommissariat für Preisbildung, wo sie sich zur stellvertretenden Kanzleileiterin hocharbeitete.³ Im April 1944 zog sie von Berlin nach Kayh, seit 1971 ein Stadtteil Herrenbergs. Sie absolvierte einen dreimonatigen Lehrgang an der Lehrerbildungsanstalt in Esslingen und arbeitete 1945 bis 1947 als Schulhelferin in Kayh und Mönchberg; gleichzeitig holte sie das Abitur nach. Von 1947 bis 1949 besuchte sie das Pädagogische Institut in Stuttgart und war von 1949 bis 1972 zunächst als Volksschullehrerin, später als Grund- und Hauptschullehrerin in Herrenberg tätig.

¹ Schöffel, Luise: Bericht über die Verbandsentwicklung vom 27.6.1970, ohne weitere Angaben. Das Gesetz galt bis 1970. | ² Vgl. Protokoll über die Gründungsversammlung des Verbandes lediger Mütter (V.l.M.) am Samstag, den 8. Juli 1967 in Herrenberg, Café auf der Höh'. | ³ Finck, Valentine/Claudia Nowak-Walz: Luise Schöffel (1914–1997), in: Frauengeschichtswerkstatt Herrenberg (Hg.): Frauen gestalten Herrenberg. Herrenbergerinnen des 20. Jahrhunderts, Möriingen-Talheim 2014.

1944 wurde Luise Schöffels Sohn Ulrich geboren. Sie war nun ledige Mutter und – auch wenn ihre Familie zu ihr hielt und ihre Mutter das Baby betreute – vielen Diskriminierungen ausgesetzt und wurde als „liederliches Weib“ beschimpft. Gleich nach der Geburt beantragte sie die Vormundschaft über ihren Sohn und bekam sie nach einem halben Jahr. Alle zwei Jahre musste sie dem Jugendamt über die Verwendung des viel zu niedrigen Unterhalts Rechenschaft ablegen.⁴

Die Gründung des Verbandes lediger Mütter

Die Gründung des Verbandes lediger Mütter fiel in die Zeit der rebellierenden Student/innen, deren Kritik am Staat nicht zu überhören war: „Ich weiß noch, dass ich mich damals so richtig freute. Mir gefiel auch so manches nicht. Nur, ich war Lehrerin und verdiente beim Staat schließlich meinen Lebensunterhalt“, so geht es aus ihrer kleinen Lebensgeschichte hervor, die sie 1992 schrieb.⁵ Zufällig hatte sie durch das Fernsehen von einem zahnlosen Reformvorschlag zum geltenden Unehelichenrecht erfahren. Der kommentierende Professor meinte, dass sich eine Interessenvertretung finden müsste, die sich für eine wirkliche Reform einsetzen würde. Da wurde sie wach, auch wenn ihr Sohn schon 23 Jahre zählte, war sie „Betroffene“. Sie fand es schon immer als „hahnebüchchen“, dass der Vater mit dem unehelichen Kind nicht verwandt sei. Sie kaufte sich ein BGB (Bürgerliches Gesetzbuch), las darin und stellte fest dass „die Würde der ledigen Mutter und

des unehelichen Kindes“ tatsächlich vakant war. Noch hatte sie Bedenken, ob sich ledige Mütter organisieren lassen, weil die meisten aufgrund der bestehenden Verhältnisse bestrebt waren, „ihre ledige Mutterschaft zu bemänteln“, um nicht als „unanständige Mädchen“ abgestempelt zu werden.

Als Test half eine Anzeige in verschiedenen Zeitungen: „Ledige Mütter, schließen wir uns zu einem Verband zusammen, Zuschriften unter Chiffre...“. Daraufhin erhielt sie ca. 150 Zuschriften, die zum Teil aus ergreifenden Lebensberichten bestanden, bei denen materielle Not und Schwierigkeiten mit den Unterhaltszahlungen, aber auch Schikanen durch die Jugendämter eine große Rolle spielten. Viele von ihnen unterstützte Luise Schöffel in den folgenden Jahren durch Rat und Tat und sie wurde nicht müde, „die gesamte Nichteheleichenproblematik in der Öffentlichkeit aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen.“⁶

Die Medienwirksamkeit der Anzeige war nicht mehr aufzuhalten: Rundfunk, Print-Medien und mehrere Tageszeitungen berichteten über die mutige ledige Mutter. Eine ganz andere Story wusste der Spiegel über die „Geburtshelfer“ des Verbandes: Es seien ein Lehrer und ein Dekan gewesen, die Luise Schöffels Sohn verstört hätten. Der eine schockierte den Zehnjährigen im Gemeinschaftskundeunterricht zum Thema „Die Familie“ mit der Ansage, uneheliche Kinder würden „meistens Verbrecher“; der andere traktierte ihn mit Fragen nach dem Vater, als er sich zum Konfirmations-

4 Luise Schöffel gründete 1967 den Verband lediger Mütter und Väter, in: 25 Jahre Verband alleinstehender Mütter und Väter. Woher – Warum denn und Wohin, Bonn 1992, S. 12–18; hier: S. 13. | 5 Ebd., S. 12. | 6 Siehe hierzu ihren Bericht vom 27.6.1970.

unterricht anmelden wollte. Seitdem hätte die „Mutter Schöffel“ darüber nachgedacht, was man tun könne, um „wenigstens die Kinder aus der Diskriminierung rauszulassen“, schließlich könnten sie „nichts dafür, daß sie da sind.“⁷ Welche Story auch immer stimmt. Bald war ihr klar, was sie mit einem Verband wollte: „Ich wollte das Recht reformieren, denn wer im Recht diskriminiert ist, ist es auch in der Gesellschaft.“⁸ Neben vielen Zustimmungsbekundungen erhielt sie auch ein anonymes Schreiben: „Es ist eine Schande, dass sie als Lehrerin ein uneheliches Kind haben und eine Unverschämtheit ohnegleichen, auch noch einen Verband solcherer sittenloser Weiber zu gründen!“⁹

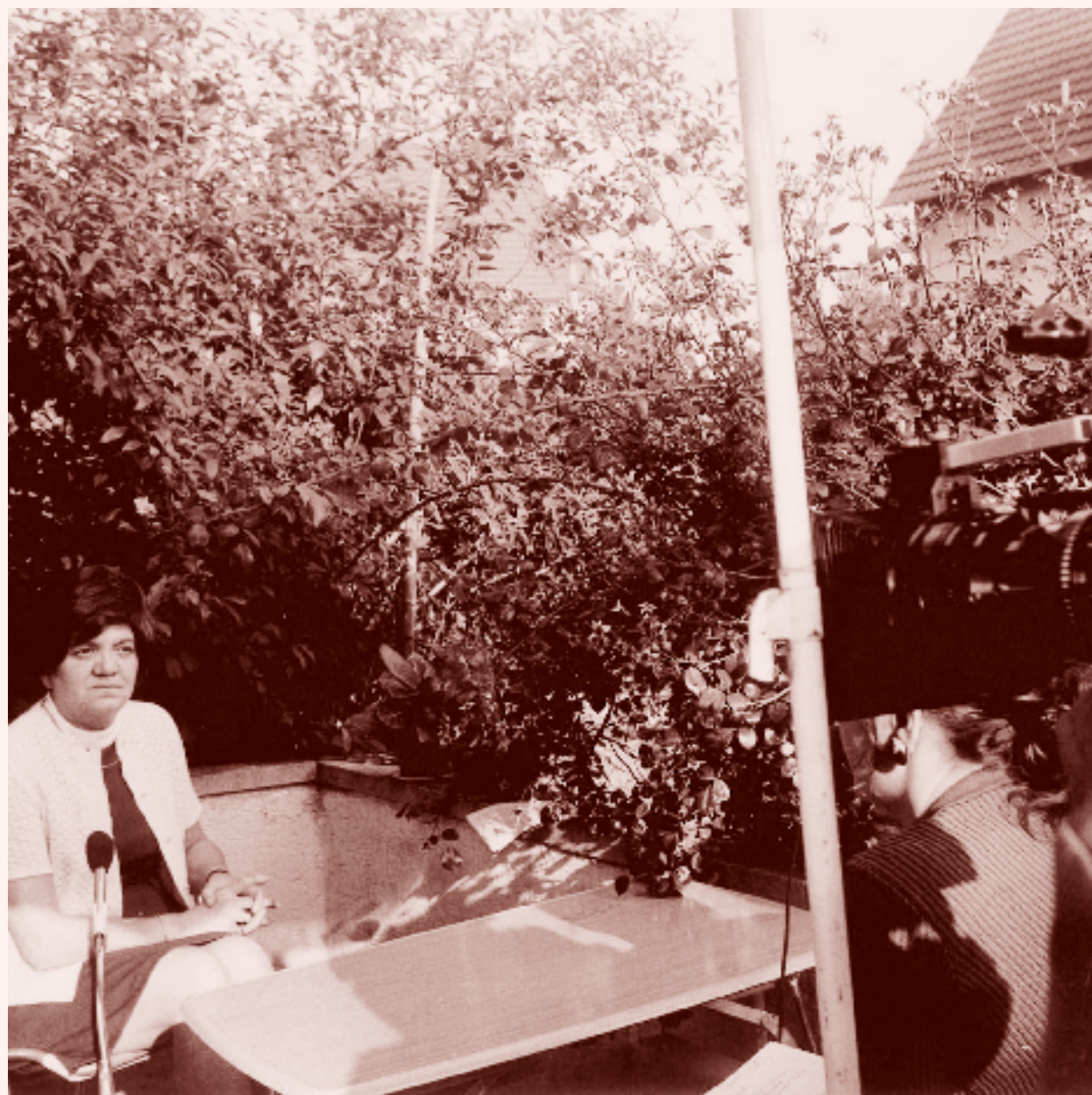
Bereits in den ersten Jahren des Verbands konnten die „sittenlosen Weiber“ und Mütter „unvollständiger Familien“ Einfluss auf die bundesdeutsche Politik nehmen: die Reformierung des „Nichtehelichenrechts“, das 1970 in Kraft trat, waren nicht nur, aber auch durch die Aktivitäten des neuen Verbandes erreicht worden. Auch die Verbesserung der Sozialgesetzgebung für Alleinerziehende wurde angeschoben. Forderungen waren eine Unterhaltsvorschusskasse für alle nichtehelichen Kinder, deren Väter nicht oder nicht ausreichend bezahlten, die Regelung des Verkehrsrecht des nichtehelichen Vaters, das Erbrecht des nichtehelichen Kindes und die Erhöhung und Neufestsetzung des Unterhaltssatzes für die Kinder alle zwei Jahre, Muttergeld für die Dauer von drei Jahren, Anerkennung der nichtehelichen Mutter mit ihrem Kind als „Familie“ und Gewährung aller Vergünstigungen, die „Vollfamilien“ erhalten. Der Verband entwickelte sich in den nächsten Jahrzehnten zum bedeutenden Lobbyisten Alleinstehender. Seine Kritik richtete sich auch darauf, dass die Kinder lediger Mütter allzu oft in einem Säuglings- oder Kinderheim untergebracht

wurden, anstatt die Mutter als wichtige Bezugsperson des Kindes zu unterstützen.¹⁰

1970 erhielt der Verband erstmals Zuwendungen vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und er wurde in das „Deutsche Nationalkomitee für die Union der internationalen Familienorganisationen“ aufgenommen.¹¹ Da er auch soziale Hilfestellungen leistete, bestritten die vielen ehrenamtlich arbeitenden Frauen, auch auf der Ebene der Landes- und Ortsverbände „einen erheblichen Anteil der Kosten aus eigener Tasche.“¹² Luise Schöffel wurde für ihr Engagement im Dezember 1972 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt.

Im November 1975 wurde Luise Schöffel auf der Gründungsversammlung des Landesverbandes alleinstehender Mütter zur Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg gewählt.¹³ 1976 – inzwischen waren in allen Ländern der BRD Landesverbände und zahlreiche Ortsverbände aufgebaut worden – gab sie den Vorsitz auf Bundesebene weiter und agierte „nur noch“ im Hintergrund. Der Bundesverband zog nun von Herrenberg nach Frankfurt/M. um. Die Stadt Herrenberg überreichte Luise Schöffel im September 1992 für ihr langjähriges Engagement die Bürgermedaille in Silber. Wenn es nach Luise Schöffel gegangen wäre, wäre der Verband längst überflüssig: „Ein erklärtes Ziel unserer Arbeit ist es, den Verband perspektivisch überflüssig zu machen.“ Deshalb galt es „auf eine gesellschaftliche Zukunft hinzuwirken, in der es keine Rolle mehr spielt, in welcher Lebensform die Menschen (gerade) leben.“¹⁴ Das konnte sie nicht mehr erleben. Sie starb am 18. September 1997 in Nebringen, 20 Monate nach ihrem Sohn Uli. Auch ihr Plan, ein Kinderdorf in Spanien zu gründen, blieb unverwirklicht.

7 Ledige Mütter. Schockierter Sohn, in: Der Spiegel H. 35/1967, S. 65. | 8 Binder, Paul: Luise Schöffel (1914 – 1997). Portrait einer mutigen Frau, in: Herrenberger Persönlichkeiten aus acht Jahrhunderten. Ausgewählt und vorgestellt von Roman Janssen und Oliver Auge, Herrenberg 1999, S. 417–421. | 9 Zit. Nach Schockierter Sohn, S. 65. | 10 Vgl. auch: Wenn das kommt, in: Der Spiegel 46/1972, S. 74 – 78. Siehe auch: Schöffel, Luise: Referat gehalten anlässlich der Gründung des Landesverbandes Niedersachsen in Osnabrück am 10.2.1975, S. 13. | 11 Bericht vom 27.6.1970, S. 16. | 12 Brief Luise Schöffel an das Statistische Bundesamt Wiesbaden vom 23. Mai 1973. | 13 Protokoll über den Verlauf der Gründungsversammlung des Landesverbandes Baden-Württemberg am 15.11.75. | 14 Liebisich, Peggi: Den Stein ins Rollen bringen. Politische Lobbyarbeit für Alleinerziehende, in: Stiftung Mitarbeit. Wegweiser Bürgergesellschaft, 8/2011 vom 29.4.2011.



Die 1970er Jahre

Entwicklung des Verbands

im ersten Jahrzehnt



Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen

Unter Adenauer bestanden zu den osteuropäischen kommunistischen Staaten kaum Kontakte. Die Frage der Oder-Neiße-Grenze stand noch ungelöst im Raum. Willy Brandt und Willy Stoph leiteten bei einem innerdeutschen Gipfeltreffen 1970 die Versöhnungspolitik zwischen Ost und West ein. Die Brandt-Scheel-Regierung konnte nach kurzen Verhandlungen 1970 den Deutsch-Sowjetischen Gewaltverzichtsvertrag schließen und Deutschland erkannte die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze an. Eine in der ganzen Welt anerkannte Geste war das Niederknien Willy Brandts vor dem Mahnmal der Opfer des Warschauer Ghettoaufstands von 1944. Die Bundesregierung erreichte nach Verhandlungen mit den Sowjets den ungehinderten Auto- und Bahnverkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin. Nach Ablösung von Walter Ulbricht durch Erich Honecker wurde dies mit weiteren Vereinbarungen wie mehr menschliche Kontakte zwischen DDR und Westdeutschland und die Anerkennung der DDR als selbstständigem Staat möglich. Dafür erhielt Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis. Nach der Affäre um den DDR-Spion Günter Guillaume 1974 trat Willy Brandt als Kanzler zurück.

Bundeskanzler Helmut Schmidt trat die Nachfolge an. Durch staatliche Investitionen in die Wirtschaft wurde die Produktion gesteigert. Die hierfür aufgenommenen Kredite zogen eine hohe Staatsverschuldung nach sich. Die Erwerbslosenzahlen stiegen. Mittlerweile gab es 1 Million Erwerbslose.

Der RAF Terrorismus gegen Politiker und Industrielle erschütterte Deutschland. Siegfried Buback, Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hans Martin Schleyer wurden entführt und ermordet.



Sophie Behr (l.) und Hanna Lambrette (r.)



Vorstandssitzung im Wohnzimmer

Familienrechtliche Reformen

Das Familienrecht wurde modernisiert. Mit der Reform des Unehelichenrechts hieß es ab 1970 „nichteheliche“ statt „uneheliche“ Kinder. Ledige Mütter erhielten die elterliche Sorge für ihr Kind, zuvor hatten nichteheliche Kinder einen Vormund. Per Gesetz wurde den ledigen Müttern ein obligatorischer Amtspfleger des Jugendamts an die Seite gestellt. Dieser hatte die Aufgabe, die Vaterschaft festzustellen, Unterhalts- und Erbansprüche des Kindes durchzusetzen. Er musste u. a. Namensänderungen und Adoptionen zustimmen. Auch die neue Frauenbewegung der 70er Jahre bewirkte einen gesellschaftlichen Wandel: Das Zusammenleben ohne Trauschein war in den Städten verbreitet und auch die ledige Mutterschaft war kein Tabu mehr. Scheidungen wurden üblicher. Mit der großen Familienrechtsreform von 1977 wurden die Scheidungs-

gesetze überarbeitet und geändert, die Schuldfrage bei Scheidungen fiel weg.

Weitere gesetzliche Änderungen traten in Kraft:

- 1970: Das nichteheliche Kind ist auch juristisch mit seinem Vater verwandt.
- 1970: Väter erhalten ein vor dem Vormundschaftsgericht erstreitbares Umgangsrecht mit ihrem Kind.
- 1974: Einführung von Pflegetagen zur Pflege von kranken Kindern.
- 1977: große Familienrechtsreform mit weitgehenden Neuregelungen im Scheidungs- und Ehe recht. Einführung des Versorgungsausgleichs: Die während einer Ehe von dem oder den Gatten erworbenen Rentenansprüche wurden auf Frau und Mann im Fall der Ehescheidung aufgeteilt. Außerdem fiel die Schuldfrage der Trennung weg. Statt des



Gründung des
VAM-Orts-
verbandes
Frankfurt a.M.
1972

Schuldprinzips galt das Zerrüttungsprinzip. Unterhaltsrecht und Sorgerecht wurden damit unabhängig von der Schuld an der Scheidung bewertet. Geschiedene Mütter konnten das Sorgerecht für ihre Kinder erhalten.

Vom Verband lediger Mütter und VAM zum VAMV

Im Jahr 1970 gab es die erste Aktualisierung für den Verband lediger Mütter. Fortan hieß er „Verband alleinstehender Mütter (VAM)“, denn auch die geschiedenen Mütter hatten sich dem Verband angeschlossen und damit diesen Namenswechsel bewirkt.

Nach und nach wurden die Landesverbände gegründet:

- 1972: Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
- 1973: Niedersachsen und Berlin (West). In Berlin

wuchsen Anfang der siebziger Jahre bereits rund 15 Prozent aller Kinder mit nur einem Elternteil auf.

- 1974: Hessen
- 1975: Baden-Württemberg, Bremen und Saarland
- 1976: Bayern und Nordrhein-Westfalen

Nirgendwo gab es gesammelt und leicht zugängliche Informationen für und über alleinstehende Mütter. Aus dieser Situation entstand in enger Kooperation von Luise Schöffel und Dr. Helga Stoedter, Vorsitzende des Landesverbandes Alleinstehender Mütter (VAM) in Hamburg, der erste Ratgeber des Verbands: Alltagsfragen der Betroffenen gaben die Arbeitsgrundlage: Wovon kann ich leben? Wie finde ich eine Wohnung? Wie bringe ich mein Kind unter? Wie finde ich Arbeit? Wie komme ich zu meinen Rechten? und – typisch für das damals viel zu geringe Selbstbewusstsein – Wie erziehe ich mein Kind richtig? Ergänzt wurden sie mit einschlägigen Gesetzen, Verordnungen, Kommentaren

Gespräch mit
Bundespräsi-
dent Walter
Scheel 1979,
mit Luise
Schöffel (3.v.r.)
und Sophie
Behr (1.v.l.)



Gespräch mit Bundespräsident Gustav Heinemann und Familienministerin Käthe Strobel



und aktuellen Fallbeschreibungen im Umgang mit Behörden.

Anfang 1975 erschien in Berlin (West) die erste Informationsschrift mit dem Titel „Wie schaffe ich es allein?“ mit einer finanziellen Zuwendung der Berliner Jugendsenatorin Ilse Reiche, einem Umfang von 56 Seiten und einer Auflage von 20.000 Exemplaren. Presse und Rundfunk förderten die Bekanntmachung.

Im Jahr 1976 erfolgte die zweite Namensaktualisierung des Verbandes in „Verband alleinstehender Mütter und Väter“, denn es hatten sich mittlerweile auch geschiedene Väter angeschlossen, die ihre Kinder alleine erzo-gen.

1977 feierte der VAMV sein 10-jähriges Jubiläum. Der Verband zog von Herrenberg nach Frankfurt am Main. Außerdem gab sich der VAMV

eine neue Satzung, in der die Einsetzung von Delegierten vorgesehen wird, weil der Verband seit seiner Gründung 1967 auf über 5.000 Mitglieder gewachsen war. Die Broschüre „So schaffe ich es allein“ erschien mit einer neuen Auflage von 200.000 Exemplaren und wurde von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung finanziert.

Der VAMV nahm regelmäßig Stellung zu allen wichtigen Vorhaben der Legislative und obersten Rechtsprechung: Zum Rentenrecht, zur Anhörung der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ 1979 oder zum geplanten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Unterhalt für Ehegatten und dem Versorgungsausgleich 1979. Zur Sicherung des Unterhalts für Kinder stellte der VAMV einen eigenen Gesetzesentwurf vor – den Vorläufer für das spätere Unterhaltsvorschussgesetz von 1980.

Ursula Beutel

„Zu den Anfangserfahrungen gehören die zurückhaltenden bis ablehnenden Reaktionen, dem Verband beizutreten. Sich grade diesem Verband zugehörig zu erklären, davor scheute frau zurück.“¹

**Ursula Beutel (1912 – Sterbedatum unbekannt)
Bundesvorsitzende des Verbands alleinstehender
Mütter und Väter (1976 – 1977)**

Ursula Beutel wurde 1912 geboren und war später Lehrerin in Frankfurt/Main. Sie war nach einigen Schriften, die sie gelesen hatte und durch die Bewegung „Brot und Rosen“ bereits mit der Neuen Frauenbewegung in Berührung gekommen.² Durch einen Artikel im „Spiegel“³ wurde Ursula Beutel auf den Verband lediger Mütter, den Luise Schöffel in Herrenberg gegründet hatte, aufmerksam.

Gründung des Ortsverbandes in Frankfurt/Main

Ursula Beutel war vor ihrer Verheiratung ledige Mutter einer Tochter. Sie hatte keine existentiellen Probleme, weil sie die Unterbringung des Kindes und ihre Berufstätigkeit mit familiärem Rückhalt regeln konnte. Damals lebte sie in Berlin in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem ledige Frauen geachtet und unterstützt wurden. Zunächst war sie der, wie sie später schrieb „irrigten Meinung“, die von Frau Schöffel in einem Spiegel-Artikel geschilderten Erfahrungen ließen sich vor allem mit der Situation auf dem Lande erklären. Sie nahm dennoch Kontakt mit Frau Schöffel auf und wurde bald „eines Besseren belehrt.“ Fortan las sie Berichte über alleinerziehende Mütter mit anderen Augen. Sie suchte

das Gespräch mit der Mitarbeiterin der Evangelischen Mütterschule in Frankfurt, Hanna Lambrette⁴, die ebenfalls ledige Mutter war, sie kontaktierte Vertreter/innen des Jugendamtes, der Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen, mit der Absicht, auch in Frankfurt am Main einen Verband alleinstehender Mütter zu gründen.

Ihre Absicht löste unterschiedliche Reaktionen aus: von hilfsbereiter (ideeller) Unterstützung bis Ablehnung. Ein Brief aus dieser Zeit, den sie an den Jugendamtsleiter schrieb und in dem sie sich beschwerte, dass der Unterhalt der Kinder um viele Monate zu spät eingefordert wurde, hatte zur Folge, dass das Personal bei der Amtsvormundschaft verstärkt wurde. Das Angebot von Hanna Lambrette, die Beratungsgespräche mit den zahlreichen alleinerziehenden Müttern, die nun auf sie zukamen, in deren Galerie durchzuführen sowie eine Spendenaktion für gebrauchte Kinderkleider zu initiieren führte noch vor der Gründung des Ortsverbandes am 5. November 1972 zur Institutionalisierung. Ursula Beutel wurde zur ersten Vorsitzenden gewählt; das Amt hatte sie bis Oktober 1976 inne.

Nach der Gründung ging der Ortsverband Frankfurt/M. verstärkt an die Öffentlichkeit und erhielt finanzielle Zuwendungen der Evangelischen Kirche in Hessen und Naussau. Ein erstes Wochenendseminar wurde 1973 mit Unterstützung der Volkshochschule in Oberreifenberg durchgeführt. 1974 konnte eine Geschäftsstelle (Ladenbüro) bezogen werden, vorher tagte der Vorstand

1 Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus: Ursula Beutel: Die Anfänge – Frau Beutel, die Gründerin des Verbandes, erinnert sich, in: VAMV-Ortsverband Frankfurt am Main e.V. (Hg.): 20 Jahre VAMV, Frankfurt/M. 1992, S. 3–7. | 2 „Brot und Rosen“ ist ein Lied von 1912, das anlässlich eines Textilarbeiterinnen-Streiks in den USA gesungen wurde und von da an zum Motto der amerikanischen und internationalen Frauenbewegung wurde. 1971 gründete sich in Deutschland eine Frauengruppe mit dem Namen „Brot und Rosen“. | 3 Ledige Mütter. Schockierter Sohn, in: Der Spiegel H. 35/1967, S. 65. | 4 Siehe das Portrait zu Hanna Lambrette in dieser Broschüre.

in der Wohnung der Vorsitzenden Ursula Beutel. Zugleich konnte nun eine hauptamtlich tätige Sozialarbeiterin eingestellt werden.

Ursula Beutel konnte ihre vielfältigen Erfahrungen zunächst in den Landesverband Hessen, der 1974 gegründet wurde und dessen stellvertretende Vorsitzende sie bis zur Neuwahl 1978 wurde, einbringen.

Vorsitzende des Bundesverbandes alleinstehender Mütter und Väter (1976–1977)

Die Geschäftsstelle des VAMV in Frankfurt am Main beherbergte zeitweilig nicht nur den VAMV-Ortsverband, sondern auch den Landesverband Hessen und den Bundesverband, der 1976 von Herrenberg nach Frankfurt am Main umgezogen war und bald auch Väter aufnahm. Der Landesverband Hessen begrüßte den „regen und fruchtbaren Austausch zwischen den drei

verbandspolitischen Ebenen und Gremien“, der dadurch gewährleistet war.⁵ Im selben Jahr wurde Ursula Beutel für den Bundesverband des VAMV als Nachfolgerin von Luise Schöffel gewählt, die den Vorsitz nach 10-jähriger Tätigkeit weiter gegeben hatte, aber für den Verband bis ins hohe Alter im Hintergrund weiter agierte. Ursula Beutel repräsentierte nun den Verband und war für die Erarbeitung einer Geschäftsordnung zuständig. 1976 wurde die VAMV-Broschüre „Wie schaffe ich es allein?“ im ganzen Bundesgebiet verteilt und unter dem Namen „So schaffe ich es allein“ immer wieder überarbeitet. 1977 wurde die erste hauptamtliche Geschäftsführerin in Frankfurt eingestellt. Ursula Beutel zog sich im gleichen Jahr „aus gesundheitlichen Gründen von der Verbandsarbeit zurück“.⁶

Hier verloren sich ihre Spuren trotz ausführlicher Recherchen.

5 Landesverband Hessen, in: 35 Jahre VAMV, Familienpolitik auf den Punkt gebracht, Berlin 2002, S. 44. | 6 VAMV-Ortsverband Frankfurt am Main e.V. (Hg.): 20 Jahre VAMV, Frankfurt/M. 1992, S. 20.

Hanna Lambrette

„Schließlich ist Vaterflucht ein schlimmeres Verbrechen als Fahrerflucht“¹



Hanna Lambrette (1921–2014)
Vorsitzende des
VAMV-Landesverbandes Hessen (1978–1987)
Stellvertretende Bundesvorsitzende (1979)

Das o. a. Zitat stammt von Hanna Lambrette, anlässlich der Präsentation eines Entwurfes für ein Unterhaltsvor-schussgesetz des VAMV 1977 in Bonn. Es war ein harter Kampf, bis es am 1. Januar 1980 in Kraft trat und „Vater

Staat“ in Vorleistung treten musste, wenn der leibliche Vater die Unterhaltszahlung für das Kind verweigerte. Freilich war das nicht die einzige verbandspolitische Leistung, die Hanna Lambrette mit auf die Beine gestellt hat. Zeit ihres Lebens trat sie für die Gleichberechtigung alleinerziehender Mütter und Väter und somit für gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe mit Kindern ein.

Kindheit, Jugend und ledige Mutter mit Kind

Hanna Lambrette wurde am 11. November 1921 geboren. Ihre Mutter starb, als sie 4 ½ Jahre alt war. Weil ihr Vater, ein kaufmännischer Angestellter, mit der Erziehung der beiden Töchter überfordert gewesen wäre, kam sie mit ihrer jüngeren Schwester zum Großvater und dessen Haushälterin. Sie lebten in einem Drei-Familien-Haus mit den beiden verheirateten Söhnen des Großvaters in Reichenbach im Voigtland. Hanna Lambrette war die Älteste von fünf Vettern und Basen und „bekam immer alles ab, wenn die anderen was angestellt hatten“.² Begeistert war sie von der Schreiner- und Zimmerwerkstatt, wo sie als Kind sägen, bohren und leimen durfte. Ihr künftiger Mann wohnte in der gleichen Straße, ebenfalls bei seinem Großvater. Er und Hanna besuchten die gleiche Schule, machten gemeinsam Hausaufgaben und wollten, wenn sie erwachsen sind, heiraten und nach Südafrika auswandern. Eine handwerkliche Lehre konnte sie beim Großvater nicht machen, weil er zu früh verstarb. Da die beiden Schwestern für den Rest der Familie „nur lästige Anhängsel“ waren, verließ sie mit der Realschulreife die

1 Hanna Lambrette, zit. nach: Armes Drittel, in: Der Spiegel Nr. 14/1977, S. 68. | 2 Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus dem Interview der Autorin mit Hanna Lambrette am 25.10.2014 in ihrer Wohnung in Frankfurt/M.

Schule und bewarb sich für eine Krankenschwesternausbildung. Schließlich wollten sie und ihr Freund Medizin studieren. Vorher mussten sie allerdings beide zum Reichsarbeitsdienst. Die Krankenschwesternausbildung konnte Hanna in einem Krankenhaus machen, in dem nicht mit Heil-Hitler begrüßt wurde und es auch keine braunen Schürzen gab.³ 1942 wurde sie allerdings mit allen anderen freien Schwestern in den Reichsbund der freien Schwestern und Pflegerinnen eingegliedert. Nachdem sie die Ausbildung beendet hatte, kam sie in ein Krankenhaus nach Berlin. Nach dem „Heldentod“ ihres Mannes wurde sie Stationschwester einer Infektionsabteilung in Nauenburg. Den Vater ihres Sohnes lernte sie im Krankenhaus kennen. Er und seine Frau hatten mit Hanna und ihrem Sohn Kontakt bis zu seinem Tod.

1949 verließ sie die neugegründete DDR und die Praxis für Krankengymnastik, die sie inzwischen im Haus ihres Schwiegervaters aufgebaut hatte. Eine Zulassung für Krankengymnastik bekam sie in Frankfurt/M. nicht, deshalb gründete sie eine Bilderrahmenwerkstatt und macht später eine Kunstgalerie daraus. Roland, Hanna Lambrettes Sohn, wurde 1951, mitten in der Hoch-Zeit der konservativen Familienpolitik Bundeskanzler Konrad Adenauers geboren. Allerdings war die Realität anders als die Ideologie: „Es gab schon jede Menge Frauen, die ihr Kind ohne den Vater erzogen haben“. Viele waren wie Hanna selbstbewusste Mütter. So wuchs ihr Sohn in der Gewissheit auf, seine Familienform war eine unter vielen möglichen; nicht besser und nicht schlechter.

Auch Roland Lambrette blieb unverheiratet und hat zwei Kinder. Hanna Lambrette lebte, bis sie starb im Haus des Sohnes in Frankfurt/M., der inzwischen Professor an der Hochschule für Kunst in Bremen geworden ist und eine eigene Firma hat. Sie wurde dort „verwöhnt, auf eine Weise, das habe ich mir nie träumen lassen“. Nur ein Problem hatte sie im fortgeschrittenen Alter: es fiel ihr schwer, zu lernen „mal nüscht zu tun“.

Arbeit im Verband alleinstehender Mütter

Hanna Lambrette war durch einen Spiegel-Artikel über die Gründung des Verbands lediger Mütter durch Luise Schöffel aufmerksam geworden. Zu dieser Zeit gab sie Geburtsvorbereitungskurse in der evangelischen Mütter-schule in Frankfurt/M. und war Protokollführerin der Landesarbeitsgemeinschaft der evangelischen Mütter-schulen in Hessen.

Sie nannte vier Gründe, die sie bewogen haben, im VAMV mitzuarbeiten: der erste war die Diskussion der Leiterinnen eben dieser Mütterschulen, über die Zumutbarkeit für verheiratete Schwangere, mit ledigen Schwangeren gemeinsam Geburtsvorbereitungskurse zu besuchen, der zweite war der demütigende Umgang der christlichen Kirchen mit den alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern, der dritte waren die hämischen Äußerungen des bis 1963 amtierenden Bundeskanzlers Konrad Adenauer über die uneheliche Geburt Willy Brandts, und viertens war es die Einteilung der alleinerziehender Mütter in drei Klassen: verheiratete, geschiedene und ledige Mütter.

3 Die braunen Schürzen trugen die Krankenschwestern, die in der NS-Schwesternschaft waren.

1974 gründete Hanna Lambrette mit anderen Frauen den Landesverband alleinstehender Mütter in Hessen mit. Sie wollten durch ihren Zusammenschluss weniger Wunden heilen, als die Situation der Alleinerziehenden verändern. Hatte Hanna Lambrette doch selbst erlebt, dass eine ledige Mutter „nur dann ministrabel ist, wenn sie immer wieder betont, dass sie zu heiraten gedenke.“⁴ Für die Verbandsarbeit hatten „die Hessen“ damals gute Voraussetzungen, weil viele Verbände, die für den VAMV nützlich sein konnten, ihren Hauptsitz in Frankfurt hatten. Dazu gehörte der Paritätische Gesamtverband, das DGB Bildungswerk und eine Zweigstelle des deutschen Jugendinstitutes. Familienbildung war Hanna Lambrettes besonderes Anliegen. Sie gründete das Paritätische Bildungswerk, Landesverband Hessen mit, organisierte Tagungen und Seminare für die aktiven VAMV-Mitglieder und fertigte Texte für Broschüren „für Mütter und Väter, die für die Erziehung ihrer Kinder allein verantwortlich sind und gemeinsam mit ihnen leben.“⁵

Als der Bundesverband 1976 nach Frankfurt/M. zog, war Annegret Freitag, die erste hauptamtlich beschäftigte Kraft des VAMV und eigentlich für den Ortsverband Frankfurt/M. zuständig. Sie arbeitete jedoch für alle drei Verbände (Bundes- Landes- und Ortsverband). Hanna Lambrette übernahm nun auch im Bundesverband den Bildungsaufbau und den Kontakt zu den anderen Familienverbänden. Nach dem Umzug nach Bonn im Jahre 1977 führte sie die Geschäftsstelle so lange, bis Christa Kremer⁶ eingestellt wurde.

1994 erhielt Hanna Lambrette für ihr jahrzehntelanges Engagement den Tony-Sender-Preis der Stadt

Frankfurt und die Goldene Ehrennadel des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, 1995 die Hildegard-von-Bingen-Medaille der Bundesvereinigung für Gesundheit und 1997 das Bundesverdienstkreuz am Bande für langjähriges ehrenamtliches Engagement.

Die vielfältigen Aufgaben, die sie im VAMV übernommen hatte, verband sie u. a. mit Gremienarbeit im Frankfurter Institut für Frauenforschung und im Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit in Wiesbaden sowie mit der Mitarbeit in der Zukunftswerkstatt des Deutschen Jugendinstituts. Ihr breites Interesse an gesellschaftlichen Fragen hat sie „im Kopf auch sehr jung gehalten“, wie sie selbst sagte.

Die politische Arbeit sei für den VAMV immer wichtiger gewesen als die soziale Arbeit, resümierte sie später. Auch nach ihrem Ausscheiden aus den offiziellen Funktionen kämpfte sie weiter für die Anerkennung verschiedener Lebensformen. Für die Zukunft wünschte sie sich, dass der Verband daran arbeitet, dass die Interessen der Familien in den unterschiedlichen Formen stärker in das allgemeine Bewusstsein rücken, dass er nicht nur „Forderungen für die Mühseligen und Beladenen stellt“, sondern die Menschen zum Mitmachen animiert, damit sie darauf dringen, dass sich gesellschaftlich etwas ändert.

Noch am 14. November 2014 nahm sie am 40-jährigen Bestehen des Landesverbands Hessen teil. Sie fühlte sich bereits zu schwach, um ihre kleine vorbereitete Rede selbst zu halten. Am 26. Dezember 2014 starb sie nach einem erfüllten Leben im Alter von 93 Jahren.

4 Lambrette, Hanna: Gruß und Respekt dem Verband, in: Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband: 35 Jahre VAMV. Familienpolitik auf den Punkt gebracht, Bonn 2002, S. 13. | 5 Siehe zum Beispiel die Broschüre: Mutterfamilien und Vaterfamilien in Hessen, Frankfurt/M. 1982, für die das Atelier ihres Sohnes die Gestaltung übernommen hat. | 6 Siehe das Portrait zu Christa Kremer in diesem Band.

Erfüllung der Unterhaltspflicht

1) Fragebogenaktion des "Verbandes alleinstehender Mütter" (Loecumer Protokolle, S. 43):

Unterhaltszahlungen von deutschen Vätern nichtehel. Kinder

• sofort und regelmäßig	37 %	} = 54 %
• nach einem oder mehreren Jahren regelmäßig	20 %	
• unregelmäßig	22 %	
• nicht in voller Höhe	12 %	
• überhaupt nicht	20 %	

Unterhaltszahlungen ausländischer Väter

• regelmäßig	45 %
• überhaupt nicht	55 %

2) Soziologische Untersuchungen von Sepp Groth, "Kinder ohne Familie", Juventa-Verlag, S. 165:

Es zahlen	zu Anfang	später	
• freiwillig	48 %	47 %	} = 57 %
• nur durch Zwangsvollstreckung	22 %	21 %	
• überhaupt nicht	30 %	36 %	

3) Untersuchungen des Amtes für Jugend in einem Abschnitt der Kostenabteilung

Es zahlen	46,8 %	} = 53,2 %
• freiwillig		
• nur nach Mahnung und Pfändung	14,9 %	
• überhaupt nicht (erfolgreiche Einziehung)	38,3 %	

Sophie von Behr

„Wir waren die erste Organisation von Frauen, Männern, Kindern, für die Ehe und Familie eine, auch trennbare, Einheit bedeutete und die dies nach außen vertraten.“¹



Sophie von Behr (1935 – 2015)
Bundvorsitzende des Verbands alleinstehender Mütter und Väter (1977–1981)

Sophie von Behr, Journalistin, Schriftstellerin und Feministin, engagierte sich bereits in der Frauenbewegung und bei „Frauen für den Frieden“ bevor sie 1973 zum „Verband alleinstehender Mütter“ gestoßen ist. Sie

schrrieb für die Frauenzeitung ‚Courage‘, arbeitete in der Redaktion des ‚Spiegel‘, für ‚EMMA‘ und für die Tageszeitung ‚taz‘. 1973 gründete sie mit einer Handvoll engagierter Frauen und Männer den Landesverband Berlin, der die Väter (nicht nur) in den Verbands-Namen aufnahm. Nicht alle Anwesenden waren damit einverstanden. Sophie Behr wurde Landesvorsitzende und blieb dies bis 1980. 1977 wurde sie Bundesvorsitzende des VAMV. Feminismus hieß für sie „im Zweifel für die Frau, was beinhaltet, daß erst einmal gezweifelt werden muß“².

Kindheit, Flucht, Beruf, Geburt des Sohnes und Friedensarbeit

Sophie Behr wurde am 7. Januar 1935 in Neubrandenburg geboren. Da ihr Vater im Krieg „geblieben“ war, war sie die Tochter einer nicht berufstätigen alleinerziehenden Mutter. Mit der Mutter und den drei Schwestern musste sie auf einem LKW aus Mecklenburg nach Schleswig-Holstein flüchten. Sie verließen ein Haus mit Angestellten, Köchinnen und Kinderfrauen. Sophie Behr war die Lieblingstochter des Vaters und vermisste ihn sehr. Nach dem Abitur am Ostsee-Gymnasium Timmendorfer Strand fuhr sie erst einmal nach Amerika zu ihrer Großmutter. In USA angekommen, arbeitete sie bei einer „Professorenfamilie mit sechs bis sieben Kindern als Mädchen für alles“ und hatte nur einen freien Tag in der Woche.³ Als sie zurück nach Deutschland kam, studierte sie Englisch, Spanisch, Psychologie und Soziologie. Während des Studiums arbeitete sie als Wissenschaftliche Hilfskraft u.a.

¹ Behr, Sophie: Ich grüße Euch, Alleinerziehende und Zusammenerziehende!, in: Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband (Hg.): 35 Jahre VAMV. Familienpolitik auf den Punkt gebracht, Berlin 2002, S. 12. | ² Helbig, Gaby: Interview mit Sophie Behr, November 1997. | ³ Alle weiteren Zitate und persönlichen Angaben, soweit nicht anders angegeben aus einem Gespräch der Autorin mit Sophie Behr im November 2014 in einem Café in Berlin.

im Max-Weber-Archiv in München. Sie bewarb sich als Werkstudentin beim ‚Spiegel‘, machte dort ein Volontariat und veröffentlichte 1962 ihre erste Geschichte. Daraufhin wurde sie Redaktionsassistentin und später Chefkorrespondentin beim Münchener Spiegel bis sie im Frühjahr 1969 nach Berlin umzog, um dort bis 1979 als „feste Freie“ zu arbeiten.

Ihr Sohn Daniel wurde 1966 geboren. Seinen Vater konnte er nur im Fernsehen sehen. Sophie Behr war eine ledige Mutter, wie sie erzählte, gehörte sie zu den als „sittenlose Weiber“ diskriminierten. Ihre Mutter akzeptierte ihren Status, auch wenn „sie’s anfangs nicht grade toll fand“, wie sie in einem Interview mutmaßt.⁴ Mit Daniel lebte sie in Berlin in einer kleinen Wohngemeinschaft und zeitweise in Lüchow-Dannenberg. Wenn Daniel in der Schule gehänselt wurde: „Du hast keinen Vater!“ konterte er selbstbewusst: „Jedes Kind hat einen Vater!“.

Sophie führte ein bewegtes, buntes, wechselvolles, oft aufregendes Leben. Im März 1983 gehörte sie zum Schattenkabinett von SPD-Kandidat Björn Engholm in Schleswig-Holstein. Nach einem Pressebericht sollte sie „Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung – wahrscheinlich im Rang einer Staatssekretärin – werden. Ihr würde der gesamte Bereich Frau und Familie obliegen.“ Sie wolle ihr „besonderes Augenmerk darauf richten, daß staatliche Wirtschafts- und Arbeitsförderungsmitel nur dort hinfließen, wo die in den jeweiligen Zielgruppen vertretenen Frauen möglichst direkt von ihnen profitieren“.⁶ Die Niederlage der SPD bescher-

te ihr allerdings kein Amt und keinen Ministerposten in der Landesregierung.

Am 25. August 1983 explodierte im „Maison de France“ in Berlin eine Bombe. Ein 26-Jähriger Friedensdemonstrant, der mit der Friedensgruppe „Fasten für das Leben“ im französischen Generalkonsulat eine Petition zur Einstellung der französischen Atomversuche im Pazifik und für einen Stopp des Wettrüstens übergeben wollte, wurde getötet, 23 Menschen wurde verletzt. Sophie Behr war mit unter den Friedensdemonstranten und gehörte zu den Schwerverletzten. Eine Ironie des Schicksals, dass von dem Anschlag ausgerechnet die gewaltfreien, friedensbewegten Gruppen betroffen waren. Ziel des Attentats war es, in Frankreich inhaftierte Mitglieder einer arabischen Terrorgruppe freizupressen.

Sophie Behr zog sich 1986 zum Barhof bei Ruhstorf an der Rott in Niederbayern zurück, um zu lesen und zu schreiben und ihre Katzen zu betreuen. Wirklich Ruhe hatte sie dort als „Subsistenzbäurin“ nicht. Sie schrieb weiter für Frauenzeitungen und die ‚taz‘ und veröffentlichte einige Bücher. Unter anderem einen autobiografisch gefärbten Roman, ein herrlich verrücktes Tagebuch einer ungewöhnlichen Schwangerschaft: „Ida und Laura: Once more with feeling.“ Ida, die sich ihr Kind alleine macht, klont eine Tochter nach ihrem Bilde.⁷ Mutter und Tochter leben eine innige Beziehung, bis das Kind nach seinem Vater fragt... Wie aktuell dieses Buch anlässlich der Diskussion um Gen- und Reproduktionstechnologien sein wird, wusste Sophie Behr damals noch nicht.

4 Dethleffsen, Gigi: Die ungleichen Schwestern, in: Journal. Das farbige Wochen-Magazin, Zeitungsausschnitt ohne weitere Angaben, Nachlass Sophie Behr.
5 Steuerverweigerung und Gleichberechtigung, Zeitungsausschnitt vom 28.2., ohne weitere Angaben, aus dem Nachlass von Sophie von Behr. | 6 Vgl. Hentschel, Gitti: Verständnis für die Verzweiflung der Attentäter, in: die Tageszeitung vom 28.9.1983. | 7 Behr, Sophie: Ida und Laura: Once more with feeling, Königsstein i.Ts. 1997.

Arbeit im Verband alleinstehender Mütter und Väter

Mit einem Dutzend Frauen und Männern verfasste Sophie Behr 1974/75 die erste gratis verteilte VAMV-Broschüre „Wie schaffe ich es allein?“ für Berlin. Zwei Jahre später wurde sie im ganzen Bundesgebiet unter dem Namen „So schaffe ich es allein“ verteilt. Mit dem Titel „alleinerziehend. Tipps und Informationen“ versehen, wurde sie immer wieder überarbeitet und später durch das Familienministerium finanziert. Bis heute ist die Broschüre ein Dauer-Renner mit vielen hunderttausend Auflagen. Die schwierigste Aufgabe als Bundesvorsitzende sah Sophie Behr darin, den Verein mit seinen elf Landesverbänden zu einem funktionierenden Bundesverband zu organisieren. Fast ohne Gremienerfahrung stattete sie sich mit einem Taschenbuch „Wie gründe und leite ich einen Verein“ aus, fand eine Handvoll nimmermüder Mitstreiterinnen aus dem ganzen Bundesgebiet und schaffte es schließlich. Unter ihrer Regie wurde auch die erste hauptamtliche Geschäftsführerin eingestellt. Bis dahin hatte eine der jeweiligen stellvertretenden Vorsitzenden diese Aufgabe übernommen. 1980 schrieb sie gemeinsam mit Helga Häsing „Ich erziehe allein. Problemlösungen und Ermunterungen für die Erziehung ohne Partner“. Im gleichen Jahr wurde unter Sophie Behrs Regie die Bundes-

geschäftsstelle von Frankfurt/Main nach Bonn verlegt. Ebenfalls 1980 verabschiedete der Verband in Hamburg das erste Grundsatzprogramm mit insgesamt 27 Forderungen, von denen die wichtigsten – weil heute noch gültigen – aufgezählt werden sollen:

Gleiches Kindergeld für jedes Kind (damals 250 DM monatlich) mit Anpassungsformel; Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe; Aufhebung des Ehegattensplittings; ausreichendes Angebot an qualifizierten Tageseinrichtungen für Kinder.

Sophie Behr sah Erfolge des Verbandes vor allem durch die Einrichtung der Unterhaltsvorschusskassen, die internationale Vernetzung und die Anerkennung als Familienverband durch die großen Politiker, wie den damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel, an dessen Empfang sie sich erinnerte. Als Misserfolg verbuchte sie, dass das Ehegattensplitting noch immer nicht abgeschafft werden konnte. Dem Verband wünschte sie weiterhin Beharrungsvermögen.

Auch sie hoffte auf den Tag, an dem „ein VAMV sich selbst als Interessenvertretung überflüssig macht“, weil nicht mehr die „Normalfamilie“ sondern ganz verschiedene Familienformen „normal“ sind. Erlebt hat sie es nicht mehr. Sie starb am 21. Februar 2015 in ihrer selbstgewählten Einsamkeit an einem Krebsleiden.

Zahlen, die zu denken geben !

In der Bundesrepublik Deutschland leben 390.000 Teilfamilien mit Kindern unter 15 Jahren:
in 360.000 Fällen ist die Mutter alleinstehend,
in 30.000 Fällen ist der Vater alleinstehend.

1969 lebten 582.000 Kinder unter 15 Jahren in Teilfamilien.
Die alleinstehenden Mütter gliedern sich wie folgt:

140.000 verwitwete Mütter mit 140.000 Kindern unter 15 Jahren,
133.000 geschiedene Mütter mit 215.000 Kindern " " "
86.000 nicht verheiratete Mütter mit 102.000 Ki. " " "

40 v.H. der verwitweten Mütter sind berufstätig
und verdienen netto im Durchschnitt 590.- DM,

71 v.H. der geschiedenen Mütter sind berufstätig
und verdienen netto im Durchschnitt DM 550.-,

85,5 v.H. der nicht verheirateten Mütter sind berufstätig
und verdienen im Durchschnitt netto DM 510.-,

95,6 v.H. der im VAM zusammengeschlossenen Mütter sind
v o l l berufstätig.

Es sterben - immer relativ gesehen -
1,3 mal mehr nicht verheiratete Mütter bei der Geburt
ihres Kindes als verheiratete;

1,5 mal mehr nichteheliche Kinder als eheliche Kinder werden
t o t geboren;
nicht verheiratete Mütter haben doppelt so viele Frühgeburten
wie verheiratete,

nichteheliche Kinder haben eine halb so große Lebenserwartung
im ersten Lebensjahr wie eheliche Kinder;

75 v.H. aller nichtehelichen Säuglinge werden in Heimen unterge-
bracht, das sind 14mal mehr, als es ihrem Geburtenanteil
entspricht.

Ein Heimkind kostet den Staat monatlich zwischen 1.000.- und
1.400.- DM.

Ein Drittel der Kinder aus Teilfamilien erhalten regelmäßig und
den vollen Unterhalt;

ein Drittel der Kinder aus Teilfamilien erhalten erst nach einem
Jahre den vollen Unterhalt.

Die 1980er Jahre

Vorzeichen der Wende

und Mauerfall

Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen

1980 löste Ronald Reagan Jimmy Carter als US-Präsident ab, am Tage seiner Vereidigung kamen die monatelang festgehaltenen Geiseln aus der Teheraner Botschaft frei. Die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher, damalige britische Premierministerin, schickte Soldaten der britischen Kriegsmarine in den Falkland-Krieg.

Die SPD/FDP-Regierung wurde in der Außen- und Innenpolitik gefordert. Der Rüstungswettkampf hielt an. Seine Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss brachte Helmut Schmidt viel Kritik aus der eigenen Partei ein. Nach all den Auseinandersetzungen zerbrach 1982 die Koalition, Helmut Schmidt wurde gestürzt und Helmut Kohl von der CDU bildete mit der FDP die Regierung. Kohl förderte den Zusammenschluss der europäischen Staaten zur „Europäischen Union“. In Deutschland wurde Monika Wulf-Mathies von der ÖTV als erste Frau an die Spitze einer DGB-Gewerkschaft gewählt.

Der Wirtschaft ging es Mitte der 1980er Jahre wieder besser, die Inflationsrate und die Staatsverschuldung sanken, jedoch stieg die Zahl der Erwerbslosen auf 1,8 Millionen an (8,6 Prozent der weiblichen, 6,8 Prozent der männlichen Erwerbspersonen). Auch der Mauerfall von 1989 fiel unter die Amtszeit von Helmut Kohl.

Mehr Alleinerziehende denn je

Heiner Geissler wurde 1982 Familienminister, 1985 folgte ihm Rita Süßmuth. Sie führte Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub ein. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung wurde 1987 eingeführt.

1987 betrug der Anteil Alleinerziehender und ihrer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland 13,6 Prozent aller Familien mit noch nicht volljährigen Kindern. Rund 1 Million Frauen lebten unverheiratet mit Männern zusammen. Dies war ein Rekord in der Geschichte. Ebenfalls ein Rekord war, dass 80 von

519 Bonner Parlamentariern Parlamentarierinnen waren, ein Novum in der deutschen Geschichte.

Der VAMV in den 1980er Jahren

1980 zog der VAMV in die Bundeshauptstadt Bonn um und kämpfte wie in den Jahrzehnten davor für die Rechte und soziale Gerechtigkeit für Alleinerziehende. Ein großer Erfolg war die Einführung des Unterhaltsvorschuss 1980. Damit erhielten Kinder Geld zum Leben, deren Väter und Mütter keinen Unterhalt zahlten. Den Unterhaltsvorschuss gab es jedoch für maximal drei Jahre und höchstens, bis das Kind

sechs Jahre alt war. Noch im gleichen Jahr wurden Unterhaltsvorschusskassen eingerichtet. In den Folgejahren sollte der VAMV stetig an seiner Weiterentwicklung mitarbeiten.

Viele gesellschaftliche und rechtliche Bereiche waren verbesserungswürdig. Alleinerziehende stellten die am größten von Armut gefährdete und betroffene Familienform dar, sie waren gesellschaftlich benachteiligt, sowohl im Steuerrecht, bei Familienleistungen und auch als Frauen und Mütter am Arbeitsmarkt. Steuergerechtigkeit für Alleinerziehende blieb für den VAMV ein Dauerthema. Das Bundesverfassungsgericht entschied 1982, dass die Besteuerung von Alleinerziehenden gegen das Grundgesetz verstößt.

Familienpolitisches Grundsatzprogramm

1980 erarbeitete und verabschiedete der VAMV sein erstes familienpolitisches Grundsatzprogramm mit insgesamt 27 Forderungen. Er forderte unter anderem:

- gleiches Kindergeld für jedes Kind in Höhe von 250 DM mit Anpassungsformel,
- Nichtanrechnung des Kindergelds auf Sozialhilfe,

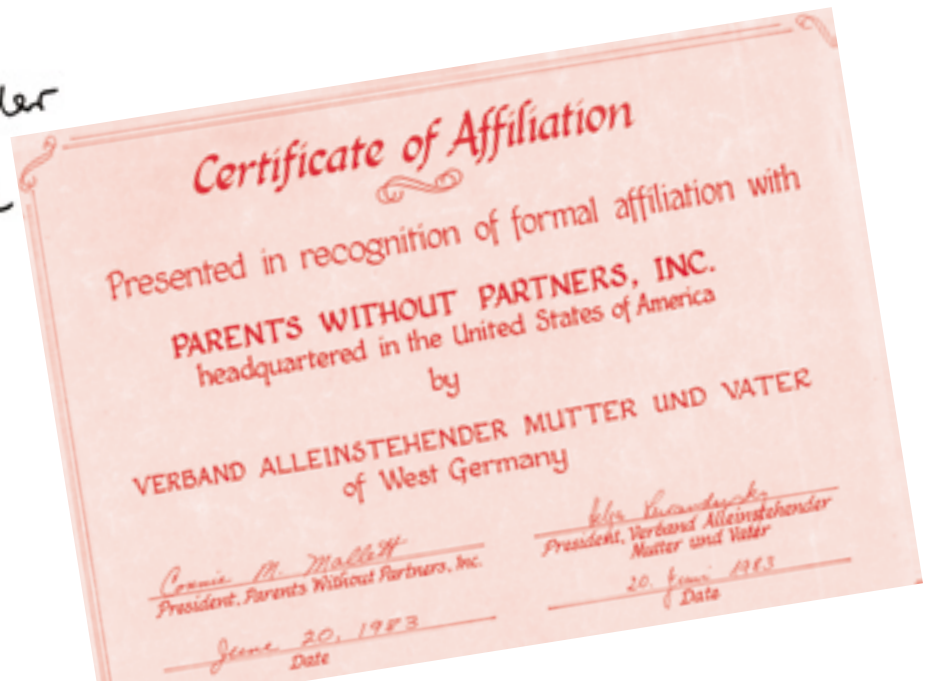
- Aufhebung des Halbteilungsgrundsatzes beim Kindergeld,
- Aufhebung des Ehegattensplittings zugunsten eines gerechteren und höheren Kinderlastenausgleichs,
- ausreichendes Angebot an qualifizierten Tageseinrichtungen für Kinder,
- Gewährung von Unterhaltsvorschuss für alle Kinder, die Anspruch auf Kindergeld haben.

Der Verband nahm Stellung zu den Plänen für die Rentenreform 1984, insbesondere zum Konzept der SPD einer „Weiterentwicklung der Alterssicherung“ vom April 1980.

Mittlerweile hatte der VAMV rund 8.000 Mitglieder und kooperierte auch international mit Alleinerziehenden-Verbänden. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes erweiterte er die Zusammenarbeit mit der Einelternorganisation „Parents without Partners“ (PWP) in den USA.

1982 feierte der VAMV sein 15-jähriges Bestehen. Marie Schlei, alleinstehende Mutter mit drei Kindern, Gründungsmitglied des VAMV-Berlin 1973 und ehemals Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit,

Hier können Kinder was erleben



gab sich bei der Jahresversammlung des VAMV in Berlin zum letzten Mal die Ehre und bilanzierte ihr politisches Leben mit einer ergreifenden Erfahrungsbilanz aus ihrem politischen Leben.

Klage vor dem Bundesverfassungsgericht

1984 klagten VAMV-Mitglieder vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der mangelnden steuerlichen Absetzungsmöglichkeit von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Familienlastenausgleichs. Sie erhielten Recht und in der Folge konnten Alleinerziehende ihre Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend machen, dies jedoch erst rückwirkend nach der 1986 eingeführten neuen Regelung der Bundesregierung. Pauschal wurden nun 480 DM jährlich, mit Belegen bis zu 4.000 DM steuerlich angerechnet.

Regelmäßig gab der VAMV Stellungnahmen ab: 1985 eine Stellungnahme zum Rentenrecht zur Regelung der Hinterbliebenenversorgung und zum Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion für ein Erziehungsgeld. Der VAMV kritisierte die Einführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes 1986 scharf, denn es gab einige Nachteile für alleinerziehende Mütter und Väter. Daraufhin aktualisierte der VAMV sein familienpolitisches Grundsatzprogramm und forderte die Einführung einer Familienkasse, aus der alle familienbezogenen Leistungen bezahlt werden sollten. Darin enthalten waren außerdem Forderungen zur Existenzsicherung für Kinder, Kinderbetreuungseinrichtungen, familiengerechtes Wohnen, Verfahrensfragen z. B. in Sorge- und Umgangsrechtsentscheidungen.

20 Jahre VAMV

1987 feierte der VAMV seinen 20. Geburtstag. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl empfing den VAMV.

Armut war ein großes Thema in den Medien und wurde nun unmittelbar mit der Lebensform „Alleinerziehend“ in Zusammenhang gebracht. Die Gründe dafür waren und sind noch heute hauptsächlich Teilzeit-Erwerbstätigkeit, niedrige Löhne, Schwierigkeiten

beim Wiedereinstieg und eine unzureichende Kinderbetreuung.

In seiner Jahrestagung 1988 mit dem Thema „Kinder und Beruf – Alleinerziehende wollen beides“ forderten die Delegierten mehr Ganztagschulen und flexible Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten.

Weitere Aktivitäten:

- 1988: Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Kinder- und Jugendhilfegesetz
- 1989: Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie forderte der VAMV in einer Pressemitteilung „Kindertagesstätten schon für Kinder ab 2“ und setzte sich zusammen mit mehreren Verbänden für einen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung ein.
- 1989: Stellungnahme zur geplanten Änderung des Umgangsrechts nichtehelicher Väter
- 1989: Statement zum Sorgerecht beim Expertengespräch der Kinderkommission im Deutschen Bundestag
- 1989: Stellungnahme zum Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes
- 1989: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes

Der VAMV forderte wiederholt die Abschaffung des Ehegattensplittings und wollte stattdessen die Einführung der steuerlichen Anerkennung von Kindererziehung durchsetzen. Bei der Forderung um eine gerechtere Steuerpolitik erreichte der VAMV, dass der Unterhaltspflichtige nur dann den halben Kinderfreibetrag geltend machen kann, wenn er mindestens 75 Prozent des Unterhalts bezahlt. Das Erziehungsgeld wurde eingeführt, das Luise Schöffel als „Muttergeld“ schon lange gefordert hatte. Es gab monatlich 600 DM im Anschluss an das Mutterschaftsgeld und wurde bis zum 18. Monat gezahlt. Es wurde nicht auf die Sozialhilfe angerechnet.

In der Bonner Geschäftsstelle gingen monatlich etwa 600 Briefe ein, bei Erscheinen des VAMV in den Medien noch mehr.

Helga Lewandowsky

„Es gibt noch viel zu tun, bis Alleinstehende gegenüber ‚Normal-Familien‘ nicht mehr benachteiligt sind. Deshalb bleib ich dem Verband auch treu“.¹



Helga Lewandowsky (geb. 1930)
Bundvorsitzende des Verbands alleinstehender Mütter und Väter (1981–1987)

Helga Lewandowskys Biografie ist nicht sehr typisch für den Werdegang von Frauen, die in den 1950er Jahren erwachsen wurden. Während der Hoch-Zeiten der konservativen christlichen Frauen- und Familienpolitik war sie eine emanzipierte berufstätige Frau, ledige und

alleinerziehende Mutter und Freidenkerin. Sowohl in der Politik als auch in der Verbandsarbeit besetzte sie einflussreiche Positionen: 16 Jahre lang war sie Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Von 1981–1987 war sie Bundesvorsitzende des VAMV und von 1978–1990 Vorsitzende des Landesverbands Niedersachsen.

Kindheit und Jugend (1930–1954)

Helga Lewandowsky wurde am 21. Mai 1930 in Rockhampton, Queensland in Australien als das älteste von sieben Kindern geboren. Ihre Großeltern kamen aus der Arbeiterbewegung und sind bereits vor dem Ersten Weltkrieg nach Australien ausgewandert, wo sie erst einmal „den Urwald bewohnbar machen mussten“ und schließlich eine Farm aufbauen konnten. Auch ihre Eltern waren in der Arbeiterbewegung und bei der freireligiösen Gemeinschaft aktiv.² Während des Zweiten Weltkrieges kam die Familie in ein Internierungslager. Dort besuchte Helga die englischsprachige Volksschule und eine deutsche Oberschule. Bevor sie 1947 nach Deutschland übersiedelte, arbeitete sie als Bürogehilfin. Zunächst kam die Familie in ein Flüchtlingslager in der Nähe von Osnabrück und von da nach Achmer (später ein Ortsteil von Bramsche), wo sie noch heute lebt. Sie machte eine Ausbildung zur Fachlehrerin für deutsche und englische Kurzschrift und Maschinenschreiben. 1948 trat sie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Anfang der 1950er Jahre der Freireligiösen Gemeinschaft bei, wo sie zunächst für die Jugendarbeit zuständig war.

¹ Interview der Autorin mit Helga Lewandowsky am 2.9.2015 in Brandenburg/Havel in einem Café. Alle Zitate im Text sind – soweit nicht anders angegeben – aus diesem Interview. | ² Dinghaus, Angela: „Gnädige Frau, Stillhalten ziemt immer ... insbesondere Damen“ Helga Lewandowsky, in: Clemens, Bärbel (Hg): Frauen machen Politik. Parlamentarierinnen in Niedersachsen, Hannover 1996, S. 117–127.

Berufstätigkeit und politische Arbeit (1954 – 1986)

Ab 1954 unterrichtete sie an einer privaten Handelsschule in Osnabrück. Von zahlreichen Wettkämpfen im Schnell-schreiben auf der Schreibmaschine und in der Kurzschrift kam sie mit Pokalen und Preisen nach Hause. Stenografieren kann sie heute noch. Durch stenographische Aufnahmen parlamentarischer Reden wurde ihr Interesse an der parlamentarischen Arbeit verstärkt. Sie trat 1961 in die SPD ein,³ ohne an eine „Parteikarriere“ zu denken. Als 1964 ihre Tochter Anke geboren wurde, unterbrach sie die politische Tätigkeit zwei Jahre lang und zog zu ihren Eltern zurück. Zwischen 1968 und 1971 engagierte sie sich als Mitglied des Rates der Gemeinde Achmer, dann im Bezirksvorstand der SPD Weser-Ems und übernahm den Vorsitz des Bezirksfrauenausschusses. Ihre Arbeit als Lehrerin behielt sie bis 1976 bei. Sie konnte nachmittags zu Hause sein, und sich um ihre Tochter kümmern; abends machte sie Unterrichtsvorbereitungen. Unterstützt wurde sie von ihrer Mutter, die stets großes Verständnis für die politische und berufliche Arbeit ihrer Tochter hatte. Über ihre Schwangerschaft weihte sie zunächst die beiden Brüder ein, weil sie das kommunalpolitische Mandat, das man ihr angetragen hat, nicht annehmen konnte. Zu Beginn der 1960er Jahre war es schwer, offen zu einer „unehlichen“ Schwangerschaft zu stehen. Die Vormundschaft für das Kind übernahm das Jugendamt. Da sie selbst für ihre Tochter verantwortlich sein wollte, erkämpfte sie das „alleinige Sorgerecht“. Vom Verband lediger Mütter, wie er damals hieß, wusste sie noch nichts.

1970 zog Helga Lewandowsky als einzige Direktkandidatin und bis 1972 als einzige Frau der SPD in den Niedersächsischen Landtag ein, wo sie bis 1986 Politik machte. Vehement trat sie als Vorsitzende des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen, und auch als „eine, die selbst betroffen war“, für die rechtliche Gleichstellung alleinstehender Mütter ein, engagierte sich für mehr und bessere Kindertagesstätten und für die Fristenlösung für ungewollt Schwangere. Sie war in zahlreichen weiteren Funktionen innerhalb und außerhalb der SPD aktiv, die hier nicht alle aufgezählt werden können.

Vorsitzende des Verbands alleinstehender Mütter und Väter (1981–1987)

Durch eine Einladung von Hildegard Brockbreder⁴ an alle im Landtag vertretenen Parteien erfuhr Helga Lewandowsky 1972 von der Existenz des Verbandes alleinstehender Mütter. Sofort war ihr klar, dass sie „Betroffene“ ist und „in diesen Verein rein“ wollte. Beindruckt war sie von Brockbreder's Topflappen, die sie an alle Abgeordneten verteilte, als Symbol für „heiße Eisen“, die sie mit dem VAM anfassen sollten. Helga Lewandowsky übernahm 1978 das Amt der Vorsitzenden des neu gegründeten Landesverband Niedersachsen und 1981 wurde sie Vorsitzende des Bundesverbandes.

Die gleichzeitige Arbeit im Landtag und im VAMV brachte nicht nur ein erhebliches Maß an Arbeit, sondern auch Synergieeffekte, von denen der VAMV profitierte. Nun konnte sie sich für die Rechte der Allein-

3 Auch ihre beiden Brüder sind parteipolitisch engagiert. Der Eine war jahrelang Bürgermeister von Bramsche und der Andere war Kreistagsabgeordneter.

4 Hildegard Brockbreder, Vorsitzende des VAM Osnabrück gründete 1973 den VAM Niedersachsen. Leider ist sie 1976 im Alter von 33 Jahren an einer Krebserkrankung gestorben. Siehe hierzu auch Sophie Behr: Was wurde aus Luise Schöffels Forderungen?, in: Verband alleinstehender Mütter und Väter (Hg.): Woher – Warum denn und Wohin, 25 Jahre VAMV, Bonn 1992, S. 18–23; hier: S. 23.

erziehenden sowohl in der Verbandsarbeit, als auch auf landespolitischer Ebene einsetzen. Dazu gehörten das Nichteheleichenrecht, das „Umgangsrecht“, das Unterhaltsvorschussgesetz und die Gleichbehandlung der Kinder im Unterhalts- und Erbrecht. Der VAMV kämpfte dafür, dass die ledigen und geschiedenen Mütter die gleiche Steuerklasse bekommen sollten, wie die Witwen. Das Landesverfassungsgericht folgte zwar dem Anliegen der Gleichbehandlung, nahm jedoch den Witwen die günstigere Steuerklasse. Für Helga Lewandowsky war das die größte Niederlage während ihrer Amtszeit.

Die mit dem Sozialabbau verbundenen Kürzungen im familienbezogenen Bereich unter Familienminister Heiner Geißler (CDU 1982 – 1985) trafen Alleinerziehende hart. 1984 schrieb Helga Lewandowsky im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF), deren Federführung der VAMV in den Jahren 1984 und 1985 übernommen hatte, einen geharnischten Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl: „[...] Am 13. Juni 1983 haben Vertreter der deutschen Familienorganisationen Ihnen und anderen Mitgliedern des CDU-Präsidiums den Wunsch vorgetragen, [...] kurzfristig die Hilfen für die Familien mit geringen Einkommen zu verstärken. Eine sorgfältige Prüfung der von uns zu unterbreitenden Vorschläge wurde uns zugesagt. Wir haben daraufhin ein familienpolitisches Not- und Sofortprogramm erarbeitet und am 4. November 1983 sowohl Ihnen selbst und den Bundesministern Geißler und Blüm als auch den Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag zugeleitet. [...]“. Zu den Kernanliegen des Programms gehörte die Verbesserung der Situation der Alleinerziehenden. Vor allem war es die Missachtung, dass von den Familienverbänden Vorschläge angefordert, die dann nicht weiter behandelt wurden, die sie aufbrachte.

Auf ihre Aufforderung um Stellungnahme passierte nichts. Stattdessen ging die Missachtung weiter: Zu einer Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages zum Scheidungsfolgenrecht im Jahre 1985 wurden lediglich die konfessionellen Verbände eingeladen. Das führte dazu, dass der VAMV als am meisten betroffener Verband seine Positionen nicht einbringen konnte.

1987 gab sie den Vorsitz auf Bundesebene und 1990 auf Landesebene ab. Sie war nun 60 Jahre alt und ihre Tochter war erwachsen. Schwer war es, für die inzwischen umfangreiche Arbeit eine Nachfolgerin zu finden. Positiv erlebt Helga Lewandowsky, dass die jungen Frauen heute selbstbewusster mit dem Status der alleinstehenden Mutter umgehen und dass sich die gesellschaftliche Anerkennung der Alleinerziehenden verbessert hat. Den VAMV findet sie noch lange nicht überflüssig. „Es gibt noch viel zu tun, bis Alleinstehende gegenüber ‚Normal-Familien‘ nicht mehr benachteiligt sind“. Notwendig würde weiterhin die Arbeit an der Benachteiligung im Steuerrecht, an der Abschaffung des Ehegattensplittings und an der Einführung der Kindergrundsicherung für alle Kinder, unabhängig von der Familienform.

Im „Ruhestand“ ist sie bis heute nicht. Zwischen 1986 und 1996 amtierte sie als stellvertretende Bürgermeisterin in Bramsche. Im Humanistischen Verband Niedersachsen, früher Freireligiöse Gemeinschaft, ist sie noch heute aktiv, und ist Feiersprecherin für konfessionslose Beerdigungen.

allein.

erreichend

eine gute Alternative



Ebba Zimmermann

„Unser Ziel war und ist: die Gleichbehandlung aller Familienformen, nicht die Sonderstellung von Alleinerziehenden.“¹



Ebba Zimmermann (geb. 1940)
Bundvorsitzende des Verbands alleinstehender Mütter und Väter (1987 – 1990)

Ebba Zimmermann begann ihre Arbeit im Verband alleinstehender Mütter, Landesverband Hamburg, der 1972 durch die Juristin Helga Stödter gegründet wurde. Helga Stödter war eine durchsetzungsfähige und charmante Person, die viele Kontakte hatte. Das kam dem Verband zugute. Sie wurde Vorsitzende des Landesverbandes und Ebba Zimmermann hat „im Hintergrund die Arbeit mitgemacht“.² Für sie wurde schon kurze Zeit nach der Verbandsgründung deutlich, dass nicht nur ledigen Müttern der „starke Arm des Vater Staat mehr bevormundend denn helfend entgegen gestreckt wurde“, sondern dass ebenso geschiedene und nach einer kurzen Frist auch verwitwete in dieses Raster passten. Die Arbeit im VAM und später im VAMV beschreibt Ebba Zimmermann als eine spannende Zeit. Sie hat ihr die Erfahrung vermittelt, dass man etwas bewegen kann, wenn man sich gemeinsam engagiert.

Kindheit, Jugend und Familiengründung

Ebba Zimmermann wurde am 25. Februar 1940 in eine tolerante Lehrerfamilie hinein geboren. Ihre Eltern unterstützten ihre Emanzipationsbemühungen stets. Dass sie den „patriarchalen Vater“ nie erlebt hat, schätzt sie heute als Privileg. Nach dem Schulabschluss ging sie als Au-pair nach Frankreich und England. Im März 1962 kam sie nach Hamburg zurück. Dort suchte man anlässlich der Flutkatastrophe händeringend nach Menschen, die behilflich sein konnten. Sie bekam eine Stelle im Vermessungsamt, das für den Deichbau zuständig war, wurde dort einer Arbeitsgruppe zugeteilt und wurde bald

¹ Zimmermann, Ebba: Eine Entwicklungsgeschichte, in: Verband alleinerziehender Mütter und Väter, LV Hamburg e.V. (Hg.): 25 Jahre VAMV, Hamburg 1997, o.S.
² Interview der Autorin mit Ebba Zimmermann am 15. November 2015 in einem Café in Bleckede in der Lüneburger Heide. Alle Zitate – soweit nicht anders angegeben – sind aus diesem Interview.

Disponentin für den Fuhrpark. Zeitgleich konnte sie eine interne Verwaltungsprüfung ablegen.

Die frisch gebackene Verwaltungsangestellte heiratete, ging 1964 in den Mutterschutz und bekam 1966 und 1968 noch zwei Kinder. An eine Weiterführung der Berufsarbeit war erst mal nicht zu denken. 1969 wurde sie geschieden und erzog die Kinder, die damals ein, drei und fünf Jahre alt waren, alleine. Damals herrschte ‚Vollbeschäftigung‘³, auch Frauen wurden gesucht. „Sie sind uns hinterhergelaufen, willst Du nicht bei uns arbeiten? Wir geben Dir dies und das und das ...“. Durch die Arbeit hatte sie ein geregeltes Einkommen. Die drei Kinder brachte sie vor Dienstbeginn in zwei verschiedene Kindergärten; ein Jahr nach der Scheidung wurde die Älteste eingeschult. Unterhalt bekam sie vom Vater fast nicht. Unterhaltsvorschusskassen gab es noch nicht. Zum Glück hatte Ebba Zimmermann Eltern und eine Schwester, die im gleichen Ort wohnten und sie mit ihren Kindern unterstützten.

Arbeit im Verband alleinstehender Mütter

Ebba Zimmermanns Vater hat sie auf den Verband aufmerksam gemacht. Er hatte in der Zeitung gelesen, dass der VAM in Hamburg zu einer Veranstaltung zum Thema Berufsaussichten für alleinstehende Mütter einlud. Der Landesverband war gerade gegründet worden und hatte seinen Namen von Verband lediger Mütter in Verband alleinstehender Mütter geändert, weil immer wieder auch geschiedene Mütter und Witwen beitreten wollten. Sie ging zum ersten Treffen im April oder Mai 1972. Eigentlich hatte sie sich durch den neuen Verband Hilfe für sich erhofft, trat aber mit dem Angebot „ich möchte gerne helfen“ auf. So wurde sie mit den Problemen anderer alleinerziehender Mütter konfrontiert, die es zum Teil viel schwerer hatten, als sie selbst. Zunächst wurde sie zur Schriftführerin, dann zur Schatzmeisterin und schließlich zur Vorsitzenden gewählt. Auch sie erinnert sich an eine Topflappenaktion für mutige Politiker/innen, die es wagten, heiße Eisen anzupacken: „Unser

Altbundeskanzler Helmut Schmidt bekam die ersten Topflappen“.⁴

Bundesvorsitzende Verband alleinstehender Mütter und Väter (1987–1990)

Von 1984 bis 1987 war Ebba Zimmermann Schatzmeisterin im Bundesvorstand und anschließend wählte die Bundesdelegiertenversammlung sie zur Bundesvorsitzenden. Sehr gut erinnert sie sich an ein Gespräch mit dem damaligen Familienminister Heiner Geißler (CDU). Er zeigte sich erstaunt, dass im VAMV eine Frau den Vorsitz hatte. Die Vorsitzenden aller anderen Familienverbände waren Männer. Das war und ist im VAMV anders.

Die meisten Anträge, die sich an die Politik richteten, um die Verbesserung der Situation der Alleinerziehenden zu erreichen, kamen damals von den Landesverbänden. Dauerthemen waren die Frage von Sorge- und Umgangsrecht und die Kinderarmut. Sie bedauerte, dass die Armut von Alleinerziehenden zwar problematisiert wurde, aber von Seiten der Politik nach den Ursachen wie Teilzeiterwerbstätigkeit und niedrige Löhne, fehlende Kitas und Ganztagschulen, wenig gefragt wurde. Weitere Themen waren das Recht auf Sozialhilfe und auf ausreichenden Wohnraum für Alleinerziehende, die Erhöhung des Kindergeldes und die Abschaffung des Ehegattensplittings. Ein Dauerbrenner war der Unterhaltsvorschuss: „Die Ämter jammerten zwar, dass es die Kassen belastet, wenn die Väter nicht zahlen, taten aber wenig, um das Geld wieder reinzuholen.“ Im Steuerrecht konnte der Verband einige Verbesserungen erreichen, aber Gerechtigkeit sei noch lange nicht erreicht. Der größte Erfolg war nach ihrer Meinung, dass das Bewusstsein über die Diskriminierungen, denen ledige Mütter ausgesetzt waren, zu Veränderungen und zum Umdenken über den „Wert“ der Kinder- und der Familienarbeit geführt habe.

Von dem – schon bei der Gründung angestrebten Tag – an dem der VAMV sich als Selbsthilfeverband auflösen könne, sieht sie den Verband noch weit entfernt.

3 Vollbeschäftigung hieß, es gab so gut wie keine Erwerbslosen. Allerdings gab es auch noch viele Hausfrauen, also Vollbeschäftigung vor allem für Männer, dennoch wurden auf dem bezahlten Arbeitsmarkt auch Frauen gesucht. | 4 Zimmermann, Eine Entwicklungsgeschichte. Siehe auch das Porträt über Helga Lewandowsky, LV Niedersachsen.

Christina Kremer

„Wenn man es gemerkt hat, dass man es alleine schafft, was soll man sich da einen holen, dem man dann die Suppe kochen soll?“¹

Christina Kremer (1932 – 2016)
Bundesgeschäftsführerin des Verbandes
alleinstehender Mütter und Väter (1980 – 1994)

Christina (genannt Christa) Kremer war die erste Bonner Bundesgeschäftsführerin des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter. Sie war die „gute Seele“ der Geschäftsstelle und die „Anlaufstelle für alles“. Sie war diejenige, die immer da war, wenn man sie gerufen hat. Weiteres Personal gab es zunächst noch nicht und der Aufbau des Verbandes erforderte viel Kraft und Engagement. Christa Kremer hat dazu beigetragen, dass der VAMV in der BRD und darüber hinaus ein anerkannter Familienverband wurde.

Kindheit, Familiengründung und Berufsarbeit

Christa Kremer wurde am 28. Januar 1932 geboren. Aufgewachsen ist sie mit zwei älteren Brüdern, die beide nicht mehr leben. Nach ihrem Schulbesuch machte sie eine Ausbildung als Sozialarbeiterin in Aachen. Anschließend war sie an unterschiedlichen Orten tätig; auch außerhalb der Bundesrepublik. Denn sie konnte englisch, französisch und serbokroatisch sprechen und auch „ein wenig“ schreiben. In Lausanne am Genfer See arbeitete sie in einem Kinderheim für geistig behinderte Kinder, dann beim Malteser-Hilfsdienst und bei den Mauser-Werken, wo

sie den Arbeitenden mit ihren sozialpädagogischen Fähigkeiten zur Seite stand. In Fürth betreute sie 1956 nach dem blutigen Ende des Aufstandes in Ungarn in einem Auffanglager die zahlreichen Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen. In Genf lernte sie bei einer internationalen Organisation die Vorteile der Teamarbeit kennen. Von da aus kam sie nach Bonn und war zunächst im ausländischen Amt, dann im Familienministerium beschäftigt. Nach ihrem Wechsel ins Büro des Deutschen Frauenrats war sie von 1975 bis 1977 für die Redaktion der Verbandszeitschrift ‚Informationen für die Frau‘ verantwortlich.

Christa Kremer war 1967 geschieden worden und hatte ihre beiden Kinder, den 1961 geborenen Sohn und die 1963 geborene Tochter alleine erzogen. Ihre Tochter starb leider im Alter von 17 Jahren. Ihr Sohn wurde Samariter und unterstützte seine Mutter stets fürsorglich bis er vor einigen Jahren ebenfalls starb. Während ihrer Ehejahre hielt sie ihrem Mann den Rücken frei und tippte seine Buchmanuskripte auf ihrer Schreibmaschine. Dass er diese Arbeit durch eine Widmung in einem seiner Bücher gewürdigt hat, erfüllte sie mit Stolz.

Geschäftsführerin des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter

Christa Kremer „entdeckte“ 1980 den Verband alleinstehender Mütter und Väter durch eine Kollegin im Deutschen Frauenrat. Nun erst erfuhr sie, wie wichtig es ist, sich mit anderen Gleichbetroffenen zusammen zu tun.

¹ Interview der Autorin mit Christina Kremer am 25.10.2015 in ihrer Wohnung in einem Altenwohnstift in Bonn. Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, sind aus diesem Interview.

Nachdem der Verband 1980 von Frankfurt/M. nach Bonn umgezogen war, arbeitete sie zunächst ehrenamtlich mit, dann bekam sie eine geringfügig bezahlte Stelle. Not macht erfinderisch, so stellte sie zu Hause auf ihrem Webstuhl wöchentlich einen Teppich her, den sie verkaufte, um nebenbei etwas Geld zu verdienen.

Inhaltlich orientierte sie sich an den Arbeitsschwerpunkten der jeweiligen Vorsitzenden. Vor allem organisierte sie die Treffen mit der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF). Gut erinnerte sie sich an die gemeinsame Fahrt mit der damaligen Vorsitzenden Helgard Ulshoef 1990 nach Budapest. Die Vorbereitung der Treffen mit dem Bundesministerium für Familie, mit dem Bundeskanzler, die Koordinierung der Aktivitäten des VAMV zum Internationalen Jahr der Familie 1994, die Organisation der Bundesdelegiertenversammlungen und der Treffen mit den Landesverbänden waren ebenfalls ihre Aufgabe. Oft wäre es nicht leicht gewesen, die unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Landesverbände unter einen Hut zu bringen. Obwohl sie bis zu ihrem Tod bescheiden und zurückhaltend war, bezeichnete sie sich selbst als die „gute Seele der Geschäftsstelle“. Ab 1992 arbeitete Gunhild Gutschmidt² als wissenschaftliche Referentin mit ihr zusammen und sie bekam nun fachliche und wissenschaftliche Unterstützung. Die gute Zusammenarbeit mit dem Familienministerium, begründet durch ihre frühere dortige Arbeit, kam dem Verband ebenfalls zu Gute.

Im Zuge der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war sie an einigen Gründungen von Landesverbänden und damit auch der Ausbreitung des VAMV in die neuen Bundesländer beteiligt. Die damalige Sachbearbeiterin Elke Körper unterstützte sie dabei.³

Auch wenn die Erfolge des Verbandes wenig nach außen hin sichtbar wären, war sie sicher, dass vor allem die alleinerziehenden Frauen viel durch die Arbeit des VAMV profitierten. Sie beteiligten sich an den vielfältigen Aktivitäten der Landes- und Ortsverbände und wussten, sie sind nicht alleine mit ihrer Situation. Sie entwickelten ein neues Selbstbewusstsein und sie wären nicht mehr „die scheußlichen Entlein“, als die sich früher manche gefühlt hätten. Die Schwierigkeiten, die die Mütter zum Beispiel mit der Wohnungssuche und der Suche nach einem Hort oder Kindergarten gehabt hätten, konnte sie ihnen leider nicht abnehmen. Das bedauerte sie im Gespräch noch immer.

Die alleinstehenden Väter, für die sich der VAMV seit 1976 geöffnet hatte, hätten „sich gut in den Verband eingebracht“. Sie berichtete auch von alleinerziehenden Vätern, die sich mit Müttern aus dem Verband zusammen taten, um neue Kleinfamilien (Patchworkfamilien) zu gründen.

Den VAMV fand Christa Kremer nach wie vor notwendig. Bereits 1992 hatte sie gesagt: „Der Verband ist angesehen – ein Muntermacher innerhalb der Familienverbände.“⁴ Das war auch ihr Verdienst. Sie starb am 7. April 2016 in Bonn.

2 Dr. Gunhild Gutschmidt, Diplom-Soziologin, Marburg, war wissenschaftliche Mitarbeiterin im VAMV und selbst alleinerziehende Mutter und Verfasserin zahlreicher Studien und Bücher zum Thema. Zum Beispiel *Single mit Kind* (1994) und *ledige Mütter* (1997). Sie war viele Jahre Vorsitzende des VAMV-Landesverbandes Hessen und zwischen 1986 und 1989 stellvertretende Vorsitzende des VAMV Bundesverbandes. | 3 Siehe hierzu das Portrait Helgard Ulshoef in dieser Broschüre. | 4 Zit. Nach: 25 Jahre Verband alleinstehender Mütter und Väter, Woher-Warum denn und Wohin, Bonn 1992, S. 5.



Die 1990er Jahre

Wiedervereinigung

Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 wurde die Bundesrepublik mit seinen über 80 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen zum größten Staat Europas. Die Erwerbslosigkeit stieg rapide an, zeitweise bis zu einer Quote von 27 Prozent. Bis 1998 stieg die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland auf vier Millionen an.

Nach 16 Jahren an der Regierung wurde Helmut Kohl 1998 von der Rot-Grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder abgelöst.

Familienpolitik und Rechte der Alleinerziehenden in Ost und West

Jeder der beiden deutschen Staaten betrieb vor der Wende seine eigene Politik und auch die eigene Politik, was das Alleinerziehen anbelangt. Die Gesetzeslage war recht konträr. Das Nichteheichen-, das Scheidungs- und das Abtreibungsrecht wurden im Laufe des 20. Jahrhunderts, in der BRD besonders ab den 1970er Jahren, stark liberalisiert.

Die Gesetzgebung der DDR war in dieser Hinsicht der alten Bundesrepublik zeitlich voraus. Die rechtliche Gleichstellung der nichteheichen mit den ehelichen Kindern im DDR-Nichteheichengesetz wurde bereits 1950 eingeführt, ebenso das Zerrüttungsprinzip anstatt des Schuldprinzips als alleiniger Scheidungsgrund. Auf 16 in Westdeutschland lebende Einelternfamilien kamen am Ende des 20. und zum Beginn des 21. Jahrhunderts 31 in Ostdeutschland.

Laut Familiengesetzbuch der DDR von 1975 lag das volle Erziehungsrecht (Sorgerecht) bei der nichtverheirateten Mutter. In der Bundesrepublik wurde die nichtverheiratete Mutter erst 1998 unumschränkte Trägerin des elterlichen Sorgerechtes. Weder die Väter in Ostdeutschland noch die in Westdeutschland hatten bis 1998 die Möglichkeit, sich rechtlich dagegen zu

wehren, wenn ihr eigenes Kind von einem anderen Menschen adoptiert wurde.

Der VAMV in den 90er Jahren: Einelternpolitik und die neuen Bundesländer

Was geschah nach der Wiedervereinigung? Der VAMV schlug neue Wege ein, denn Alleinerziehende gab es in Ost und West. Welche Unterschiede bestanden? Wie konnte man aufeinander zugehen? Welche Vereinigungen der Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern bestanden schon zu den DDR-Zeiten? Welche Rechtsvorschriften galten in der ehemaligen DDR?

Fragen über Fragen, die der VAMV erst einmal für sich selbst beantworten musste. Nach Ansicht der mittlerweile 8.000 VAMV-Mitglieder und des Bundesfamilienministeriums sollten auch in den neuen Bundesländern Vertretungen, Landes- und Ortsverbände entstehen. Es war behutsames Vorgehen angesagt, denn die Alleinerziehenden der ehemaligen DDR wollten nicht durch den VAMV das Modell West übergestülpt bekommen. In vielen Gesprächen sollten die positiven und negativen Erfahrungen ausgetauscht und verbunden werden. Zahlreiche Kontakte entstanden und zur Bundesdelegiertenversammlung (BDV) im Jahr



1990 in Hamburg wurden je zwei vereinsinteressierte Frauen aus Berlin/Ost, Dresden und Rostock eingeladen. Zusammen stellten sie fest, dass sich die Frauen und ihre Situationen ähnlicher waren als gedacht, auch wenn sie „verschiedene Sprachen“ sprachen. Die größte Verwunderung bei den „Ost-Frauen“ bestand darüber, dass es im Westen einen offensichtlichen Makel bedeutete, alleinerziehend zu sein.

VAMV und SHIA, zwei deutsche Interessenvertreter Alleinerziehender

Im Mai 1990 gründete eine Berliner Gruppe die Selbsthilfeinitiative Alleinerziehende (SHIA) in Berlin/Ost – auch als deutliche Abgrenzung zum VAMV und seinen Bemühungen, die ostdeutschen Alleinerziehenden aufzunehmen. Über Bildungsseminare und Beratung leistete der VAMV konkrete Aufbauhilfe

und setzte sich für eine Finanzierung durch das Bundesfamilienministerium ein. Gemeinsam wollte man auf den Einigungsvertrag Einfluss nehmen, jedoch erklärten zwei Vertreterinnen der SHIA schon im Oktober 1990, dass sie als Verband selbstständig bleiben wollten.

Der VAMV betrieb viel Vernetzungs- und Beratungsarbeit und ermunterte die Alleinerziehenden zu VAMV-Vereinsgründungen in Orten und Ländern. Es entstanden fünf neue VAMV-Landesverbände: Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Der erste VAMV-Landesverband in einem neuen Bundesland wurde am 19.1.1991 in Dresden gegründet. In Leipzig, Chemnitz und Reichenbach wurden Ortsverbände ins Leben gerufen. In Reichenbach/Vogtland wurde mit Sondermitteln des Bundesministeriums für Familie und Senioren eine Zweigstelle des Bundesverbandes eingerichtet. In



Schwerin wurde der Landesverband am 1. Mai 1991 gegründet, ein weiterer im Mai 1991 in Potsdam, es folgte Jena im Oktober 1991 und Magdeburg entstand im September 1991. Ortsverbände und Kontaktstellen folgten. Viele Frauen konnten nun erstmalig an der BDV 1991 in Augsburg teilnehmen. Die Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Karin Hildebrand, wurde 1991 in den VAMV-Bundesvorstand gewählt.

Parallel zu den Neugründungen in den neuen Bundesländern lief die aktuelle Politik für Alleinerziehende und ihre Kinder ohne Pause weiter. Nach der Wiedervereinigung gab es viele Änderungen für die Familien und der VAMV beteiligte sich wie immer mit Stellungnahmen und Pressemitteilungen:

- Der Verband antwortete auf den Fragenkatalog des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft zur 12. Bafög-Novelle (Januar 1990) und
- verfasste eine Pressemitteilung für ein flächen-

deckendes Angebot an Kindertagesstätten und Ganztagschulen (Mai 1990) zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

1991 sagte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung: „Wir wollen, dass ... jeder, ob Mann oder Frau ... Familie und Beruf (auch) miteinander vereinbaren kann.“ 1991 gab es in den alten Bundesländern erst für 6 von 10 Kindern einen Kindergartenplatz. Bis 1994 – zum Ende der Legislaturperiode – sollte ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gesetzlich verankert sein (Informationen der Bundesregierung 1991).

Der VAMV nahm Stellung:

- zum Entwurf der Vierten Verordnung über die Anpassung und Erhöhung von Unterhaltsrenten für Minderjährige in den alten Bundesländern (November 1991) und
- zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Erziehungsgeldgesetzes (Juli 1991). Anstelle des Erziehungsgeldes forderte der VAMV die Einführung einer Lohnersatzleistung und er setzte sich erfolgreich für eine Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten neben dem Bezug von Erziehungsgeld ein. Aufgrund einer „Härteklausel“ im 1986 eingeführten Erziehungsgeldgesetz konnten alleinerziehende Mütter und Väter das Erziehungsgeld auch bei einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit unter Berücksichtigung der geltenden Einkommensgrenzen erhalten. Ab 1993 wurde das Erziehungsgeld bis zum 24. Monat gezahlt. Eltern, die in der Erwerbstätigkeit standen, konnten seit dem 1.1.1992 einen damals so genannten „Erziehungsurlaub“ von bis zu drei Jahren mit absolutem Kündigungsschutz nehmen mit einer Leistung von monatlich 600 DM.
- Der VAMV veröffentlichte einen Brief zu den geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation von Familien (Juli 1991).
- 1991 setzte der VAMV durch, dass Alleinerziehende bei Krankheit der Kinder 20 statt bisher fünf Tage freigestellt wurden.

- 1992 erfolgte die Erhöhung der Kindererziehungszeiten für die spätere Rente auf drei Jahre.

1992: 25 Jahre VAMV

1992 feierte der VAMV sein 25-jähriges Bestehen und veröffentlichte anlässlich dieses Geburtstages die Schrift „WOHER, WARUM, WOHN“. Der VAMV war nun recht bekannt und als Verband erfolgreich. Er vertrat 1992 mit seinen rund 9000 Mitgliedern bundesweit die Interessen von 1,25 Millionen Einelternfamilien, von Familien, in denen ledige, getrennte, geschiedene oder verwitwete Eltern mit ihren Kindern bis 18 Jahren leben. Er vertrat damals auch schon neu zusammengesetzte Familien mit unterhaltsberechtigten Kindern. Alleinerziehende Väter machten im VAMV rund 14 Prozent der Mitglieder aus. Das entsprach ihrem Anteil an alleinsorgberechtigten Vätern insgesamt.

Was hat sich geändert?

Zum Jubiläum fanden Interviews mit VAMV-Mitgliedern statt, in denen gefragt wurde, was sich nach 25 Jahren VAMV geändert hätte und was gleich geblieben wäre:

- Helgard Ulshoefer, damals Bundesvorsitzende des VAMV, bemängelte, dass die Einkommenssituation für Alleinerziehende unverändert schlecht ist. Alleinerziehende Frauen lagen meist zwei Einkommensklassen (netto) unter denen von verheirateten Paaren mit Kindern.
- Annegret Freitag, ab 1974 im VAMV Hessen und Frankfurt sowohl ehrenamtlich und angestellt aktiv, bemerkte, dass die Frauen viel selbstbe-

wusster geworden sind. Früher herrschte mehr Niedergeschlagenheit, heute, wohlbermerkt 1992, sehen die Frauen die schwierige Situation, aber sie wissen was sie wollen und trauen sich mehr zu. Bei Frauen nach Scheidungen sei die Trauerarbeit um Zurückliegendes im Vordergrund und es dauere immer länger.

- Christa Kremer, Bundesgeschäftsführerin des VAMV seit 1980, stellte fest, dass die Mitglieder jünger geworden seien und weniger zu ehrenamtlicher Arbeit bereit wären. Die Geselligkeit sei ihnen wichtiger.
- Brunhilde Gilbrin, langjährige Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, gab zu bedenken, dass sich das ganze Thema Familie inzwischen verschlechtert habe.

Vernetzungen und Kooperationen

Der VAMV hat sich in den Jahren seines Bestehens sowohl national als auch international vernetzt und war Mitglied bei folgenden Organisationen:

1. Weltverband der Familienverbände UIOF (Union Internationale des Organismes familiaux), Paris
2. EG-Zusammenschluss der Familienverbände COFACE (Confederation des Organisations familiales de la Cornmunaute Europeenne), Brüssel
3. Parents without Partners, USA
4. Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF), Bonn
5. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband sowie dessen Bildungswerk, Frankfurt am Main
7. Deutscher Familiengerichtstag, Brühl

Der VAMV kämpfte auch nach 25 Jahren weiter für die Rechte der Alleinerziehenden und ihrer Kinder. Er nahm Stellung zur öffentlichen Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zur Reform des Kindschaftsrechts (17. Februar 1992) und stellte Forderungen an ein reformiertes Kindschaftsrecht (Oktober 1992).

Ein ständiges Thema auf der Agenda blieb der Unterhaltsvorschuss, der seit 1980 an alleinerziehende Eltern für höchstens drei Jahre bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes bezahlt wurde. Durch die Erweiterung des Unterhaltsvorschuss-Gesetzes, das ab Juli 1993 in Kraft trat, wurde die Bezugsdauer auf 6 Jahre und bis zum 12. Lebensjahr erweitert.

Die Abschaffung der gesetzlichen Amtspflegschaft und Neuordnung des Rechts der Beistandschaft stand zur Debatte und wurde durch die Stellungnahme des VAMV zum Gesetzentwurf (September 1993) weitergeführt.

Kampagne zur Änderung des Grundgesetzes

In Osnabrück fand 1993 die Bundesdelegiertenversammlung zum Thema „Familienpolitik – Eine Europäische Herausforderung“ statt. Außerdem führte der VAMV 1993 eine große Kampagne zur Änderung des Grundgesetzes durch. Er forderte, dass in Artikel 6 die Vorrangigkeit der Familie vor der Ehe festgeschrieben werden soll. Der VAMV wollte durchsetzen, dass nichteheliche Kinder den ehelichen Kindern in allen Bereichen gleichgestellt werden sollten. 10.000 Postkarten wurden aus der ganzen Bundesrepublik an die Politik gesendet.

Der Verband mischte sich auch weiterhin bei familienpolitischen Themen ein:

- Er nahm Stellung zur Verfassungsbeschwerde wegen gemeinsamer Sorge bei nicht verheirateten Eltern (September 1994),
- schrieb einen Arbeitsgruppenbericht zum Unterhaltsvorschuss (1994),
- machte Vorschläge für eine Neuregelung von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld und erstellte hierzu ein Diskussionspapier (September 1994).
- Mit einer Pressemitteilung mit dem Titel „Keine Aufweichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz“ (November 1994) erinnerte er die Bundesregierung an ihr Versprechen.
- Der VAMV nahm Stellung zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Unterhaltsrechts minderjähriger Kinder.
- Zu Themen des Unterhaltsvorschlusses, des Sorgerechts, zum Elternrecht für Väter nichtehelicher Kinder bei Adoption ihrer Kinder, zur Ausweitung des Betreuungsunterhalts von 1 auf 3 Jahre, zum Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, zum Sozialhilferecht, Rentengerechtigkeit und zu Kinderbetreuungskosten meldete sich der VAMV regelmäßig zu Wort.

1994 fällte der Bundesgerichtshof ein Urteil zu den Kinderbetreuungskosten Alleinerziehender. Die jahrelange Berechnung des zumutbaren Eigenanteils war verfassungswidrig. Alleinerziehende erhielten aufgrund der Mustereinsprüche und der Musterklagen des VAMV zu viel bezahlte Steuern zurück. Der Finanzminister musste an die Alleinerziehenden 874 Millionen Mark zurückzahlen.

Zum Thema Rentengerechtigkeit erhielt der VAMV eine weitere Bestätigung seiner politischen Arbeit. Das Bundesverfassungsgericht entschied zur Rente, dass es eine additive Anrechnung von Rentenversicherungspunkten aus Kindererziehung und gleichzeitiger Erwerbstätigkeit geben musste.

Nach 30 Jahren: Neuer Name, Neues Logo

Im Jahr 1995 erschien der Ratgeber für Alleinerziehende mit neuem Erscheinungsbild und mit dem neuen Titel „Alleinerziehend? Tipps und Informationen“. Mit einer jährlichen Auflage von 200.000 Exemplaren ging der Ratgeber vor allem an Alleinerziehende, Beratungsstellen und Jugendämter. In seiner Broschüre „Kindergeld und Steuern? Was haben Alleinerziehende davon?“ aus dem Jahr 1996 belegte der VAMV, dass Einelternfamilien vom Jahressteuergesetz 1996 entweder gar nichts hatten oder sogar schlechter gestellt waren als vorher. Der VAMV forderte die Abschaffung der Steuerklasse 5 und des Ehegattensplittings.

Im selben Jahr gab sich der VAMV ein neues Logo und nannte sich „Verband alleinerziehender Mütter und Väter“.

Im Jahr 1997 wurde der VAMV 30 Jahre alt. In diesem Jahr verstarb am 18. September 1997 seine Gründerin Luise Schöffel im Alter von 83 Jahren. Viele der Forderungen und Vorstellungen von Luise Schöffel und ihrer Nachfolgerinnen waren bis dato nicht erfüllt und Einelternfamilien weder rechtlich, finanziell noch gesellschaftlich den verheirateten Paarfamilien gleichgestellt. Ein im Verband berühmtes und als Leitsatz für die Verbandsarbeit beliebtes Zitat von Luise Schöffel war: „Der Verband arbeitet darauf hin, sich selbst über-

flüssig zu machen.“ 1997 war der VAMV vom Erreichen dieses Ziels noch weit entfernt und neben seinen großen Erfolgen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung bestand die Verbandsarbeit auch darin, Verschlechterungen oder Rückschläge zu verhindern.

1998: Große Reform des Kindschaftsrechts

1998 trat das neue Kindschaftsrecht in Kraft. Noch 1991 war ein Umgangsrecht des Kindes mit beiden Eltern nicht geplant: Die Bundesrepublik hatte 1991 die UN-Kinderrechtskonvention mit erklärenden Anmerkungen ratifiziert, die ein solches Recht ausgeschlossen hatten. Der VAMV erreichte die Stärkung der Rechtsposition des Kindes im Umgangsrecht. Endlich hatte ein Kind einen eigenen Anspruch auf Umgang mit beiden Eltern. Mit der Reform gab es eine weitere Änderung. Die Amtspflegschaft für nicht verheiratete Mütter wurde abgeschafft und die freiwillige Beistandschaft eingeführt. Damit war die Jahrzehnte lange andauernde Bevormundung von nicht verheirateten Müttern beendet.

Kampagnen und Preise

Im selben Jahr konnte der VAMV einen weiteren Erfolg durch die Kampagne „Lieb und teuer – Existenz unserer Kinder sichern“ verbuchen. Sie forderte eine deutliche Anhebung des Kindesunterhalts. Die Kinder-Kommission des Bundestags schloss sich der Forderung des VAMV an. Der Bundestag beschloss in der Folge, dass ab 2001 Kinder das 1,5-fache des Regelbetrages für den Unterhalt einfordern konnten. Außerdem durfte das halbe Kindergeld nicht abgezogen werden, solange der Kindesunterhalt nicht das Existenzminimum deckte.

Was sind
dem Staat
die Kinder
wert?

Ein Taschengeld...

Das staatliche Kindergeld deckt nur einen Bruchteil der durchschnittlichen monatlichen Kosten für ein Kind.
Essen, Miete, Kleidung, Schulbedarf, Betreuung, Vereine, Ferien verschlingen mehr als 1000 DM.



Verband alleinerziehender
Mütter und Väter (VAMV)



Der VAMV erhielt 1998 den Deutschen Jugendhilfepreis für seine Arbeit „Gerechtigkeit und elterliche Verantwortung. Kinderarmut in Einelternfamilien eindämmen.“

Im Jahr 1999

- nahm er Stellung zu den Änderungen bei den geringfügigen Beschäftigungen (März 1999)
- bezog der VAMV Position zur BAföG-Reform - Forderungen für eine grundlegende Reform der Ausbildungsförderung (Mai 1999)
- legte der Verband eine Stellungnahme vor zum geplanten Entwurf eines Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung und zur Änderung des Kindesunterhaltsgesetzes (November 1999).

Eine weitere Kampagne wurde vor dem Jahrtausendwechsel zusammen mit dem Kinderschutzbund, dem Frauenrat, dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, dem pro familia Bundesverband, der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, dem Bundesverband Neue Erziehung und der eaf gestartet: „Was sind dem Staat die Kinder wert?“ Zusammen forderte das Bündnis monatlich 600 DM Kindergeld für jedes Kind.

Neben der politischen Arbeit war der Verband natürlich auch auf dem Weg ins neue Jahrtausend immer für seine Mitglieder persönlich da. Die Beratungshotline „allein erziehend“ des VAMV wurde geschaltet, um die Vielzahl der täglich eingehenden telefonischen Anfragen professionell zu beantworten.

Helgard Ulshoefer

„Zunächst ist festzustellen, daß das Kind eine Bezugsperson benötigt, zu der beiderseitig positiv-affektive Beziehungen bestehen. Diese Bezugsperson kann die Mutter, der Vater, aber auch jemand anders sein.“¹



Helgard Ulshoefer (geb. 1940)
Bundvorsitzende des Verbands alleinstehender
Mütter und Väter (1990 – 1995)

Helgard Ulshoefer hatte als alleinerziehende Mutter zweier Töchter bereits selbst eine lange Geschichte hinter sich, bevor sie zum VAMV kam. Als sie 1967 durch die Presse von der Gründung des Verbands lediger Mütter erfuhr, wollte sie sich als geschiedene Mutter anschließen. Die damalige Bundesvorsitzende Luise Schöffel lehnte dies ab und empfahl ihr, einen eigenen Verein zu gründen.² So gründete sie den Landesverband Berlin des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter im Oktober 1973 mit.

Studium und die Unmöglichkeit eine ‚Normalfamilie‘ zu gründen

Helgard Ulshoefer wurde am 20. Juli 1940 geboren. Der Vater „fiel“ 1943 im Zweiten Weltkrieg, nachdem 1942 ihre Schwester geboren war. 1946 wurde sie von Schlesien an die Nordsee verschlagen. Sie machte das Abitur in Oldenburg und studierte die ersten vier Semester Soziologie in Hamburg. Nachdem sie Werner Ulshoefer kennengelernt hatte, zog sie nach München. Dort wurde sie sofort schwanger und verlegte ihren Wohnsitz nach Tübingen, weil Werners Mutter in Ludwigsburg wohnte und sie das Kind dort bekommen sollte. Sie studierte drei weitere Semester, um dann zwei Jahre auszusetzen. Mehr war nicht möglich, weil sie nach dem Honnefer Modell³ finanziert wurde. Bald hatte sie ein dreijähriges Kind und einen Säugling und war geschieden. Glück hatte sie, dass

¹ Ulshoefer, Helgard: Frustrierte Mütter – feindlich zu Kindern, in: Zeit-Magazin vom 15. November 1968. | ² Siehe das Portrait von Luise Schöffel in diesem Band.

³ Das Honnefer Modell war ein Vorläufer des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), durch das es 1971 ersetzt wurde.

ihre Mutter, die in einem DRK-Mütter-Genesungsheim arbeitete, ihr Arbeitsverhältnis kündigte und die beiden Kinder ihrer Tochter betreuen wollte. Die Sozialarbeiterin, die beurteilen sollte, bei welchem Elternteil das Kindeswohl am besten gesichert ist, riet ihr dazu, das Studium zu beenden und selbst Geld zu verdienen. Den weisen Rat befolgte sie: Als das jüngste Kind ein Jahr alt war, studierte sie drei weitere Semester in Münster, machte das Examen und wurde 1966 in Berlin berufstätig.

Eine Unterhaltsklage reichte sie erst ein, nachdem im Landesverband des VAMV Berlin entsprechende juristische Beratungen stattfanden. Die Klage wurde abgewiesen mit der Begründung, sie solle „froh und dankbar sein, dass der Herr sich bemüht, einen Abschluss zu machen, damit er später den Unterhalt für seine beiden Töchter bezahlen kann“.⁴ Nachdem sie erfahren hatte, dass er an der Universität Mannheim eine Stelle als studentische Hilfskraft angenommen hatte, klagte sie zum zweiten Mal. Sie schrieb an den Petitionsausschuss in Stuttgart und fragte, „wie lange die Universitäten angesichts der knappen Studienplätze eigentlich noch zahlungsunwillige Väter decken wollen, da meiner seit 1963 im Lande Baden-Württemberg rumstudiert“.⁵ Er war Student geblieben, obwohl er in München schon ein Examen in Politologie abgelegt hatte. Das Bundesland ließ den Mann exmatrikulieren und schulte ihn für Sachbearbeitung um. Die jüngere Tochter erhielt vor dem Abitur noch einige Alimente.

Mitbegründerin des

Verbands alleinstehender Mütter und Väter in Berlin

Auf den Verband aufmerksam wurde Helgard Ulshoefer durch Sophie von Behr, die sie über ihre sozialpolitische Arbeit im Pädagogischen Zentrum in Berlin kannte. Diese bearbeitete bei der Zeitschrift ‚Der Spiegel‘ ähn-

liche Themen wie sie. Sie trug Helgard Ulshoefer das Anliegen vor, in Berlin einen Landesverband des VAM zu gründen. Helgard Ulshoefer wollte sich nur unter der Bedingung engagieren, dass der Verband auch alleinerziehende Väter aufnimmt und sich dann umbenennt. So war der Berliner Landesverband der erste, der auch Männer aufnahm und VAMV hieß. „Ich hatte damals schon zwei Gutachten für Väter geschrieben, die von ihrer Frau verlassen worden waren und bei denen ich sicher war, dass die Kinder bei ihnen gut versorgt sind“. Sie war zunächst nur Mitbegründerin, weil sie im Arbeitskreis Neue Erziehung⁶ engagiert war. Allerdings war sie 1975 auch an der Gründung des Sozialpolitischen Arbeitskreises des VAMV beteiligt und war Mitverfasserin der ersten Broschüre „Wie schaffe ich es allein“.⁷ 1977 bis 1984 übernahm sie von Sophie von Behr den Vorsitz des Berliner Landesverbandes.

Arbeit im Bundesverband alleinstehender Mütter und Väter

Zwischen 1984 und 1990 wurde Helgard Ulshoefer zur stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesverbandes alleinstehender Mütter und Väter gewählt. Ab 1990 amtierte sie als Bundesvorsitzende. Während ihrer Amtsperiode ging es vor allem um zwei Schwerpunkte, das waren die ‚Dauerbrenner‘: Abschaffung des Ehegattensplittings und ein Unterhaltsvorschussgesetz. Nie vergessen wird sie ein Treffen mit der damaligen Bundesfinanzministerin Ingrid Matthäus-Maier (SPD), „die hat uns zum Ehegattensplitting klipp und klar gesagt, das werdet ihr nie schaffen, alle Genossen, die im Bundestag sitzen, profitieren vom Splitting. Da ist nichts zu machen.“ Der zweite Schwerpunkt war ebenso wichtig: das Unterhaltsvorschussgesetz, das 1980 in Kraft trat. In der Zwischenzeit war bekannt, dass rund 600.000 Kinder

4 Alle Zitate – soweit nicht anders angegeben – aus dem Interview der Autorin mit Helgard Ulshoefer am 6. Oktober 2015 in ihrer Wohnung in Berlin. | 5 Zitiert nach: Unterhalt. Armes Drittel, in: Der Spiegel, Nr. 14/1977, S. 67–68; hier: S. 67. | 6 Der Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. (ANE) wurde 1946 in Deutschland durch Eltern und Lehrer gegründet, die dem Erziehungskonzept der Zeit des Nazi-Faschismus ein demokratisches entgegensetzen wollten. Helgard Ulshoefer war Schatzmeisterin des ANE. Bekannt wurde der Arbeitskreis durch seine Elternbriefe (Peter-Pelikan-Briefe), die Familien in ganz Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Helgard Ulshoefer arbeitete an einer Forschungsarbeit zu den Briefen und an einer Neufassung der aus den USA kommenden Briefe auf bundesrepublikanische Verhältnisse mit. | 7 Der Ratgeber erschien 1975 in einer Auflage von 20.000. Er war zunächst für Berlin gedacht, wurde ab 1977 Bundesbroschüre, ständig überarbeitet und später in „alleinerziehend. Tipps und Informationen“ umbenannt. 2016 erschien die 22. Auflage. Inzwischen hat er über eine Million LeserInnen gefunden.

geschiedener und lediger Mütter keinen Unterhalt bekamen, das war ungefähr ein Drittel aller Unterhaltsberechtigten. Dass es dem VAMV gelang, die Steuerklasse II zu erhalten und dass in den Broschüren und in den Familienberichten, die vom Ministerium herausgegeben werden, nun auch Alleinerziehende auftauchen, betrachtet sie als Erfolg. Als Niederlage verbucht sie, dass es im Prozess der Wiedervereinigung nicht gelang, den Art. 6, Abs. 1 des Grundgesetzes: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ zu streichen. Sie tröstet sich damit, dass mittlerweile Familie bedeutet „wo Kinder aufwachsen“.

Den Bundesverband erlebte Helgard Ulshoefen von Anfang an als politischen Verband. Trotz mancher Kontroversen traten die meisten Landesverbände dafür ein, dass Alleinerziehende eine Berufstätigkeit anstreben sollen, um unabhängig leben zu können. Durch die Ausdehnung der Verbandsarbeit auf die neuen Bundesländer begrüßte Helgard einen „ganz gewaltigen Schub“ für diese Position, weil es für die DDR-Frauen selbstverständlich war, eigenes Geld zu verdienen.

Die Gründung der SHIA⁸ nach der „Wende“ hängt nach Helgard Ulshoefers Meinung damit zusammen, dass diese als neuer Verband in den ‚neuen Bundesländern‘ sofort eine Geschäftsführerin bezahlt bekam „und zehn ABM-Stellen dazu“. Das Geld wollte sie nicht an den VAMV abgeben. Allerdings sieht sie auch Unterschiede in der Konzeption: SHIA führte die Ferienmaßnahmen der DDR weiter und deckte Betreuungselemente außer-

halb der Kita-Zeiten ab, die vorher bei den Kinderheimen oder Wochenheimen lagen. Dennoch ist es 1991 gelungen, VAMV-Landesverbände in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu gründen. In Mecklenburg-Vorpommern bestand er nur kurze Zeit.

Die militanten Vätergruppen haben dem Verband unter Helgard Ulshoefers Vorsitz Probleme bereitet: „Die Väterverbände haben sich per Zellteilung vermehrt, weil sie nämlich bei den Bundestagsausschussanhörungen alle eingeladen wurden. Der VAMV saß als ein Verband und dann saßen da vier Väterverbände. Zum Glück haben sich die Männer im VAMV nicht bei den Väterverbänden engagiert, weil sie auf die Hahnenkämpfe keine Lust hatten.“

Weiterarbeit nach dem Bundesvorstand

1995 musste Helgard Ulshoefen den Vorsitz abgeben, weil sie einen schweren Fahrradunfall hatte. Sie blieb noch bis 2001 Beisitzerin im Bundesvorstand und vertrat für zwei Jahre den VAMV im Vorstand des Deutschen Frauenrates. Dieser Dachverband der Frauenorganisationen setzte sich u. a. für den Ausbau der Kindertagesstätten ein. Als sie die Forderung stellte, dass die Kindergärten für drei- bis sechsjährige kostenfrei sein sollten, scheiterte sie jedoch: „Den katholischen Frauen ging das entschieden zu weit, da bin ich rausgekippt worden“.

Kein Wunder, dass Helgard Ulshoefen, die nach dem Austritt aus dem Bundesvorstand ehrenamtlich im Deutschen Staatsbürgerinnen Verband⁹ tätig ist, dort den Schwerpunkt Familienpolitik vermisst.

8 Die Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender e.V. (SHIA) wurde 1990 zunächst in Berlin und dann auch in anderen Bundesländern und als Bundesverband gegründet.

9 Deutsche Staatsbürgerinnen, gegründet 1865 unter dem Namen Allgemeiner Deutscher Frauenverein (ADF) unter dem Vorsitz von Louise Otto.

allein erziehen

eine gute



Alternative

Carola Schewe

„Fast jedes zweite heute geborene Kind wird seine Kindheit oder Jugend zeitweise in einer Einelternfamilie verbringen. Eine Politik, die neue Familienformen weiterhin benachteiligt, ist hoffnungslos antiquiert.“¹



Carola Schewe (geb. 1955)
Bundesvorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (1995–2001)

Carola Schewe kam über die Arbeit in der Bürgerinitiativ- und Frauenbewegung der 1970er Jahre zum VAMV. Sie schrieb Artikel und Meldungen für den

„Klenkes“, die Zeitung der Aachener Bürgerinitiativen und für die erste Berliner Frauenzeitung „Courage“. Heute noch aktuell ist ihr Bericht, den sie 1980 über eine zwangsverheiratete Ehe, die – nachdem die Frau vom Mann krankhausreif geschlagen worden war –, mit der Flucht ins Frauenhaus und dem Mord an der Ehefrau endete.² Auch der Bericht über die unzureichend finanzierten Frauenhäuser³ könnte 40 Jahre später immer noch geschrieben werden. Das von ihr verfasste Taschenbuch: „Alleinerziehend – na und?“ (1995) wurde zum Bestseller.

Studium und politische Arbeit

Carola Schewe absolvierte ein Lehramtsstudium für Sport und Erziehungswissenschaften. Anschließend war sie für die Öffentlichkeitsarbeit beim Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften in Sankt Augustin zuständig. 1985 wurde ihre Tochter Lotte Elisabeth geboren. Wie viele andere musste auch sie dem Kindesvater „immer hinterherrennen, damit er überhaupt mal gezahlt hat.“⁴ Er heiratete, bekam weitere Kinder und „war halt weg“. Um mit dem Kind nicht ganz allein zu sein, zog sie zurück nach Aachen in die Nähe ihres Freundeskreises. Deshalb kündigte sie ihre Stelle, die sie ohnehin nicht besonders begeisterte. Nach einem halben Jahr Erziehungsurlaub bekam sie Arbeitslosengeld, bald darauf eine ABM-Stelle an einer Volkshochschule, wo sie den Bürgerfunk aufbaute.

1 Carola Schewe im Vorfeld der Bundesdelegiertenversammlung des VAMV im Juni 1998, zit. nach: Informationen für Einelternfamilien, Nr. 4/1998, S. 1. | 2 Schewe, Carola: „Heimtücke trifft nicht zu“: Urteil gegen Hasim Bekir, in: Courage 5 (1980), H. 11, S. 12–13. Im Herbst 2016, feierte die Frauenhausbewegung ihr 40jähriges Bestehen. | 3 Döhring, Conny/Carola Schewe/Olga-Maria Wernet: Keine Geldquelle ist verlässlich: Frauenhäuser, in: Courage, 6 (1981), H. 3, S. 46–49. | 4 Interview der Autorin mit Carola Schewe am 16. April 2016 in einem Café in Düsseldorf. Alle wörtlichen Zitate sind, soweit nicht anders angegeben, aus diesem Interview.

1990 trat sie eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Grünen Landtagsfraktion in NRW an, ihre Themen waren: Frauenpolitik, Familien- und Schulpolitik. Auch die Situation der Alleinerziehenden konnte sie in die Landespolitik einbringen.⁵ Weil sie mit der rot-grünen Steuerpolitik auf Bundesebene nicht einverstanden war, verließ sie 1998 die Partei, die gerade den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende gestrichen hatte. Durch ein Coaching-Seminar besann sie sich während kurzer Erwerbslosigkeit auf ihr erstes Staatsexamen als Lehrerin, schrieb fünfzig Bewerbungen und konnte nach den Sommerferien 2003 mit dem Unterricht beginnen. Nach Feierabend baute sie in Aachen die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) mit auf und wechselte mit einer der neuen Abgeordneten als wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Bundestag. Die organisierte Politik machte ihr bald keinen Spaß mehr, also bewarb sich für ein Referendariat, konnte von dem Verdienst „gerade so leben“ und bestand das Examen. Das Kind war in der Zwischenzeit im Studium. Sie war nun 54 Jahre alt, bekam 2009 eine feste Stelle und ein gutes Einkommen. Die Arbeit macht sie gut; zu schaffen machen ihr die im Schulbetrieb üblichen Hierarchien.

Arbeit im Verband alleinerziehender Mütter und Väter

1988 trat Carola Schewe in den Ortsvorstand des VAMV in Aachen ein und fuhr mit einer Gruppe zu einer Landesdelegiertenversammlung. Da gerade „so eine Umbruchzeit“ war und händierend Kandidatinnen gesucht wurden, wurde sie sofort Vorsitzende des Landesverbands NRW. Vier Jahre hatte sie das Amt inne, professionalisierte und politisierte die Landesgeschäftsstelle und verstärkte die Öffentlichkeitsarbeit; dann wurde sie 1995 in den Bundesvorstand gewählt.

Nachdem in den 1980er Jahren der Krieg um das Sorgerecht getobt hatte, fiel in Carola Schewes Amtszeit die

Sorgerechtsreform, die 1998 in Kraft trat. Sie regelt u.a., dass die Verantwortung der Eltern – ob verheiratet oder nicht – für das Kind eine gemeinsame ist und auch nach Trennung oder Scheidung grundsätzlich erhalten bleibt.

1998 erhielt sie den Deutschen Jugendhilfepreis für das Projekt und die Broschüre „Gerechtigkeit und elterliche Verantwortung – Kinderarmut in Einelternfamilien eindämmen“.

Der VAMV forderte zusammen mit einem breiten Bündnis 600 DM Kindergeld für jedes Kind. Abgesehen vom Betrag sieht sie darin eine noch heute hochaktuelle Forderung. 20.000 Unterschriften wurden gesammelt und an die Regierung übergeben.

In ihre Amtszeit fielen Aktivitäten der „militanten Väter“: „Die hassen mich heute immer noch“. Carola Schewe vertrat die Meinung, dass Väter, die das gemeinsame Sorgerecht erstreiten wollten, auch die Hälfte der Verantwortung und der Sorgearbeit übernehmen sollten. Solange sie sich jedoch massenweise davor drücken würden, den Unterhalt zu bezahlen und Verantwortung und Arbeit zu übernehmen, sollten sie ruhig sein. Das wollten die Männer nicht hören und „es war richtig Krieg.“

Carola Schewe begrüßt, dass sich der VAMV im Laufe der 50 Jahre seines Bestehens vom Selbsthilfverband zum politisch agierenden Verband entwickelt hat. „Aber, was sind Erfolge?“, fragt sie. „Wir könnten auch fragen, was ist Schlimmes nicht passiert?“ Immerhin sei erreicht worden, dass das Kindergeld erhöht wurde, dass Kinderganztagsbetreuung zum Normalfall wurde, dass die „Schuldfrage“ im Scheidungsrecht wegfiel und dass die „Amtsvormundschaft“ der Geschichte angehört. Sie sieht weiter die Notwendigkeit, das in unserer Gesellschaft vorherrschende Ideal der bürgerlichen Kleinfamilie kritisch zu betrachten. Deshalb sei der VAMV notwendig.

⁵ Schewe, Carola: Sind Alleinerziehende arm?, in: Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW (Hg.): Frauen in Not – droht der soziale Abstieg?, S. 26–29.

2000-2010

Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen

Am 11. September 2001 erschütterten die größten Terroranschläge in der Geschichte der USA die gesamte Welt. Wie in vielen Ländern der EU wurde in Deutschland der Euro als Währung eingeführt. 2008 wurde die Weltwirtschaft durch die sogenannte Bankenkrise erschüttert. Eine in den USA entstandene Immobilienblase entfachte eine weltweite Wirtschaftskrise, die auch vor Deutschland nicht haltmachte. Es gab vier Millionen Erwerbslose (10 Prozent).

Der VAMV im neuen Jahrtausend

Je mehr Erwerbslose, desto mehr Ausgaben waren für das soziale Netz nötig. 2004 verabschiedete die Bundesregierung die „Hartz-Gesetze“ mit harten Einschnitten. Einelternfamilien wurden durch Hartz IV schwer getroffen und lebten vermehrt an der Armutsgrenze. Diese Gesetzesänderung brachte der SPD einen großen Verlust von Wählerstimmen ein. Die Bundestagswahl 2005 gewann die CDU als stärkste Partei. Sie koalierte mit der SPD unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Große Koalition beschloss die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Es war die größte Steuererhöhung seit 1949.

Armut, Familie und Beruf, Unterhalt und Rente

Besonders die Themen „Hartz IV“ (Sozialleistungsgesetz), Familienbesteuerung, Bundeserziehungsgeld, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Rente, Armut, Unterhaltsrechtsreform, Unterhaltsvorschuss, Verfahrenspflegschaft und Wohnen für Alleinerziehende waren und sind bis heute Dauerbrenner im VAMV und in der gesamten Diskussion um die Gerechtigkeit für Einelternfamilien.

Im Jahr 2000 veröffentlichte der VAMV ein aktuelles familienpolitisches Grundsatzprogramm.

Der Verband nahm Stellung

- zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (März 2000),
- zum Entwurf eines Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (Dezember 2000),
- zum Gesetzentwurf zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (November 2000) und gab zu letzterem ein Thesepapier heraus.

Die Kampagne „Was sind dem Staat die Kinder Wert?“ wurde im Jahr 2001 beendet. Es war eine Kampagne zur gerechten Entlastung von allen Familien mit Kindern und nicht nur für die Alleinerziehenden. In einem Aktionsbündnis mit dem Deutschen Frauenrat, dem Deutschen Kinderschutzbund, der eaf und weiteren Verbänden forderte der VAMV monatlich 600 DM Kindergeld für jedes Kind. 20.000 Unterschriften wurden gesammelt und an die Regierung übergeben.

2001 erschien das Beratungshandbuch zur Existenzsicherung und Alltagsbewältigung in Einelternfamilien, damit sich Alleinerziehende besser im Dschungel der Verbesserungsmöglichkeiten ihres ohnehin schon schwierigen Status zurechtfinden konnten. Im selben Jahr verbuchte der VAMV einen weiteren Erfolg: Die Bundesregierung verabschiedete eine Änderung

im Unterhaltsrecht mit der sogenannten „135 Prozent Regelung“ zur Sicherung des verfassungsmäßig vorgeschriebenen Existenzminimums. Außerdem durfte von da an das halbe Kindergeld nicht mehr abgezogen werden, solange der Kindesunterhalt nicht das Existenzminimum deckte.

Kampagne „Ich bin kein Single“

Nachdem die Bundesregierung beschlossen hatte, die Steuerklasse 2 für Alleinerziehende abzuschaffen und den damit verbundenen sogenannten Haushaltsfreibetrags zu streichen, wehrte sich der VAMV mit der großen Kampagne „Ich bin kein Single“ baute öffentlichen Druck auf. 150.000 rote Karten mit dieser Aufschrift wurden an die Bundesregierung gesendet. Er reichte außerdem mit 100 alleinerziehenden Klägern und Klägerinnen Verfassungsbeschwerden ein. Die Medienresonanz war riesig und es wurde in allen Nachrichtensendungen darüber berichtet. Diese Kampagne, mit der sich der VAMV kräftig und öffentlichkeitswirksam in die Steuerpolitik der Bundesregierung eingemischt hatte, war die bisher

erfolgreichste des VAMV. Das Verfassungsgericht gab dem VAMV Recht und die Steuerklasse 2 musste 2004 wieder eingeführt werden.

2002 feierte der VAMV sein 35-jähriges Bestehen. Seine Jubiläumsbroschüre hieß „35 Jahre VAMV – Familienpolitik auf den Punkt gebracht“. Damit sollte ausgedrückt werden, dass die Arbeit des Bundesverbandes vor allem als politische Lobby für Alleinerziehende verstanden werden sollte. 2002 verlegte der VAMV seine Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin.

Im April dieses Jahres empfing der damalige Bundespräsident Johannes Rau den VAMV im Rahmen der Familienverbände im Schloss Bellevue.

Im Juni 2002 lud Bundeskanzler Gerhard Schröder 100 starke Frauen ein, darunter Edith Schwab, VAMV-Bundesvorsitzende.

Blauer Elefant für Kinderrechte

Zum 35. Geburtstag erhielt der VAMV im November 2002 den Preis „Blauer Elefant für Kinderrechte“. Dieser mit 5.000 Euro dotierte Preis wurde gestiftet vom



Kampagne „Ich bin kein Single“ 2002 (l.)

AGF im Gespräch mit Bundeskanzler Schröder und Familienministerin Renate Schmidt (2002), für den VAMV Edith Schwab (l.v.r.) und Peggy Liebisch (Mitte)



Deutschen Kinderschutzbund und der Dornier Verlagsgruppe (Ravensburger Ratgeber im Urania Verlag). Die Verleihung dieses Preises war eine große Anerkennung, da sich damit gezeigt hat, wie sich der Blick auf die Alleinerziehenden verändert hat. Im Blick waren nun die Stärken und Ressourcen dieser Lebensform.

Zudem wurde vom VAMV ein Positionspapier zum Thema Kinderbetreuung und Ganztagschule „Kinder in guten Händen, Bildung in hellen Köpfen“ herausgegeben.

Der VAMV mischte sich auch weiterhin ein:

- Er nahm Stellung zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Übergangsregelung zum Kinderschchaftsrechtsreformgesetz für nicht verheiratete Eltern (Mai 2003),
- Er äußerte sich zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Anfechtung der Vaterschaft und des Umgangsrechtes von Bezugspersonen des Kindes
- Er nahm Stellung zur Expertenanhörung der CDU Frauen-Union zur Frage der: „Durchsetzung titulierter Ansprüche Alleinerziehender“ (März 2003)

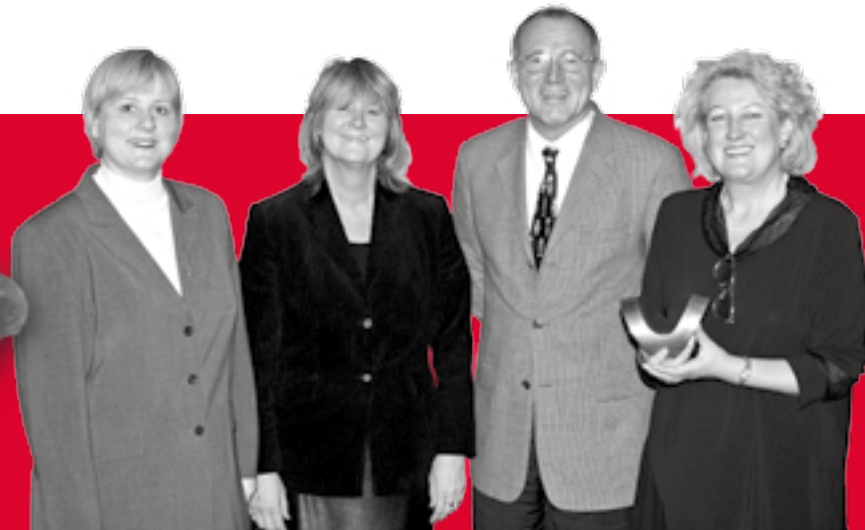
- Er legte 2003 eine Stellungnahme vor zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes.
- Er nahm Stellung zur geplanten Reform des Sozialhilferechts des SGB XII (September 2003).
- Der VAMV verfasste eine Stellungnahme zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (SGB II) (Juni 2004).

Nachdem das Thema Umgang mit dem Kind nach Trennung ein ständiger Streitpunkt zwischen den Eltern teilen war, veröffentlichte der VAMV zusammen mit dem Kinderschutzbund und der Deutschen Liga für das Kind einen „Wegweiser für den Umgang nach Trennung und Scheidung“. Trennung und Scheidung wurden zu selbstverständlichen Themen.

Kritik am Cochemer Modell

Kritische Betrachtungen zum Arbeitskreis Trennung und Scheidung „Cochemer Weg“ legte der VAMV im November 2005 vor. Es folgten zahlreiche Veranstaltungen zum sogenannten Cochemer Modell, das die gemeinsame elterliche Sorge als Regelmodell favorisierte. Im

Verleihung des
Blauen Elefants
für Kinderrechte
an den VAMV
2002, Edith
Schwab 1.v.r.



März 2007 führte der VAMV in Frankfurt a. M. in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk und der BAG Verfahrenspflegschaft eine Tagung zum sogenannten Cochemer Modell durch. VAMV Bundesvorsitzende Edith Schwab, selbst Fachanwältin für Familienrecht, hielt für den Bundesverband einen wegweisenden Vortrag. Es wurde klar, dass es eine große Zahl anderer fachlich fundierter Beratungsmodelle gab, die außerdem wesentlich erfolgreicher waren.

Aspekte des Cochemer Modells flossen in den Entwurf für die FamFG-Reform ein, die im Mai 2007 ins parlamentarische Verfahren ging. Die FGG-Reform enthielt die gemeinsame Sorge nach Trennung und Scheidung als Regelfall, gegen die Eltern nur bei Gefährdung des Kindeswohls Einspruch erheben konnten.

Der VAMV begrüßte Regelungen zum Gewaltschutz und zum Kindeswohlvorbehalt, Kritik gab es jedoch zur Beibehaltung von Ordnungsmitteln bei Durchsetzung von Umgang gegenüber dem betreuenden Elternteil. Das Gesetz verschlechterte die Situation von Frauen noch weiter, die triftige Gründe (Gewalt, Entführungsgefahr usw.) hatten, ihre ehemaligen Partner von den gemeinsamen Kindern und/oder von sich fernzuhalten.

Im neuen FamFG blieben sowohl Teile des Cochemer Modells, z.B. das Beschleunigungsgebot, als auch Haft und Ordnungsgelder zur Herausgabe von Personen bestehen. Das „Beschleunigungsgebot“ sah vor, dass vier Wochen nach einer Trennung das Sorge- und Umgangsrecht geregelt werden soll, weitgehend ohne Rücksicht auf bestehende Konflikte, ausgeübte Formen physischer, sexualisierter und psychischer Gewalt, den Willen der Kinder und die Auswirkungen eines Umgangszwangs auf sie.

2008 wurde das Gesetz zu Verfahren in Familiensachen beschlossen, am 1.9.2009 trat das FamFG in Kraft. Der VAMV publizierte pünktlich zum Inkrafttreten einen Leitfaden für die Beratungspraxis.

Weitere Stellungnahmen legte der VAMV vor:

- zum Referentenentwurf des Unterhaltsrechtsänderungsgesetz (Juli 2005),
- zum geplanten Gendiagnostikgesetz der Bundesregierung (Januar 2005) bzw. für ein Gesetz zur Ergänzung des Rechts zur Anfechtung der Vaterschaft, missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung zur Erlangung von Aufenthaltstiteln (15.06.2006),



- zum Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls (Juni 2007),
- Edith Schwab war im November 2006 mit einer Stellungnahme nach Karlsruhe zu einer Anhörung des Bundesverfassungsgerichts eingeladen bezüglich einer Verfassungsbeschwerde zu heimlichen Vaterschaftstests,
- zum Entwurf eines Gesetzes zur Klärung der Vaterschaft unabhängig vom Anfechtungsverfahren (Juni 2007). Edith Schwab nahm in Karlsruhe an der Urteilsverkündung zu den heimlichen Vaterschaftstests teil,
- zum Fragenkatalog der öffentlichen Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut (November 2008).

Spielzeugsteuer – Nein Danke!

Mit Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1.1.2008 von 16 auf 19 Prozent startete der VAMV im Vorfeld die große Kampagne „Spielzeugsteuer – Nein danke“. Mit

vier verschiedenen Postkarten protestierte der VAMV gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent und forderte eine Reduzierung auf alle Produkte für Kinder anstatt diese zu erhöhen, da diese Familien und insbesondere Einelternfamilien belastete. Denn Produkte und Dienstleistungen für Kinder sind im Familienbudget ein erheblicher Posten mit einem Betrag von ca. 550 Euro pro Kind und pro Monat laut Statistischem Bundesamt. 120.000 Kampagnen-Postkarten wurden an Finanzminister Steinbrück und Familienministerin von der Leyen versendet und 12.000 Plakate aufgehängt. 2007 schlossen sich alle großen Familienverbände und zahlreiche europäische Vereinigungen an. Leider wurde der Aufruf nicht erhört und die höhere Steuer belastet nach wie vor alle Familien mit ihren Kindern. Eine EU-weite einheitliche Regelung gibt es bis heute nicht.

Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt hatten massive Auswirkungen auf Einelternfamilien. Diese legt der Verband in seinem „Schwarzbuch Hartz IV und Alleinerziehende“ dar.

Die Abschaffung des Ehegattensplittings war und bleibt für den VAMV eine ständige Forderung. Zusammen



Mehrwertsteuer-Kampagne 2006

mit acht weiteren Verbänden, dem Deutschen Juristinnenbund, dem Bundesverband Tagesmütter, dem Deutschen Kinderschutzbund, EAF, Pro Familia, dem Verband berufstätiger Mütter, dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften und dem Zukunftsforum Familie veröffentlichte der VAMV eine Pressemitteilung mit dem Titel „Kinderförderung statt Ehegattensplitting“ (Dezember 2006).

Kindergrundsicherung

Für den VAMV war die einzige wirklich sinnvolle Möglichkeit, Kinderarmut zu minimieren, die Kindergrundsicherung für jedes Kind. Es fanden mehrere Fachveranstaltungen zum Thema Kinderarmut statt. Daraus entwickelte sich die gesellschaftspolitische Forderung nach einer Kindergrundsicherung, für die der VAMV seit vielen Jahren kämpfte. Der VAMV konnte auf mehreren Veranstaltungen und bei politischen Gesprächen bereits Einfluss nehmen und hat 2009 ein Informationsflyer zur Kindergrundsicherung erarbeitet und bundesweit verschickt.

2008 aktualisierte der VAMV sein „Familienpolitisches Grundsatzprogramm. 2009 ging ein VAMV-

eigenes Internetportal, einer Plattform für Alleinerziehende, mit Online Reporterin Matilda LaFond ans Netz. 2010 veröffentlichte der VAMV das „ABC der Kinderarmut“, in dem Ursachen und Wirkung von Unterversorgung verdeutlicht wurden.

ENoS: Europäische Zusammenarbeit

Der VAMV hat in all den Jahren seiner Aktivität viele gute internationale Kontakte aufbauen können und nahm dies zum Anlass, die Gründung eines „Europäischen Netzwerks für Einelternfamilien“ (European Network of Single Parent Families, ENoS) zu initiieren. Im Juni 2007 lud er die europäischen Schwester-Verbände nach Berlin ein, um das Netzwerk zu gründen. Mit der Gründung von ENoS wurde die Kampagne „Keine Kinderarmut in Europa“ ins Leben gerufen. Zusammen forderten die europäischen Verbände aus Österreich, Italien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Schweden und der Schweiz eine Kindergrundsicherung in Höhe von monatlich 500 Euro.

Alle zwei Jahre gab es bisher ein europäisches Treffen, bei dem sich die Verbände austauschen und politische Fragen bearbeiten können.





Gründung des
„European Net-
work of Single
Parent Families“
(ENoS) 2007 in
Berlin mit Ver-
treter/innen aus
Deutschland,
Spanien, Italien,
Schweden,
Österreich und
der Schweiz



VAMV-Bundes-
vorstand
2007-2009

Edith Schwab

„Wenn wir erreichen, dass die Kindergrundsicherung und ein gerechtes Steuersystem eingeführt wird, eine gute schulische Betreuungssituation und ein Arbeitseinkommen, das Familien mit Kindern auch ernähren kann, dann sind wir auf einem guten Weg.“¹



Edith Schwab (geb. 1949)
Bundevorsitzende des Verbands Alleinerziehender Mütter und Väter (2001–2015)

Edith Schwab stand dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter vierzehn Jahre lang vor. Auf vier Dinge in dieser Zeit ist sie besonders stolz: darauf, dass der Verband für Alleinerziehende Einiges erreichen und oft Schlimmeres abwenden konnte, zweitens, dass es gelang, ein breites Netzwerk für die Durchsetzung familienpolitischer Themen zu knüpfen, drittens auf das

Bundesverdienstkreuz, das sie am 18. August 2010 durch Ministerpräsident Kurt Beck verliehen bekam und dessen Urkunde Bundespräsident Horst Köhler unterschrieben hat. Und last, not least, auf die Gründung von ENoS, dem europaweiten Zusammenschluss von Ein-Eltern-Verbänden, deren erste Präsidentin sie war und wo sie nach wie vor als Stellvertreterin weiter arbeitet. Stolz ist sie aber vor allem auch darauf, dass, trotz dieses intensiven Ehrenamts, sich ihr Sohn zu einem bemerkenswerten jungen Mann entwickelt hat.

Kindheit, Jugend, „Juristerei“, Reisen, Haus und Kind

Edith Schwab wurde am 16. November 1949 in eine Lehrerfamilie hineingeboren. Ihre Mutter und die elterlichen Familien waren aus dem Sudetenland vertrieben worden und nach dem Zweiten Weltkrieg in Penzberg, einer kleinen bayerischen Bergarbeiterstadt angekommen. Ihr Vater war von der französischen Kriegsgefangenschaft gesundheitlich schwer gezeichnet. Die Unterkunft war bescheiden und sehr beengt und die Verhältnisse begannen sich erst mit dem beruflichen Erfolg des Vaters zu bessern. Sie wuchs mit zwei älteren Schwestern und zwei jüngeren Brüdern auf. Der Vater baute in Penzberg eine Berufsschule mit auf und wurde deren Direktor, bis er auf ärztliches Anraten mit der Familie nach Norddeutschland verzog. Nach dem Umzug nach Westerstede in Niedersachsen, ging Edith dort zur Grundschule. Sesshaft wurden die Eltern nach einem weiteren Umzug nach Bensheim an der Bergstraße, wo das Klima für den asthmakranken Vater besser passte. Im Alter von 72 Jahren starb er an dem kriegsbedingten Leiden.

¹ Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus dem Interview mit Edith Schwab am 6. November 2016 in ihrem Haus in Schwegenheim.

In Bensheim legte Edith Schwab das Abitur ab und begann 1968 im Alter von 17 Jahren in Heidelberg mit dem Jurastudium. Nach zwei Gastsemestern im „wunderschönen Genf, wo man im Sommer segeln und im Winter Ski laufen kann“, schloss sie das Studium mit dem ersten Staatsexamen ab und reiste erst mal in die Welt. Einen Ausbildungsabschnitt des Referendariats verbrachte sie bei einem „avukat“ in Istanbul und nutzte die Zeit auch dazu, Land und Leute in der Türkei, im Iran und in Afghanistan kennen zu lernen. Nach Abschluss des Studiums mit dem zweiten Staatsexamen in Heidelberg war sie als Rucksackreisende mit ihrem Partner in den USA, Mexico, Cayman Islands und Jamaika. Nach ihrer Heimkehr fand sie im Januar 1980 eine Anstellung in einer Anwaltskanzlei in Speyer. 1984 machte sie sich mit zwei Kollegen selbständig und bezog die Kanzlei, in der sie heute noch arbeitet. Im gleichen Jahr erwarb sie ein altes Bauernhaus in Schwegenheim, wenige Kilometer von Speyer entfernt, das bis heute ihr privater Lebensmittelpunkt ist.

1991 wurde ihr Sohn Alexander geboren und sie wurde zu einer stolzen ledigen Mutter. Auch mit Alex reiste sie viel; später bis nach Australien. Zunächst kam Alex in die Dorfschule in Schwegenheim, wo er als einziger Schüler einer voll berufstätigen Mutter am Nachmittag von einer Tagesmutter und von Au-pairs betreut wurde. Nach zwei Jahren schulte ihn Edith Schwab nach Speyer um, wo er nachmittags im „fliegenden Klassenzimmer“ betreut wurde, dem Hort, der an die Schule angeschlossen war. Schwieriger wurde es im Gymnasium, weil nun erwartet wurde, dass die Mütter nachmittags zu Hause sein und mit ihren Kindern lernen sollten. Da ihre Ansicht, dass dies die Schule leisten müsste, von den Lehrenden nicht geteilt wurde, beschloss der Familienrat, ein gutes Internat zu finden. Dies gelang und Alex konnte seine Talente und Fähigkeiten selbstständig und in einem breiten Spektrum erfolgreich entwickeln. Mit einer Eins im Abitur und seiner Lust zum Reisen konnte er in Melbourne/Australien an einer Privatuniversität seine ersten Studienjahre verbringen.

Arbeit im Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Zum VAMV kam Edith Schwab 1996 durch eine Freundin, die sie zu einer Veranstaltung mitnahm. Sogleich wurde sie als Delegierte für die Landesdelegiertenversammlung Rheinland-Pfalz gewählt. Dort wurde man auf sie aufmerksam, weil sie sich mit den zahlreich vorhandenen „Zahlvätern“ angelegt hatte. Ad hoc wurde sie zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Für den Bundesverband wurde sie 1999 ebenfalls stellvertretende Vorsitzende und 2001 Bundesvorsitzende. Nun hatte sie neben ihrer Kanzlei auch noch einen Verband zu führen. Die Arbeit machte ihr Spaß, war spannend und interessant, denn sie konnte (nicht nur) viele Rechtsentwicklungen begleiten sondern auch in manche Inhalte „so richtig reinhauen“. Ein High Light ihrer Arbeit war die Kampagne gegen die Abschaffung der Steuerklasse II. Sie führte Gespräche mit maßgeblichen Politiker/innen, begleitete das Klageschreiben und gab es – unter Anwesenheit der Presse – persönlich beim Bundesverfassungsgericht ab. Immerhin erreichte der Verband die Einführung des Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende.

Während ihrer Amtszeit vertrat sie den Verband bei Treffen mit den jeweiligen Familienministerinnen, Justizminister/innen, Kanzler/innen, Bundespräsidenten. Sie lernte Angela Merkel kennen und wurde nicht müde, diese immer wieder mit dem Thema „Kinderarmut“ zu konfrontieren. Immerhin erreichte der Verband die Anhebung des Unterhaltsvorschlusses ab Juli 2017 auf 18 Jahre. Andere wichtige Themen, wie der Ausbau von Ganztagskindergärten, Ganztagschulen und Gymnasien konnten angestoßen werden. Das leidige Ehegattensplitting, so hofft Edith Schwab, ist ins Wanken geraten. Bündnisse mit anderen politischen Verbänden sind geschmiedet worden, dadurch gelang es dem kleinen Verband, aus dem „Einzelkämpfer-Status“ herauszukommen. Dass die Situation von Alleinerziehenden im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt wird,² führt sie ebenso auf die Lobbyarbeit des VAMV zurück, wie die Studie der Bertelsmann-Stiftung, die Reform-

2 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2013.

Bedarf für Alleinerziehende ermittelt hat.³ Sie arbeitete mit anderen Familienverbänden an dem ‚Runden Tisch gegen sexuellen Missbrauch‘ und machte sich dafür stark, dass der „Missbrauch im sozialen Nahbereich“ dort Eingang fand. Auch an der Erarbeitung einer „Handreichung für FamilienrichterInnen“ im Justizministerium war sie beteiligt. Stolz und mit Engagement vertrat sie den Verband bei verschiedenen Anhörungen im Bundestag und vor dem Bundesverfassungsgericht, z.B. bei Fragen zum Sorgerecht, zur „Herdprämie“ etc.

Schwierigkeiten hatte sie mit den militanten Zusammenschlüssen der sogenannten „Väterbewegung“: „Die haben mich so mit Dreck gekübelt, für die bin ich die Oberhexe“. Kein Erbarmen hat sie mit Vätern, die „mit leeren Kinderwagen vor Ministerien ziehen und beklagen, dass sie keinen Kontakt mit ihren Kindern haben dürfen.“ Sie weiß, dass die Familiengerichte so entscheiden, dass „jeder Vater Kontakt mit seinem Kind haben kann. Es sei denn er ist kriminell, oder ein älteres Kind lehnt den Kontakt mit dem Vater aus guten Gründen ab.“ Die meisten Mütter würden sich freuen, wenn der Vater Betreuungszeiten übernehmen und sich nicht vor

Unterhaltszahlungen drücken würde. Auch das von der Väterbewegung bevorzugte „Wechselmodell“⁴ sieht sie kritisch, betont aber: „Die ganz normale Frau und der ganz normale Mann, die sich trennen, weil sie nicht mehr miteinander können, haben damit kein Problem.“ Schwierig wird es, wenn die Eltern früher ein ganz anderes Modell gelebt haben und das Kind nicht zufrieden ist. Sie persönlich findet, dass ein Kind ein Zuhause braucht, „seine Höhle zum Aufwachsen.“

Edith Schwabs Credo ist, dass die gesellschaftlichen Bedingungen so sein müssen, dass keine Sonderregelungen für bestimmte Familienformen notwendig sind. Deshalb hat sie auch immer für die Kindergrundsicherung gekämpft. Daran wird sie weiter mitarbeiten. Denn ENoS⁵ wird das Thema zu seinem Schwerpunkt machen.

Während ihrer Amtszeit, erhielt der VAMV Bundesverband 2002 den Deutschen Kinderrechtepreis, den „blauen Elefanten“, das Internetportal des VAMV wurde „Ausgewählter Ort 2011“ beim Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“. Den VAMV werden wir nach ihrer Ansicht noch lange brauchen, ebenso internationale und europaweite Vernetzungen.

3 Lenze, Anne (im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung): Alleinerziehende unter Druck. Rechtliche Rahmenbedingungen, finanzielle Lage und Reformbedarf, Gütersloh 2014. | 4 Wechselmodell heißt, nach einer Trennung bieten beide Elternteile dem Kind ein zu Hause, in dem es sich zeitlich annähernd gleichwertig aufhält. | 5 European Network of Single Parent Families (ENoS). Siehe die Einleitung zu diesem Portrait.

Peggi Liebisch

„Man wird oft gefragt, ob man nicht frustriert sei von der Politik. Aber wenn man an der Gesellschaft rumbasteln will, ist das keine Frage, man versucht es eben immer weiter.“



Peggi Liebisch (geb. 1963)
Bundesgeschäftsführerin Verband
alleinerziehender Mütter und Väter (1994–2011)

Peggi Liebisch hat 17 Jahre lang den Bundesverband wesentlich mit geprägt. Sie verstand es, als ledige Mutter zweier Kinder Theorie und Praxis zu verbinden, Bündnisse zu schmieden, und Kontakte zu pflegen. Sie organi-

sierte politische Kampagnen und verhalf dem Verband zu hohem Ansehen. Als ‚bekennende‘ Feministin verstand sie ihre Arbeit stets als politisch und betrachtete sie als Herausforderung, durch gemeinsame Anstrengung die Welt (nicht nur) für die Alleinerziehenden ein wenig lebenswerter zu gestalten.

Ausbildung, erste politische Arbeit und Geburt der Kinder

Peggi Liebisch ist am 18. April 1963 geboren. Nach dem Abitur machte sie eine Ausbildung als Verwaltungswirtin. Anschließend studierte sie Verwaltungswissenschaften an der Universität in Konstanz. Ihre politische Arbeit begann schon während der Schulzeit als Chefredakteurin einer Schülerzeitung. Sie trat in die Partei der ‚Grünen‘ ein und bald wieder aus, schloss sich an der Universität einer autonomen Frauengruppe an, arbeitet in einer feministischen Theoriegruppe und bei der Organisation des örtlichen Frauencafés mit.¹

Kurz nach der Geburt ihrer Tochter Leila 1993 machte sich die alleinerziehende Mutter auf die Suche nach einer Arbeitsstelle. Die Geschäftsführung des VAMV war 1994 ihre erste Stelle. 2006 wurde ihr Sohn Timo geboren. Ihr selbstständiges Leben wollte sie weiter nicht aufgeben.

Arbeit im Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Zwischen 1994 und 2002 war Peggi Liebisch mit dem Verband in Bonn. 2002 war der Umzug nach Berlin. Für

¹ Interview der Autorin mit Peggi Liebisch am 25.10.2015 in ihrer Wohnung in Königswinter. Alle nicht gekennzeichneten Zitate beziehen sich auf dieses Interview.

sie war das nicht überraschend, denn es stand bereits in ihrem Arbeitsvertrag, dass sie im Falle eines Umzugs mitzieht oder das Arbeitsverhältnis beendet sein wird. Sie suchte selbst die Büroräume in Berlin und stellte neue Mitarbeiterinnen ein.

Ein wichtiger Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Reform der Rechtsstellung des nichtehelichen Kindes, die 1998 in Kraft trat. Der VAMV hatte schon lange auf diese Reform hingearbeitet. Das Kind hat nun einen Anspruch auf Umgang mit beiden Eltern. Ein Jahr später wurden für die Forderung 600 DM für jedes Kind 20.000 Unterschriften gesammelt und in einer Pressekonferenz gemeinsam mit anderen Verbänden der Regierung übergeben. Im Jahr 2001 beschloss die Bundesregierung auf Drängen des VAMV eine Änderung im Unterhaltsrecht. Erfolgreich durchsetzen konnte der VAMV sich 2002 mit der Forderung nach Beibehaltung der Steuerklasse II für Alleinerziehende. Dazu bedurfte es einer großangelegten bundesweiten Protestaktion und einer Klage beim Bundesverfassungsgericht. In anderen Fällen konnten Verschlechterungen verhindert werden, das bezeichnet Peggi Liebisch als „kleine Erfolge“: So konnte das Erbrecht verbessert werden, aber eine wirkliche Gleichstellung mit Kindern aus ‚Normalfamilien‘ konnte nicht erreicht werden. Ein fortdauerndes und wichtiges Thema war neben dem Steuerrecht die Kinderarmut. Sie sollte bekämpft werden, (nicht nur) für die Kinder von Alleinerziehenden, die den größten Anteil an den in Armut aufwachsenden Kindern haben. Das ABC der Kinderarmut² an dem sie mitgearbeitet hat, benennt die Folgen und Ursachen von Armut bei Kindern und fordert konsequent eine politische Lösung dieses drängenden Problems.³ Freilich ging es auch um die Anerkennung der Alleinerziehenden als gleichberechtigte Lebensform, um den Abbau (immer noch) patriarchale Väterrechte, um Sorge und Recht, die oft zwei sich widersprechende Bereiche sind, besonders innerhalb der konservativ

ausgerichteten Familienpolitik.⁴ Als Beispiel nennt Peggi Liebisch die gesetzliche Neuregelung von 2008, die besagt, dass geschiedene Frauen, auch wenn sie Mütter sind, keinen Rechtsanspruch auf eigenen Unterhalt haben. Im Grunde ist das emanzipatorisch, schließlich streben sie ja nach Unabhängigkeit. Da die arbeitspolitischen und die infrastrukturellen Bedingungen jedoch fehlen, stellt die Regelung für viele Frauen eine Härte dar. Schließlich hatte man ihnen vor der Scheidung die Hausfrauentätigkeit schmackhaft gemacht. Ein Misserfolg, so eine richtige Niederlage, fällt fällt Peggi Liebisch für ihre Verbandsarbeit nicht ein. Dass die Mitgliederzahl des VAMV rückläufig ist, bedauert sie allerdings. Diese Schwierigkeit trifft offensichtlich alle Vereinsstrukturen.

Erfahrungen mit den aggressiven Väterrechtlern, Peggi Liebisch nennt sie „Umgangsväter“, hat sie während ihrer Amtszeit immer wieder gemacht. Sie kritisiert, dass diese Väter den Umgang mit den Kindern erzwingen wollen und deshalb vor Gericht ziehen. „Sie argumentieren aus einer Position, die sich rein an der Rechtslage festmacht und nicht danach fragt, wie sich das auf das Verhältnis zwischen Mutter und Kind auswirkt“. Natürlich könne man nicht von DEN Vätern sprechen, räumt sie ein. Es gab und gibt eben Väter, von denen die Mütter erwarten, dass sie sich mehr kümmern, aber auch solche die sich kümmern wollen und von den Müttern „auf Abstand gehalten wurden“.

Kurz nach der Wiedervereinigung, im April 1990, gründete sich SHIA, die Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Der VAMV hatte damals versucht, sich in den neuen Bundesländern zu etablieren. Er kam auch in Kontakt zur SHIA. Eine Fusion war nach ihrer Ansicht nicht möglich, da beide Verbände ihre inhaltliche Ausrichtung beibehalten wollten. Den VAMV sieht sie eher feministisch geprägt, radikaler und unabhängiger an. Die SHIA-Frauen

2 Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. – VAMV (Hrsg.): Das ABC der Kinderarmut, Berlin 2010. | 3 Siehe auch die Broschüre: VAMV Bundesverband e.V. (Hg.): Klimawandel für Alleinerziehende – Seismographen für soziale Gerechtigkeit. Dokumentation – VAMV-Fachtagung, 5.–7. Juni 2009 in Kiel, Berlin 2009. | 4 Vgl. auch u.a. VAMV Bundesverband e.V. (Hg.): Familienpolitik auf den Punkt gebracht. 35 Jahre VAMV, Berlin 2002. Die zahlreichen Broschüren, an denen Peggi Liebisch mitgearbeitet hat, können nicht alle benannt werden.

mussten mit der neuen Situation in der BRD zurechtkommen, sie waren während der DDR-Zeit gewohnt, ihre eigene Existenz durch eigene Arbeit sichern zu können und Kindereinrichtungen vorzufinden. Dass sie zu wenig für den Erhalt gekämpft haben, führt Peggi Liebisch auch auf die westdeutsche Familienideologie zurück, die „die Fremdbetreuung“ nicht gut hieß.

Als High-light verweist sie auf die gelungene Internationalisierung der VAMV-Arbeit durch die Gründung des Europäischen Netzwerkes für Einzelternfamilien ENoS, das 2007 auf Initiative des VAMV in Berlin gegründet wurde. Dem VAMV ist es gelungen die Alleinerziehendenverbände der Nachbarländer zusammenzubringen und für regelmäßige Treffen zu gewinnen.⁵

Wünsche für die Zukunft

Dass der Verband leider immer noch nicht überflüssig ist, wie Luise Schöffel das bereits bei der Gründung wollte, findet sie schade. Sie konstatiert: „Alleinerziehend ist noch immer keine ‚normale‘ Lebensform, weder in der ‚Mehrheitsgesellschaft‘, noch in der Familienpolitik, noch in der Gesetzgebung, noch in der Wirtschafts- oder Wohnungsbaupolitik, oder sonstwo.“

Peggi Liebisch verweist darauf, dass der VAMV nie Sonderregelungen für Alleinerziehende wollte. Die Strukturen sollten so sein, dass auch Frauen, die Kinder haben, einer existenzsichernden Berufstätigkeit nachgehen können. Es gibt heute mehr Männer, die ein gleichberech-

tigtes Sorge-Modell anstreben, die ihre Berufstätigkeit deshalb einschränken. Die Frauen – sowohl aus ‚Normalfamilien‘ als auch getrennt lebende – fordern das auch ein. Andererseits sieht sie, dass der „Drang nach Partnerschaft, das Nicht-alleine-sein-wollen“ in jüngster Zeit zunimmt. Oft kann man heute hören, Alleinerziehende seien zu anspruchsvoll oder sie könnten ihre Partner „nicht halten“. Andere Lebensformen und Frauen ohne Partner werden dadurch abgewertet. Man sollte Männer nach ihrer Meinung und Frauen als eigenständige Individuen betrachten, die sich ihre Lebensform frei wählen können.

Alleinerziehende Frauen sind im Laufe der Jahre selbstbewusster geworden, das findet sie gut. Sie wünscht sich, dass der VAMV auch in Zukunft an seinen Wurzeln festhält, feministisch bleibt und unbequem. Er sollte weiter gesellschaftspolitisch tätig sein und dafür kämpfen, „dass diese Lebensform so normal wird, dass irgendwann keiner mehr darüber redet“. Der Verband sollte stark bleiben, nicht zu allen Kompromissen bereit sein, politische Bündnisse schmieden und vor Aktionen nicht zurückschrecken. Sie erinnert an die Kindergrundsicherung, die es mit einem bestehenden breiten Bündnis noch durchzusetzen gilt.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem VAMV im Jahr 2011 brachte Peggi Liebisch ihre Erfahrungen als Geschäftsführerin in den Bundesverband pro familia ein. Seit 2014 betreibt sie ihre eigene „Agentur für Sprache und Inhalt“ in Königswinter.

⁵ Siehe hierzu auch das Portrait von Edith Schwab in diesem Band.

2010–2017

Geschichtliche und politische Rahmenbedingungen

Die seit 2015 bis jetzt andauernde neue Herausforderung ist die wachsende Zahl der geflüchteten Menschen in der BRD, die unter anderem durch den Krieg in Syrien hervorgerufen wurde. Seitdem flohen Millionen von Menschen nach Europa bzw. Deutschland – deren Integration ist eine gewaltige Herausforderung.

2017: 50 Jahre VAMV

Ca. 2,2 Millionen Kinder unter 18 Jahren lebten 2010 bei einem alleinerziehenden Elternteil (zu 90 Prozent bei den Müttern). Mit den volljährigen Kindern sind es über 3 Millionen Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten. Ob Mütter ledig geborener Kinder, getrennte, geschiedene oder verwitweten Elternteile mit Kindern, alle Alleinerziehende waren und sind im VAMV willkommen.

Das neue Jahrzehnt begann mit der Einladung von Edith Schwab als Vorsitzende der AGF beim Neujahrsempfang bei Bundespräsident Horst Köhler. Eine weitere Einladung der Familienverbände zu einem ersten Gespräch mit Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder folgte für die Vorsitzende Edith Schwab und die Geschäftsführerin Peggy Liebisch.

Bereits 2007 hatte die Bundesregierung den Bezug des Kindergelds ab 1.1.2010 nach dem 25. Geburtstag abgeschafft. Dies bedeutete zwei Jahre weniger Kindergeld für alle, obwohl viele erwachsene Kinder in diesem Alter noch zu Hause leben oder von ihren Eltern finanziell unterstützt wurden. 1 Milliarde Euro wurden dadurch jährlich gespart. Vor allem Alleinerziehende hatten massive finanzielle Einbußen, weil sie mit dem Ausfall des Kindergelds gleichzeitig mehr Steuern zahlen mussten. Mit einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes im Mai 2008 hielt der VAMV dagegen. Aber auch durch Kampagnen im Februar 2010 mittels Unterschriftenak-



Beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten Horst Köhler, Edith Schwab (r.)

tion „Kindergeld bis 27“ konnte die Politik nicht davon überzeugt werden, dass hier wieder am falschen Platz gespart wurde. Eine niedersächsische Mutter hatte vor dem Bundesfinanzhof gegen Absenkung des Kindergeldes auf 25 Jahre geklagt, was leider erfolglos blieb.

7% 19%

MEHRWERT GERECHT STEuern!

Reduzierte Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder

AGF UNIKO-O

Mehrwertsteuerkampagne
der AGF 2011

Auszeichnung für
„www.die-alleinerziehenden.de“
als „Ausgewählter Ort 2011“



Hilfe, mir wird geholfen!

Mit der Kampagne „Hilfe, mir wird geholfen“ im Juni 2010 wehrte sich der VAMV gegen die Rhetorik, dass Alleinerziehende immer in einem Atemzug mit Hilfsbedürftigkeit genannt wurden. Die Forderung war, dass Alleinerziehende faire Rahmenbedingungen, aber keine fürsorgliche Sonderbehandlung brauchen.

Der VAMV äußerte sich zur Reform des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern. Die Debatte zog sich bis ins Jahr 2013, als das neue Gesetz in Kraft trat. Parallel zum Inkrafttreten dieses Gesetzes am 19. Mai 2013 gab der VAMV eine „Handreichung für die Beratung: Neuregelung des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern“ heraus. Das komplizierte Verfahren wird darin anschaulich erläutert.

Immer wieder stand die klare Darlegung der Situation von Alleinerziehenden im Mittelpunkt der Debatten. Schon längere Zeit kritisierte der VAMV die unzureichende Anhebung des Kindesunterhalts und

den zu niedrigen Kinderregelsatz. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte 2010 die Kritik des VAMV am Kinderregelsatz, dass Kinder nicht 0,6 Erwachsene sind. Den viel zu kurz ausgerichteten Unterhaltsvorschuss für Kinder beanstandete der VAMV seit Jahrzehnten. Mit einem „Entbürokratisierungsgesetz“ plante die Politik Änderungen, die den Unterhaltsvorschuss auszuhöhlen drohten. Der VAMV startete 2012 erneut eine Kampagne mit dem Ziel, den Unterhaltsvorschuss auszubauen anstatt diesen zu schwächen.

Mit der klaren Ansage „Meine Arbeit ist was wert!“ ging der VAMV 2011 mit 10 Forderungen für einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt in die Öffentlichkeit. Damit Frauen erwerbstätig sein können, ist der Ausbau der Kinderbetreuung wichtig. Zusammen mit anderen Verbänden positionierte sich der VAMV bereits 2009 gegen die Einführung des Betreuungsgeldes und forderte den Ausbau kostenfreier Betreuungseinrichtungen. Das Betreuungsgeld wurde 2015 vom Bundesverfassungsgesetz für verfassungswidrig erklärt.



Gespräch der Familienverbände mit Familienministerin Manuela Schwesig 2014, für den VAMV Edith Schwab (1.v.l.) und Miriam Hoheisel (4.v.l.)



Der VAMV nahm unter anderem zu folgenden Gesetzesvorhaben Stellung:

- zum vorgezogenen Endbericht des Projekts „Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern“ vom 31.8.2010 (September 2010).
- Formulierungsvorschlag zur gesetzlichen Neuregelung der elterlichen Sorge (November 2010).
- zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes und zum Kindesunterhalt (Oktober 2011).
- zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte der leiblichen, nicht rechtlichen Väter (Juli 2012).
- zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) (September 2012).
- zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts (Juli 2015).
- Stellungnahme zur Neuregelung zur temporären Bedarfsgemeinschaft (März 2016).

Die hohe Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder belastet vor allem Familien mit Kindern. Gemeinsam mit vier weiteren Familienverbänden aus der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (AGF), weiteren Verbänden und der Firma JAKO-O wurde im Mai 2011 eine erneute Mehrwertsteuerkampagne mit dem Slogan „Mehrwert gerecht steuern“ gestartet. Der Mehrwertsteuersatz auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder sollte auf einheitlich 7 Prozent reduziert werden.

www.die-alleinerziehenden.de

Das VAMV-eigene Internetportal „www.die-alleinerziehenden.de“ wurde ins Netz gestellt, um Alleinerziehende zu informieren und ihre Vernetzung zu erleichtern. 2011 wurde die Plattform zum „Ausgewählten Ort 2011“ aus 2.600 Mitbewerber/innen im Rahmen des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ in Kooperation mit der Deutschen Bank gewählt. Bei der Preisverleihung am



VAMV-Bundesvorstand
2011-2013



14. März 2011 betonte die Laudatorin Kerstin Schwan: „Das Internetportal www.die-alleinerziehenden.de ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie sich alleinerziehende Eltern unkompliziert untereinander vernetzen und gleichzeitig mehr über für sie relevante Themen erfahren können.“

Im Jahr 2011 verstarb die VAMV Ehrenpräsidentin Dr. Helga Stödter.

Seit dem 1.8.2013 haben auch Ein- und Zweijährige ein Recht auf einen Krippenplatz. Es stellte sich aber weiter die Frage, was ein alleinerziehender Elternteil tun kann, wenn er im Schichtdienst arbeitet oder krank wird. So startete der VAMV 2014 das Modellprojekt

„Ergänzende Kinderbetreuung, Notfallbetreuung und Beratung für Einelternfamilien in Deutschland“.

„Umsteuern – keine Familie II. Klasse!“

2013 griff der VAMV das Thema Steuern mit einer neuen Kampagne auf „Umsteuern – keine Familie II. Klasse – Steurgerechtigkeit für Alleinerziehende!“ Nach langen Kämpfen wurde der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende ab dem Steuerjahr 2015 um 600 Euro auf 1.908 Euro angehoben. Der VAMV fordert weiterhin einen Entlastungsbetrag in Höhe des Grundfreibetrags, 2013 waren das 8.137 Euro.

Zum Wechselmodell publizierte der VAMV Informationen für die Beratung (April 2014). Dieses Modell



AGF im Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel (2011), für den VAMV Edith Schwab (2.v.r.)



VAMV-Bundesvorstand 2015-2017



meint, dass die Kinder circa. die Hälfte der Zeit beim einen und beim anderen Elternteil wohnen. Unterhaltszahlungen im Wechselmodell müssen gesondert berechnet werden. Bei erweitertem Umgang, das heißt, wenn nicht der übliche Ablauf (alle 14 Tage ein Wochenende beim umgangsberechtigten Elternteil) gilt, sollten Eltern faire Rechenmodelle für das Ermitteln des Unterhalts an die Hand gegeben werden. Hierzu hat der VAMV sich im April 2015 geäußert.

Reform des Unterhaltsvorschuss

Jahrelang kämpfte der VAMV um die Verlängerung des Unterhaltsvorschusses auf das Mindestalter der Kinder

von 18 Jahren. So forderte er 2016 erneut den Ausbau des Unterhaltsvorschusses bei einer Anhörung zur sozialen Situation Alleinerziehender im Bundestag.

Auch Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) hatte sich für eine Stärkung des Unterhaltsvorschusses eingesetzt und durchgesetzt, dass der Unterhaltsvorschuss künftig nicht nur bis zum 12. Lebensjahr sondern bis zum 18. Lebensjahr gezahlt wird. Die Bezugsdauer soll nicht mehr auf 72 Monate eingegrenzt werden. Am 24. Januar 2017 einigten sich Bund und Länder auf die Änderungen zum 1. Juli 2017. Die Situation von zahlreichen alleinerziehenden Müttern und Vätern und deren Kindern wird sich dadurch verbessern.

Solveig Schuster

„Alleinerziehende und ihre Kinder sind nicht überproportional arm, weil sie allein erziehen, sondern weil sie erstens Frauen und zweitens Mütter sind.“¹



Solveig Schuster (geb. 1970)
Bundesvorstand des Verbands Alleinerziehender Mütter und Väter (2015–2017)

Solveig Schuster ist in der DDR aufgewachsen. Sie studierte ab 2001 Journalismus und arbeitet heute als freie Journalistin für Zeitungen und den Hörfunk. Seit 2007 engagiert sie sich im Verband alleinerziehender Mütter und Väter und war 2015–2017 Bun-

desvorsitzende. Mit ihrem Buch „Alleinerziehende Frauen in Deutschland“ (2014) setzt sie sich mit den Ursachen des überproportionalen Armutsrisikos bis ins Alter auseinander. Es ist aus dem Wunsch heraus entstanden, ihre eigene Situation zu beleuchten und gleichzeitig theoretisch und praktisch auf Verbandsebene an der Veränderung zu arbeiten.

Ausbildung, Beruf und Kind

Solveig Schuster ist am 2. November 1970 in Cottbus geboren. Ihre Eltern sind seit der Wiedervereinigung geschieden, da war sie schon erwachsen. Sie arbeitete zunächst bei einer Zeitung in Cottbus, wechselte nach Trier und ging schließlich 2001 nach Berlin, um am Journalisten-Kolleg der Freien Universität Berlin-, Sozial- und Politikwissenschaft, Wirtschaft, Geschichte, Recht und Kommunikationswissenschaft zu studieren. Als sie 2005 gerade mit dem Studium fertig war, wurde ihr Kind geboren. Das bedeutete einen ziemlichen Bruch in ihrem Lebenslauf. Zwar hatte sie während des Studiums immer auch gearbeitet, aber Schichtarbeit in der Nachrichtenredaktion von Radio und Fernsehen konnte sie nicht mit ihrem Kind vereinbaren, so war sie „erst mal raus“.² Es war schwer, mit einem Kleinkind den Wiedereinstieg zu finden, aber es ist ihr schließlich gelungen. Sie arbeitete zunächst als Assistentin in einem Parlamentsbüro im Haus der Bundespressekonferenz. Heute ist sie als freiberufliche Journalistin und als Koordinatorin im Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum West in Berlin tätig.

¹ Schuster, Solveig: Vortrag „Wenn die Familienform über die Armut entscheidet – Alleinerziehende und Armutsbetroffenheit“, gehalten anlässlich der Armutskonferenz am 7. Juli 2016 in Berlin. | ² Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus dem Interview der Autorin mit Solveig Schuster am 5.10.2016 im Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum West in Berlin.

Nachdem das Kind nun elf Jahre alt ist und bereits zum Gymnasium gewechselt hat, weil es nach vier Jahren Grundschule dort unterfordert war, ist es mit der Betreuung eher schwerer geworden, besonders in Bezug auf die Versorgung mit Mittagessen. Die Schule erwartet, dass die Eltern mit den Kindern Hausaufgaben machen und die Kinder auf die Klausuren und Tests vorbereiten. Der Vater des Kindes „war nie sonderlich präsent“. Im Gymnasium gibt es offenbar vielfältigere Familienformen und es erscheint normaler Kind einer alleinstehenden Mutter zu sein, als in der Grundschule, wo das Kind „schon mal darunter gelitten hat“.

Arbeit im Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Zum VAMV kam Solveig Schuster, als ihr Kind ein Jahr alt war. Da sie bei Unternehmungen mit dem Kleinkind meist mit Elternpaaren konfrontiert war, suchte sie nach Menschen in ihrer Situation. Durch das Internet wurde sie auf den Verband aufmerksam und ging zu einer Gesprächsgruppe für Alleinerziehende mit Kleinkindern. Bald wechselte sie zur Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“ und dann in den Vorstand des Landesverbandes. Und plötzlich waren in ihrem Umfeld „lauter Alleinerziehende, von denen ich gar nichts gewusst hatte.“ Sie hatte das Gefühl auf Bundesverbandsebene wirklich etwas für die Alleinerziehenden erreichen zu können, wurde 2011 Beisitzerin, 2013 stellvertretende Vorsitzende und 2015 Bundesvorsitzende des VAMV.

Solveig Schuster sieht die Hauptschwerpunkte der Arbeit des VAMV nach wie vor darin, die Benachteiligungen für Alleinerziehende abzubauen, mit dem Ziel, ein existenziell unabhängiges Leben in allen Lebensformen zu ermöglichen und die Existenz der Kinder zu sichern. Dazu rechnet sie den gleichberechtigten Zugang zum bezahlten

Arbeitsmarkt, kostenfreie Kinderbetreuung, den Ausbau des Unterhaltsvorschusses und die Kindergrundsicherung nach dem Motto „Jedes Kind ist gleich viel Wert“.

Im „Wechselmodell“ sieht sie Vor- und Nachteile; „auf keinen Fall kann es für alle gültig sein.“ Viele Eltern können das nach ihrer Meinung gar nicht leisten und vielfach liegen die Wohnungen zu weit auseinander. Für die Abschaffung des Ehegattensplittings sieht sie eine breite Basis, bedauert jedoch, dass keine Partei sagt „wir packen das jetzt an“. Wichtig ist für sie, dass der VAMV seine Zielvorstellungen nicht aufgibt. Sie sieht aber auch, dass es manchmal schon ein Erfolg ist, wenn Verschlechterungen verhindert werden können. Bündnisse mit anderen Verbänden sieht sie „zweischneidig“. Einerseits könne man gemeinsam mehr erreichen, andererseits könne man „in einem Bündnis auch verschwinden.“ Die meisten Mitglieder wollen aber, dass der Verband als VAMV präsent ist und öffentlich auftaucht. Es geht auch darum, neue Mitglieder unter den jungen Menschen zu gewinnen. Da die Belastung als Vorsitzende ziemlich hoch ist, ist es schwer, Nachwuchs zu gewinnen. Der Verband ist seit 1976 kein reiner Frauenverband, das findet sie richtig. An den Namensänderungen seit der Gründung 1967 könne man auch ablesen, dass der Verband sich verändert. Keinen Zweifel hat Solveig Schuster darüber, dass der VAMV auch für die Zukunft notwendig sein wird, weil die Gleichstellung aller Lebensformen noch lange nicht erreicht ist. So wie sich die Familienform der Alleinerziehenden verändert, heterogener wird, wird sich auch der Verband verändern.

Miriam Hoheisel

„Familienpolitik braucht einen roten Faden, der fürs ganze Leben hält. Widersprüche zu Lasten von Alleinerziehenden müssen aufgelöst werden, etwa zwischen Ehegattensplitting und Unterhaltsrecht.“¹



Miriam Hoheisel (geb. 1975)
Geschäftsführerin des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (seit 2011)

Miriam Hoheisel beschäftigte sich schon lange mit Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik, bevor sie zum VAMV kam. Das traf sich mit den Themen, die auch der VAMV von einer Geschäftsführerin erwartet. Seitdem vertritt sie den VAMV in Gremien, repräsentiert ihn in der Öffentlichkeit, macht Lobbyarbeit, führt Gespräche

mit Abgeordneten, berät Ministerien und wirkt an der Vernetzung mit anderen Verbänden mit. Sie möchte die Gleichbehandlung aller Familienformen erreichen, scheut jedoch nicht die kleinen Schritte, die auch gegangen werden müssen.

Ausbildung und frühere Berufsarbeit

Miriam Hoheisel ging nach dem Abitur für ein Jahr als Au-pair nach London um ein berufstätiges Elternpaar bei der Sorgearbeit zu unterstützen. Sie studierte in Hannover Sozialpsychologie, Germanistik und Geschichte und arbeitete anschließend bei einem Jugendverband in Bonn. 2005 entwickelte sie einen Projektantrag für die Deutsche Forschungsgemeinschaft zur „neuen Frauenbewegung“, war jedoch nach seiner Bewilligung schon weitergezogen.² Sie machte in Berlin ein journalistisches Volontariat beim „zweiwochendienst Frauen und Politik“, arbeitete im Genderkompetenzzentrum an der Humboldt-Universität in Berlin an einer Publikation zur europäischen Gleichstellung³ und ging für einige Jahre zum Umweltbundesamt, um dort familienfreundliche Strukturen voranzutreiben. All diese Erfahrungen kann sie beim VAMV zusammenführen.

Arbeit beim Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Den Verband kannte sie schon aus ihrer Zeit beim „zweiwochendienst“, wo sie die Pressemitteilungen las und darüber berichtete. Außer der täglichen umfangreichen Arbeit der Leitung der Geschäftsstelle, der Verwaltung und der Personalverantwortung bearbeitet sie den

1 Miriam Hoheisel in einem Interview mit dem Kompetenzbüro für Familie, Demografie und Gleichstellung, Online-Journal vom 14.3.2014. | 2 www.ktf.uni-bonn.de/Einrichtungen/arbeitsstelle-genderforschung/projekte-1 (Zugriff: 25.11.2016). | 3 Siehe zum Beispiel: Hoheisel, Miriam/Susanne Baer: Unterschiedliche Traditionen – Ähnliche Herausforderungen. Gleichstellungspolitik in einem erweiterten Europa, Berlin 2008.

Themenschwerpunkt „Steuern“, ist in alle anderen Themen eingebunden und sorgt dafür, dass die Vorstandsbeschlüsse umgesetzt werden. Sie gibt Interviews, hält Vorträge und verfasst Publikationen. „Kinder brauchen nicht nur Luft und Liebe, sondern auch etwas zum Essen und zum Anziehen, ein Dach über dem Kopf...“⁴, so ihre Aussage in einem Artikel, in dem sie die Ergebnisse der VAMV Untersuchung zu Beistandschaft und Unterhalt vorstellt.

Nach ihren Erfahrungen werden die Forderungen des VAMV besser gehört, wenn größere Bündnisse von Familien- und Wohlfahrtsverbänden dahinter stehen. Aktuell wird die Forderung nach einem Umgangsmehrbedarf im SGB II von einem breiten Bündnis von insgesamt 16 Verbänden (Familienverbände, Wohlfahrtsverbände, der Kinderschutzbund und andere, die sich mit Kinderarmut befassen) getragen. Als es um das Sorgerecht und um Kinderarbeit ging, arbeitete der VAMV auch mit pro familia zusammen.

Alleinerziehend ist für Miriam Hoheisel kein „Phasenmodell“, das sich „nach drei Jahren erledigt hat. Mehr als die Hälfte aller Alleinerziehenden ist über acht Jahre dabei. Für die Kinder ist das ein großer Teil ihrer Kindheit, der auch Einfluss auf das spätere Leben hat.“⁵ Sie verweist darauf, dass sich Armut negativ auf die Bildungs- und Lebenschancen von Kindern auswirkt. Alleinerziehende haben das größte Armutsrisiko aller Familienformen nach ihrer Ansicht auch deshalb, weil die meisten Familienleistungen auf verheiratete Paare zugeschnitten sind. Noch immer sieht sie massive Widersprüche und Benachteiligungen verschiedener Lebensformen durch Ehegattensplitting, Minijobs und beitragsfreie Mitversicherung von Ehefrauen. Dass es meist die Mütter sind, die die Folgen zu tragen haben, würde erst nach Trennungen deutlich.

Dass Alleinerziehende immer noch zu 90 Prozent Mütter sind, führt Miriam Hoheisel vor allem auf die geschlechterspezifische Arbeitsteilung vor der Trennung

der Paarfamilien aus denen ca. 80 Prozent kommen, zurück. Mit der Geburt des ersten Kindes käme „der Spuk der Retraditionalisierung“ auch bei vorher emanzipierten Paaren zurück: Väter kommen in der Erwerbsarbeit voran, Mütter kümmern sich mehr um die Kinder. Diese Arbeitsteilung würde sich nach der Trennung fortsetzen.

Miriam Hoheisels These ist: „Wenn die Eltern vorher ein partnerschaftliches Modell gelebt haben und sich Erwerbs- und Familienarbeit geteilt haben, werden sie das nach der Trennung fortsetzen.“ Deshalb sei das „Wechselmodell“ auch nicht für alle als gesetzlicher Standard geeignet, wie es Väterverbände fordern. Dafür seien auch andere Rahmenbedingungen notwendig. Für die Beziehung zu den Kindern sei zudem die Qualität des Umgangs entscheidend und nicht die Quantität.

Als Ziel der Verbandsarbeit sieht sie, dass Alleinerziehende selbstverständlich als eigenständige und gleichwertige Familienform anerkannt werden. Es geht ihr um eine Gleichberechtigung aller Familienformen, um eine gleichstellungsorientierte Arbeitsmarktpolitik, die eigenständige Existenzsicherung für Erwachsene mit aktiven Fürsorgeaufgaben ermöglicht, um gut funktionierende, verlässliche Infrastruktur. Das Ehegattensplitting muss einer Individualbesteuerung und eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung der Förderung nach Familienform weichen. Das sind nach ihrer Meinung die Forderungen, für die es sich lohnt zu kämpfen. Wenn die Gleichberechtigung aller Familienformen eingelöst wäre, würde auch der VAMV überflüssig. „Davon sind wir jedoch noch weit entfernt. Deshalb brauchen wir den VAMV weiterhin und auch Verbündete.“

4 Ein Beispiel ist der Artikel „Beistandschaft stärken!“ <https://www.ktf.uni-bonn.de/Einrichtungen/arbeitsstelle-genderforschung/projekte-1> (Zugriff: 25.11.2016).

5 Alle Zitate, so weit nicht anders angegeben, sind aus dem Interview mit Miriam Hoheisel am 5. September 2016 in der Bundesgeschäftsstelle.

2017



Der VAMV im Jahr 2017. 50 Jahre VAMV – Eine Erfolgsgeschichte?

Es ist übertrieben, 50 Jahre VAMV als eine große Erfolgsgeschichte zu deklarieren. Es gab erfolgreiche Kampagnen, die bis zu Gesetzesänderungen, Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und Änderungen im Steuer-, Unterhalts- oder Kindschaftsrecht führten. Es gab aber auch lange Durststrecken wie beispielsweise bei der Kinderarmut, der Kindergrundsicherung oder der Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte. Viele politische, gesetzliche und gesellschaftliche Änderungen sind noch notwendig, um für Alleinerziehende eine Gleichstellung zur verheirateten Paarfamilie zu schaffen.

Der VAMV arbeitet unermüdlich, kümmert sich stets um seine Mitglieder und akquiriert finanzielle Mittel für seine umfangreiche politische Arbeit.

Was wurde aus Luise Schöffels Forderungen? Hat der VAMV sich „überflüssig“ gemacht? Ein Ausblick auf die Zukunft des VAMV

Sophie Behr drückte es 1992 folgendermaßen sehr treffend aus: „Die erkämpften Fortschritte sind nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie dem VAMV zu verdanken – aber ohne den VAMV wären sie vielleicht nicht in dieser Art und Weise geschehen.“ Die Hauptaufgabe des Verbandes war und ist neben Beratung und konkreter Unterstützung von Alleinerziehenden die Information der Öffentlichkeit und die Einflussnahme auf die Gesetzgebung.

Luise Schöffel stellte mit dem Verband lediger Mütter 1967 viele Forderungen auf, von denen heute einige ganz, diverse zumindest ansatzweise, andere gar nicht erfüllt wurden.

- Die tiefverwurzelten Schuldgefühle von unverheirateten Müttern sind Geschichte.
- Luise Schöffel forderte ein „Muttergeld“. Es wurde unter dem Namen „Erziehungsgeld“ 1989 in der Bundesrepublik eingeführt und besteht weiter als „Elterngeld.“
- Ein ausreichendes und flächendeckendes Angebot an qualifizierter Kinderbetreuung fehlt nach wie vor.
- Eine wirkliche Anerkennung der Kindererziehung auf die Rente, um ein gesichertes Leben im Alter zu führen, ist weiterhin mangelhaft.
- Nicht erfüllt wurde die Höhe der Unterhaltssätze. 1970 in der Höhe des Existenzminimums auf Sozialhilfeniveau eingeführt, liegen sie heute weit darunter.
- Steuergerechtigkeit wie unter anderem die Abschaffung des Ehegattensplittings liegt in weiter Ferne.
- Das Kind hat zwar ein Recht auf den Umgang mit beiden Elternteilen, allerdings wird dieses in der Praxis in der Regel nicht gegen den Willen des umgangsberechtigten Elternteils durchgesetzt.

Es ist viel zu tun. Der VAMV hat in 50 Jahren politischer Arbeit viele Erfahrungen gesammelt. Mit seiner Expertise und Engagement wird er sich weiterhin ins aktuelle Geschehen einmischen und auch seine langjährigen Ziele nicht aus den Augen verlieren.

Anhang

Die Bundesvorsitzenden 1967–2017

Die hauptamtlichen Bundesgeschäftsführerinnen

Die Ehrenmitglieder

Publikationen

Zeittabellen für den Überblick

Literatur und weitere Quellenangaben

Die Bundesvorsitzenden 1967–2017

1967–1976

Luise Schöffel, 1914 – 1997

ledig, Lehrerin, Herrenberg, Baden- Württemberg

1976–1977

Ursula Beutel, 1912–?

*verheiratet, Gymnastik- u. Tanzlehrerin,
Frankfurt/Main, Hessen*

1977–1981

Sophie von Behr, 1935–2015

ledig, Journalistin, Bayern, Berlin

1981–1987

Helga Lewandowsky, geb. 1930

*ledig, Fachlehrerin und MdL (bis 1986), Bramsche,
Niedersachsen*

1987–1990

Ebba Zimmermann, geb. 1940

geschieden, Verwaltungsangestellte, Hamburg

1990–1995

Helgard Ulshoefer, geb. 1940

*geschieden, Diplom-Soziologin, wissenschaftliche
Angestellte, Berlin*

1995–2001

Carola Schewe, geb. 1955

Journalistin, Aachen, Nordrhein-Westfalen

2001–2015

Edith Schwab, geb. 1949

*Fachanwältin für Familienrecht in Speyer, Rheinland-Pfalz
Trägerin des Bundesverdienstkreuzes seit 17.08.2010*

2015–Februar 2017

Solveig Schuster, geb. 1970

ledig, Journalistin, Berlin

Seit Februar 2017

Erika Biehn, geb. 1951

Sozialarbeiterin, Lippstadt, Nordrhein-Westfalen

Die hauptamtlichen Bundesgeschäftsführerinnen des VAMV

1980–1994

Christina Kremer, 1932–2016

1994–2011

Peggi Liebisch, geb. 1963

seit 2011

Miriam Hoheisel, geb. 1975

Die Ehrenmitglieder

Dr. Helga Stödter, 1922–2011

Hanna Lambrette, 1921–2014

Sophie Behr, 1935–2015

Die Publikationen des VAMV

Elternvereinbarung

Gemeinsam Sorgeverantwortung übernehmen!
Vereinbarung für getrennte Eltern, 2017

Alleinerziehend – Tipps und Informationen

Das VAMV-Taschenbuch – in der 22. Auflage 2016

Alterssicherung in Einelternfamilien

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2015

Wegweiser für den Umgang nach Trennung und Scheidung

Wie Eltern den Umgang am Wohl des Kindes
orientieren können – in der 12. vollständig über-
arbeiteten Auflage 2015

Informationen für Einelternfamilien

Verbandszeitschrift

Das Wechselmodell: Informationen für die Beratung, 2014

Frühe Bildung für kleine Köpfe: Qualität in Kitas im Spannungsverhältnis zwischen Bildung für Kinder und besserer Vereinbarkeit

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2014

Handreichung für die Beratung

Neuregelung des Sorgerechts nicht miteinander
verheirateter Eltern, 2013

Alleinerziehend – Tipps und Informationen

Taschenbuch in türkischer Sprache, 2013

Ohne Alternative – arm, ärmer, alleinerziehend?“ Familienarmut im Lebensverlauf

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2013

Gemeinsame Sorge – geteilte Verantwortung? Rechte und Pflichten in der Alltagspraxis unter- schiedlicher Familienformen

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2012

Das Kind beteiligen – aber wie? Subjektstellung, Kindeswohl und Elternverantwortung

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2011

ABC der Kinderarmut, 2010

Positionspapier

Fall(en)management – Alleinerziehende im SGB II,
2010

Ganz die Mama – Politisierung von Jugendlichen in Einelternfamilien

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2010

Klimawandel für Alleinerziehende – Eineltern- familien als Seismographen für soziale Gerechtigkeit

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2009

Das neue FamFG: Leitfaden des VAMV zur Umsetzung des neuen familienrechtlichen Verfahrens in der Beratungspraxis, 2009

Kindeswohl: Wohl wollen reicht nicht – Neue Perspektiven aus Forschung und Praxis

Dokumentation zur jährlichen Fachtagung, 2008

Familienpolitisches Grundsatzprogramm, 2008

Zeittabellen für den Überblick

Verbandsnamen und Sitze des Verbandes 1967–2017

05.11.1967

Verband lediger Mütter, Herrenberg

27.06.1970

Verband alleinstehender Mütter, Herrenberg

09.05.1976

Verband alleinstehender Mütter und Väter, Herrenberg

18.06.1977

Verband alleinstehender Mütter und Väter, Frankfurt

03.06.1984

Verband alleinstehender Mütter und Väter, Bonn

11.06.1995

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bonn

22.06.2003

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Berlin

Gründung der Landesverbände

1972 Landesverbände Hamburg, Rheinland-Pfalz
und Schleswig-Holstein

1973 Landesverbände Berlin (West), Niedersachsen

1974 Landesverband Hessen

1975 Landesverbände Baden-Württemberg, Bremen,
Saarland

1976 Landesverbände Bayern und
Nordrhein-Westfalen

1991 Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

1993 Landesverband Brandenburg

Literatur und weitere Quellenangaben

Literatur

Bach, Angelika: Die Renaissance der Ein-Eltern-Familie, 2001

Nave-Herz, Rosemarie: Ehe und Familie in
Krisensituationen, 1996

Vogt, Martin: Deutsche Geschichte – Von den
Anfängen bis zur Gegenwart, 2002

Hermes Handlexikon: Daten der Geschichte, 1985

VAMV: Broschüren und Schriften

Archive

Unterlagen aus den Archiven der Landes- und
Ortsverbände des VAMV

Materialien aus dem Archiv des VAMV,
Bundesverband Berlin



Verband alleinerziehender Mütter und Väter,
Bundesverband e.V. (VAMV)

Hasenheide 70

10967 Berlin

Telefon: (030) 69 59 78 6

Fax: (030) 69 59 78 77

E-Mail: kontakt@vamv.de

Internet: www.vamv.de

www.die-alleinerziehenden.de

www.facebook.com/VAMV.Bundesverband